



Freie
Hansestadt
Bremen

FINANZPLAN 2015 / 2020

mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung



Die Senatorin für Finanzen



FINANZPLAN 2015 / 2020

mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung



Gliederung

Seite

1. Konsolidierungszeitraum 2010 / 2020	1
2. Versorgung und Integration von Asylsuchenden	5
3. Perspektiven für weitere Eigenbeiträge	8
4. Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen	12
5. Gesamtstrategie Wachsende Stadt	14
6. Rahmenbedingungen und Perspektiven	22
7. Sozioökonomische Rahmensetzungen	24
8. Innerbremische Finanzbeziehungen	28
9. Ableitung der Finanzplanung	30
10. Finanzplanung 2015 / 2020	32
10.1.Einnahmen	
10.1.1. Steuern, LFA, BEZ.....	32
10.1.2. Sonstige konsumtive Einnahmen	37
10.1.3. Investive Einnahmen	40
10.2.Ausgaben	
10.2.1. Personalausgaben	43
10.2.2. Konsumtive Ausgaben	46
10.2.3. Investitionsausgaben	50
10.2.4. Zinsausgaben	51
10.3.Gesamtrahmen	
10.3.1. Land und Stadt Bremen	53
10.3.2. Bremerhaven	59
10.3.3. Stadtstaat Bremen	60

Anlagen

- 1 Investitionsplanung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen bis 2020
- 2 Investitionsplanung der Stadt Bremerhaven bis 2020
- 3 Produktplan-Eckwerte 2013 bis 2020 (Land Bremen, Stadt Bremen, Land und Stadt Bremen)

1. Konsolidierungszeitraum 2010 / 2020

Seit 2010 werden die entscheidenden Rahmenseetzungen für die Finanzplanung und die auf ihrer Grundlage aufzustellenden Haushalte durch die für Bund und Länder geltenden Regelungen zur Schuldenbegrenzung gebildet. Diese wurden im März 2009 von der „Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ (Föderalismuskommission II) vorgelegt, im Mai / Juni 2009 grundgesetzlich verankert, im August 2009 einfachgesetzlich konkretisiert und auf dieser Grundlage im April 2011 - vor allem im Hinblick auf die Modalitäten zur Gewährung von Konsolidierungshilfen – in einer Verwaltungsvereinbarung für Bremen abschließend geregelt.

Im Vorfeld der Beschlüsse der Föderalismuskommission II hatte die Freie Hansestadt Bremen auf entsprechende Anfragen zur Einhaltung von Neuverschuldungsgrenzen im Januar 2008 mitgeteilt, dass der Stadtstaat einen vollständigen Abbau seiner jährlichen Neuverschuldung bis 2020 aus eigener Kraft nicht erreichen könne. Eine von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe unter Federführung Baden-Württembergs bestätigte dies nach umfangreichen Analysen der Haushaltsstrukturen im April 2008. Die Föderalismuskommission reagierte auf diese Feststellungen mit dem Vorschlag zur Gewährung flankierender Konsolidierungshilfen.

In das Grundgesetz (insbesondere Art. 143d Abs. 2 GG), die entsprechenden Begleitgesetze sowie der auf dieser Grundlage am 15. April 2011 zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Bund abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung wurden daraufhin folgende Festlegungen aufgenommen:

- Bremen werden für den Zeitraum 2011 bis 2019 grundsätzlich Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. € jährlich gewährt. Die Konsolidierungshilfen mindern die Neuverschuldung und wirken sich damit nur über ihre Zinseffekte entlastend auf die Haushalte aus.
- Die Auszahlung dieser Hilfen ist an die Realisierung eines gleichmäßigen und vollständigen Abbaus der Finanzierungsdefizite bis zum Jahresende 2020 aus eigener Kraft geknüpft. Konkret muss das „strukturelle Defizit“ des Stadtstaates, d. h. die jährliche Unterdeckung der konsolidierten bremischen Einzelhaushalte bis 2020 jeweils jährlich um ein Zehntel des Ausgangswertes 2010 (1.253,5 Mio. €) auf Null reduziert werden.
- Bei der Berechnung des strukturellen Defizits wird das Defizit des Kernhaushalts um unmittelbar konjunkturell bedingte Effekte, finanzielle Transaktionen sowie dem Saldo festgelegter ausgegliederter Bereiche des Sektors „Staat“ mit eigener Kreditemächtigung (ab 2011 in Bremen ausschließlich der „Bremer Kapitaldienstfonds“) bereinigt.
- Zudem wurde für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, eine Ausnahme vom vorgeschriebenen Defizitabbau zugelassen.
- Über den realisierten Defizitabbau der einzelnen Jahre ist einem u. a. auch hierfür eingerichteten Bund-Länder-Gremium („Stabilitätsrat“) jeweils zum 30. April des Folgejahres zu berichten. Der Stabilitätsrat stellt dabei fest, ob die Obergrenze des Finanzie-

rungssaldos für das abgelaufene Jahr eingehalten wurde, entscheidet ggf. über den Umgang mit eventuellen geringfügigen Überschreitungen der Defizitobergrenze und prüft, ob Voraussetzungen für die Anerkennung einer besonderen Ausnahmesituation vorliegen.

Der Einhaltung des so definierten Konsolidierungskurses hat die Freie Hansestadt Bremen am 27.01.2015 mit der Aufnahme der Artikel 131a ff. Bremische LV Verfassungsrang verliehen. Gleichzeitig wurden Kriterien zur Kreditaufnahme ab 2020 festgeschrieben, die über die Regelungen des Grundgesetzes hinausgehen und damit die Entschlossenheit Bremens zu einer nachhaltigen Haushaltsführung unterstreichen.

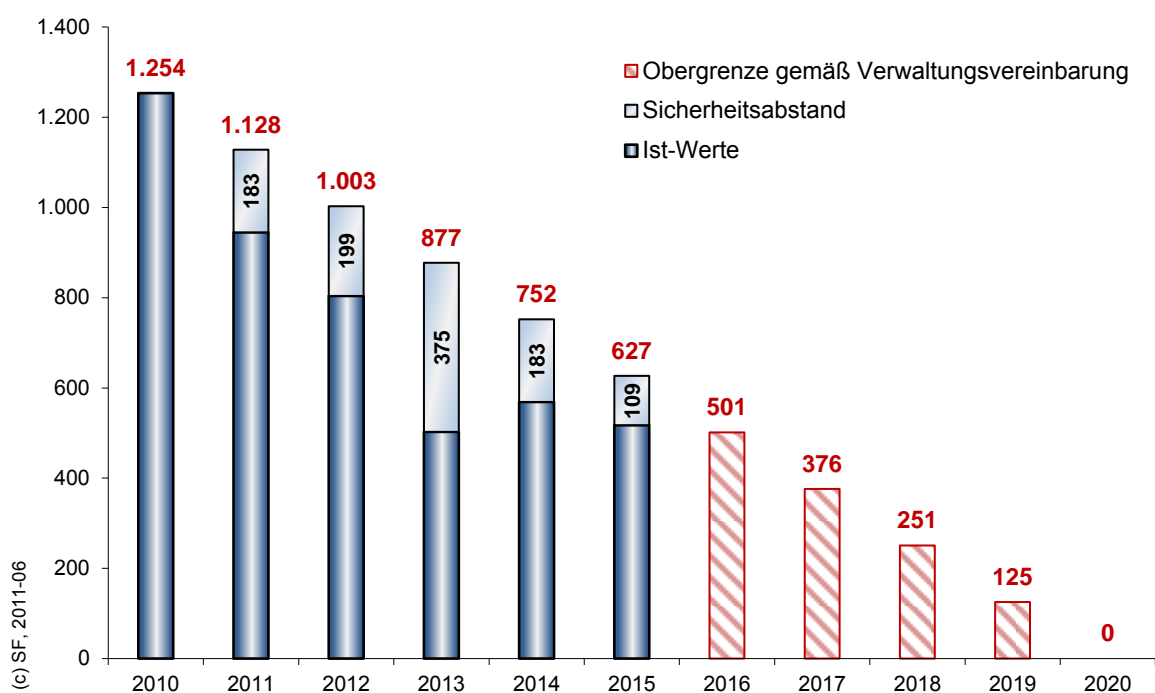
Der Konsolidierungspfad der bremischen Haushalte auf dem Weg zum vollständigen Abbau der Neuverschuldung im Jahr 2020 gilt – mit daraus abgeleitetem Anspruch auf die Konsolidierungshilfen des Bundes – als eingehalten, wenn die nachfolgenden Grenzwerte des strukturellen Defizites der Haushalte des Stadtstaates, die sich aus dem gleichmäßigen Abbau des Ausgangswertes im Jahr 2010 ergeben, in den jeweiligen Haushaltsjahren nicht überschritten werden:

Obergrenzen des strukturellen Defizites (Stadtstaat; in Mio. €)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	1.254	1.128	1.003	877	752	627	501	376	251	125	0

Abbildung 1 verdeutlicht, dass diese Obergrenzen in den ersten Jahren des Konsolidierungszeitraumes deutlich eingehalten werden konnten, wobei Schwankungen im Sicherheitsabstand durch stark variierende Berechnungsgrundlagen der steuerabhängigen Einnahmen verursacht wurden. Insgesamt konnte mit den ausgewiesenen Differenzbeträgen in allen bisher abgeschlossenen Jahren des Konsolidierungszeitraumes der gegenüber vorhergehenden Planungen jeweils deutlichste Abstand zum Grenzwert der zulässigen Neuverschuldung erreicht werden. Im abgeschlossenen Haushaltsjahr 2015 ist für den Stadtstaat eine Unterschreitung der Obergrenze um rd. 109 Mio. € zu verzeichnen.

Seit Beginn des Konsolidierungszeitraumes im Jahr 2010 konnte das strukturelle Defizit der bremischen Haushalte um insgesamt rd. 736 Mio. € abgebaut werden (vgl. **Tabelle 1**). Einerseits ist dabei zu beachten, dass günstige Rahmenbedingungen einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet haben: Deutlich und anhaltend steigende steuerabhängige Einnahmen und niedrige Kapitalmarktsätze haben dem in extremer Haushaltsnotlage befindlichen Land Bremen die Chance eröffnet, den Sanierungspfad bisher mit nach wie vor nennenswertem Abstand zu den Grenzwerten der Neuverschuldung zu bewältigen. Andererseits ist festzustellen, dass Bremen diese Chance genutzt und mit einer Vielzahl strukturverbessernder Maßnahmen entscheidende Eigenbeiträge zu den bereits realisierten und zukünftig noch erreichbaren Sanierungsfortschritten geleistet hat.

Abb. 1 : Strukturelles Finanzierungsdefizit
(Stadtstaat Bremen, in Mio. €)



Tab. 1: Beiträge zur Entwicklung des strukturellen Saldos
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)

	Positiver (+) bzw. negativer (-) Beitrag zur Entwicklung					im Zeitraum
	2011	2012	2013	2014	2015	2010 / 2015
Struktureller Saldo insgesamt	+ 308,7	+ 140,8	+ 301,4	- 66,3	+ 51,5	+ 736,1
davon						
Steuerabhängige Einnahmen ¹⁾	+ 121,9	+ 184,5	+ 334,3	- 1,5	+ 247,7	+ 886,9
Zinsausgaben	+ 60,8	- 20,9	- 14,6	+ 70,7	- 40,1	+ 55,9
Übriger Kernhaushalt ²⁾	+ 126,1	- 22,8	- 18,4	- 135,5	- 156,1	- 206,7
davon						
Sonstige Einnahmen ³⁾	+ 6,5	+ 28,5	+ 95,0	+ 11,2	+ 43,6	+ 184,8
Personalausgaben	- 25,8	- 26,9	- 15,6	- 58,6	- 38,8	- 165,7
Sozialleistungsausgaben	- 22,0	- 29,5	- 44,8	- 69,5	- 79,7	- 245,5
Sonstige konsumtive Ausgaben ³⁾	- 24,0	- 55,0	- 29,8	- 38,4	- 27,1	- 174,3
Investitionsausgaben ²⁾	+ 192,3	+ 60,2	- 23,6	+ 20,4	- 54,7	+ 194,6

¹⁾ Nach Konjunkturbereinigung und Steuerrechtsänderungen

²⁾ Nach Bereinigung um strukturellen Saldo des BKF und finanzielle Transaktionen

³⁾ Nach Bereinigung um finanzielle Transaktionen

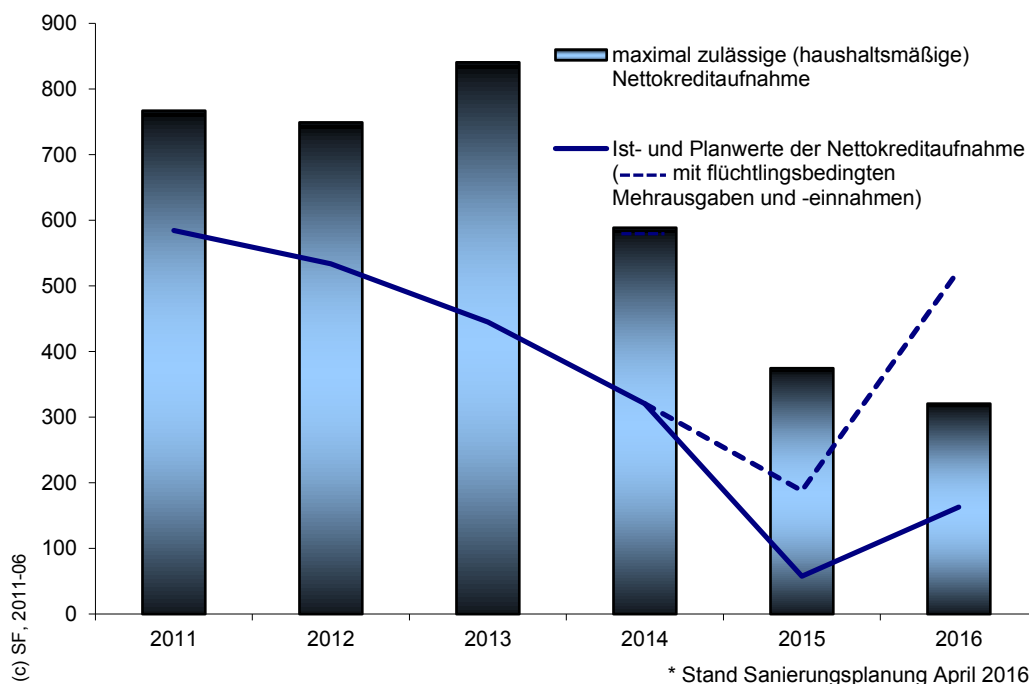
Die Überwachung des Konsolidierungskurses sowie der Lage und Entwicklung der Haushalte des Bundes und der Länder insgesamt erfolgt durch den Stabilitätsrat. Der Stabilitätsrat prüft aufgrund von den Ländern vorzulegender Berichte, ob eine Haushaltsnotlage zukünftig „droht“ (nicht jedoch, ob diese bereits besteht) und vereinbart ggf. mit der betroffenen Gebietskörperschaft ein fünfjähriges Sanierungsprogramm mit geeigneten Maßnahmen (§§ 3 ff. StabiRatG).

Im September 2010 hatte die Freie Hansestadt Bremen hierzu erstmals dem Stabilitätsrat einen Bericht zur Haushaltslage übersandt. Am 23. Mai 2011 stellte der Stabilitätsrat auf der Grundlage eines Berichts des Evaluationsausschusses fest, dass in der Freien Hansestadt Bremen eine Haushaltsnotlage „droht“.

Daraufhin legte die Freie Hansestadt Bremen im Oktober 2011 ein mit den Konsolidierungsanforderungen übereinstimmendes „Sanierungsprogramm 2012 / 2016“ vor. Dieses spiegelt einerseits den bis 2016 zu gestaltenden Sanierungspfad der bremischen Haushalte wider, wobei die Rahmenseetzungen für das strukturelle Defizit mit entsprechenden Überleitungsrechnungen durch den Maßstab der Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt ersetzt werden. Andererseits weist die Sanierungsplanung aus, auf welchem Wege und mit welchen konkreten Maßnahmen das Land Bremen beabsichtigt, die notwendigen Konsolidierungsschritte zur Bekämpfung der „drohenden“ Notlage seiner Haushalte zu gewährleisten.

Aktuell zeichnet sich ab, dass mit der Aufstellung des Haushaltes 2016 - ohne die nicht vorhersehbaren sowie nicht steuerbaren und in ihren Auswirkungen auf die Neuverschuldung nicht in den Haushalten des Stadtstaates zu kompensierenden Mittelbedarfe für Flüchtlinge - die Voraussetzungen geschaffen werden, das Sanierungsprogramm 2012 / 2016 in Bremen erfolgreich abzuschließen (vgl. **Abbildung 2**).

Abb. 2: Obergrenzen und Planwerte der Nettokreditaufnahme*
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



Der Stabilitätsrat hat die halbjährlichen Berichte der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012 / 2016 bisher jeweils zur Kenntnis genommen und die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen sowie die Einhaltung der in der Sanierungsvereinbarung festgelegten Obergrenzen der Nettokreditaufnahme begrüßt. Zugleich mahnte der Stabilitätsrat im Hinblick auf die mittelfristige Verringerung des Sicherheitsabstandes und absehbare zusätzliche Ausgabenbelastungen allerdings seit Beginn des Sanierungsprogrammes eine „Verstärkung des Konsolidierungskurses“ an.

Nach erfolgreicher Bewältigung der ersten Hälfte des Konsolidierungspfades der bremischen Haushalte ist es die zentrale finanzwirtschaftliche Aufgabenstellung des Finanzplan-Zeitraumes 2015 / 2020, auch weiterhin die notwendigen Abbauschritte des strukturellen Defizites der Haushalte zu leisten und damit die Grundlagen für einen erfolgreichen Abschluss der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2020 zu schaffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verpflichtungen zur Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes ab 2020 und die bis dahin – als Maßstab für die Gewährung und Verteilung der Konsolidierungshilfen – erforderliche Unterschreitung entsprechender Obergrenzen der Nettokreditaufnahme bzw. des strukturellen Defizites auch für die die beiden bremischen Städte gelten: Eine im Dezember 2011 abgeschlossene innerbremische Sanierungsvereinbarung sieht vor, dass der gleichmäßige Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizites des Stadtstaates Bremen bis 2020 durch ein gemeinsames Vorgehen aller bremischen Gebietskörperschaften sicherzustellen ist. Eine entsprechende Verpflichtung der Gemeinden wurde zwischenzeitlich auch in Artikel 146 der Landesverfassung aufgenommen.

2. Versorgung und Integration von Asylsuchenden

Der bisher erfolgreich zurückgelegte Konsolidierungspfad des Stadtstaates wird seit 2014 / 2015 zunehmend überlagert durch die enormen Herausforderungen, vor denen die bremischen Haushalte bei der Bewältigung der Kosten stehen, die für die Aufnahme und Integration der in Bremen aktuell zu versorgenden und zu betreuenden Flüchtlinge aufzuwenden sind.

Im Jahr 2015 waren aufgrund der deutlich gestiegenen Zugangszahlen im Bereich der Sozial-, Versorgungs- und Unterbringungsleistungen durch Nachbewilligungen und einen Nachtragshaushalt erhebliche Mehrausgaben gegenüber den bereits im Jahr 2013 gebildeten Anschlagwerten abzudecken, um die Versorgung und Integration von über 10.000 Erwachsenen und im Familienverbund reisenden Personen sowie weiteren rd. 2.500 unbegleiteten Minderjährigen sicherzustellen.

Die Mittelprojektion für 2016 geht von einem bundesweiten Zugang von 800.000 Flüchtlingen und dementsprechend für das Land Bremen von etwa 8.000 Flüchtlingszugängen aus. Hinzu kommen rd. 2.500 unbegleitete minderjährige Ausländer, von denen aufgrund der – mit einer Quotenerfüllung von rund 360 % - stark überproportionalen Leistungserfüllung Bremens bis zu 90 % in andere Bundesländer umverteilt werden. Im Ergebnis würden rd. 250 Personen im Land Bremen bleiben, die zum Bestand von rd. 2.400 Personen hinzukämen. Diese Annahmen sind bereits im Jahresverlauf 2016 zu überprüfen.

Für die in der Finanzplanung vorsorglich zu berücksichtigenden Mittelbedarfe der Folgejahre wird von einer schrittweisen Abnahme der hohen Zugangszahlen ausgegangen. Aktuelle Planungsgrundlage ist ein Rückgang der erwachsenen einzeln und im Familienverbund reisenden Personen auf 6.000 (2017) bzw. 2.000 (2018 und 2019) sowie der unbegleiteten Minderjährigen 200 (2017), 160 (2018) und 128 (2019). Trotz der degressiven Zugangszahlen erhöhen sich die Bestandszahlen damit weiter und bewirken über die Jahre in verschiedenen Ausgabebereichen kumulierende Kosten.

Zusammenfassend ergeben sich nach aktuellem Kenntnis- und Planungsstand aus der Flüchtlingszuwanderung die in der nachfolgenden **Tabelle 2** dargestellten Auswirkungen auf die bremischen Haushalte. Die dabei für 2015 ausgewiesenen Werte wurden unmittelbar aus den Jahresabschluss-Beträgen der zwischenzeitlich entsprechend gekennzeichneten und hinsichtlich ihrer Zuordnung inhaltlich begründeten Haushaltsstellen ermittelt. Die für 2016 und die Folgejahre – aufgrund der noch hohen Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Entwicklung in erheblichem Umfang zunächst als Pauschalbeträge – ausgewiesenen Netto-Mehrbedarfe basieren auf internen Abgrenzungen und Definitionen, die bei der Ermittlung der Jahresergebnisse in eine ländereinheitliche Erfassungssystematik zu überführen sind.

Tab. 2: Effekte der Flüchtlingszuwanderung
(in der Finanzplanung berücksichtigte Beträge; in Mio. €)

	Ist	Entwurf		Planwerte		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land Bremen						
- Steuereinnahmen	20,980	38,115	38,115	12,786	3,668	3,668
- Sonstige Einnahmen	0,095	0,031	19,840	20,040	20,040	0,040
- abz. Basis Anschlag 2015	-0,025	-0,025	-0,025	-0,025	-0,025	-0,025
Mehreinnahmen	21,050	38,121	57,930	32,801	23,683	3,683
- Personalausgaben	0,747	0,692	0,692	0,692	0,692	0,692
- Sozialleistungsausgaben	25,984	175,349	128,598	95,769	63,236	32,490
- Sonstige konsumtive Ausgaben	124,586	6,916	6,926	2,753	1,249	1,259
- Investitionsausgaben	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
- Globale Mehrausgaben	0,000	5,021	6,021	0,000	0,000	0,000
- abz. Basis Anschlag 2015	-6,331	-6,331	-6,331	-6,331	-6,331	-6,331
Mehrausgaben	144,987	181,647	135,906	92,883	58,846	28,110
Netto-Mehrausgaben	123,937	143,527	77,976	60,082	35,163	24,427
- an die Stadt Bremen	111,803	130,151	88,156	58,661	37,042	18,409
- an Bremerhaven	12,934	2,978	3,002	2,193	1,918	1,942
Stadt Bremen						
- Einnahmen	121,819	148,620	93,696	58,661	37,042	18,409
- abz. Basis Anschlag 2015	-1,718	-1,718	-1,718	-1,718	-1,718	-1,718
Mehreinnahmen	120,101	146,902	91,978	56,943	35,324	16,691
- Personalausgaben	3,811	8,172	8,189	8,189	8,189	8,189
- Sozialleistungsausgaben	105,824	212,288	208,530	172,365	125,754	80,893
- Sonstige konsumtive Ausgaben	3,530	1,870	1,891	1,810	1,830	1,850
- Investitionsausgaben	54,050	92,300	51,500	0,000	0,000	0,000
- Globale Mehrausgaben	0,000	42,700	52,500	0,000	0,000	0,000
- abz. Basis Anschlag 2015	-39,818	-39,818	-39,818	-39,818	-39,818	-39,818
Mehrausgaben	127,398	317,512	282,793	142,546	95,955	51,114
Netto-Mehrausgaben	7,297	170,610	190,814	85,603	60,631	34,423
Bremerhaven						
- Einnahmen	12,934	2,978	3,002	2,193	1,918	1,942
- abz. Basis Anschlag 2015	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Mehreinnahmen	12,934	2,978	3,002	2,193	1,918	1,942
- Personalausgaben	0,210	4,540	4,550			
- Sozialleistungsausgaben ¹⁾	10,850	24,440	30,250	2,193	1,918	1,942
- Sonstige konsumtive Ausgaben	4,520	10,890	15,630			
- Investitionsausgaben	0,000	14,000	14,000			
- Globale Mehrausgaben	0,000	0,000	0,000			
- abz. Basis Anschlag 2015	-3,823	-3,823	-3,823			
Mehrausgaben	11,757	50,047	60,607	2,193	1,918	1,942
Netto-Mehrausgaben	-1,177	47,069	57,605	0,000	0,000	0,000

¹⁾ Ab 2018: Unterstellte Verausgabung der Erstattungen und der Schlüsselzuweisungen vom Land

Die Aufwendungen beinhalten Ausgaben vor allem für die unmittelbare Unterbringung und Versorgung sowie die Finanzierung von Maßnahmen des im Januar 2016 vom Senat der Freien Hansestadt Bremen zur nachhaltigen Integration der geflüchteten Menschen beschlossenen Konzeptes. Über die Freigabe der in den Haushaltsentwürfen 2016 (325 Mio. €) und 2017 (270 Mio. €) zunächst als Pauschalbeträge veranschlagten Ausgabenbeträge entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft im Jahresverlauf nach der Entwicklung der tatsächlichen Zugangszahlen. Die nach aktueller Beschlusslage zur Entlastung gegenzurechnenden Bundeshilfen sind in der Darstellung bereits berücksichtigt. Als den Netto-Mehrbedarfen nicht zuzurechnende Basispositionen wurden darüber hinaus die im Jahr 2013 für den Haushalt 2015 veranschlagten flüchtlingsbezogenen Einnahme- und Ausgabepositionen abgesetzt.

Dass der Mittelbedarf für Flüchtlinge in Bremen im Ländervergleich u. U. relativ hoch erscheint, resultiert vor allem aus der Einbeziehung der Gemeindeebene: Etwa 60 % der flüchtlingsbezogenen Mehrausgaben des Stadtstaates betreffen die beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Hier werden aktuell nicht nur unbegleitete minderjährige Asylsuchende in weit überdurchschnittlicher Größenordnung versorgt. Die im Vergleich mit anderen Ländern überdurchschnittlichen Flüchtlingsausgaben pro Einwohner sind auch darauf zurückzuführen, dass Bremen – bei einem Bevölkerungsanteil von 0,82 % - nach Königsteiner Schlüssel 0,96 % aller im Bundesgebiet zu verzeichnenden Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Nettoausgaben pro Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG fallen damit im Ländervergleich zwar stadstaaten-spezifisch höher, jedoch mit deutlich geringerem Abstand zum Länderdurchschnitt aus.

Zwar stellen die errechneten Beträge zur haushaltsmäßigen Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung und die zu ihrer Mitfinanzierung zu erwartenden Bundeshilfen vorläufige Einschätzungen dar, die aufgrund sich verändernder Prognosen und Entwicklungen des Wandersvolumens, der von Bremen zu tragenden Anteile und der fallbezogenen Einzelkosten noch erheblichen Veränderungen unterliegen können. Absehbar ist allerdings, dass eine Verringerung der Ausgabenbedarfe nicht in dem Umfang eintreten wird, der Bremen als Haushaltsnotlageland im Jahr 2016 die Einhaltung der Defizitobergrenze des Konsolidierungspfades ermöglichen würde. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen sieht daher vor, dem Stabilitätsrat nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016 einen Antrag auf Anerkennung einer Ausnahmesituation nach § 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungshilfengesetz mit der Bitte um Prüfung und Entscheidung vorzulegen.

Die Senatorin für Finanzen hat hierzu gemäß dem Senatsbeschluss vom 8. März 2016 eine rechtsgutachtliche Stellungnahme zur Vereinbarkeit der dem Stadtstaat Freie Hansestadt Bremen durch die Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 entstehenden Mehrausgaben mit Art. 143d Abs. 2 Grundgesetz sowie mit dem Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen und der hierzu getroffenen Verwaltungsvereinbarung in Auftrag gegeben. Die Stellungnahme wird der Bremischen Bürgerschaft mit dem Entwurf der Haushaltsgesetze vorgelegt. Sie bestätigt die Konformität des Haushaltsgesetzes mit den zusätzlichen Vorgaben der Art. 131a, 131b Bremische Landesverfassung zur Kreditaufnahme – darunter die Aufstellung eines Tilgungsplans – , mit denen die Freie Hansestadt Bremen ihrem nachhaltigen Willen zur Haushaltskonsolidierung Verfassungsrang verliehen hat.

Unabhängig von der erforderlichen Feststellung einer Ausnahmesituation betrachtet die Freie Hansestadt Bremen die Bewältigung der anstehenden Integrationsleistungen als eine gesamtstaatliche Aufgabe, die eine entsprechende Mitfinanzierung des Bundes erfordert. Im Jahr 2015 deckten die vereinnahmten Bundesmittel nicht einmal 10 % der in den bremischen Haushalten aufzubringenden Netto-Mehrausgaben. Im Einklang mit einem entsprechenden, einstimmigen Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 03. März 2016 hält die Freie Hansestadt Bremen eine Beteiligung des Bundes in Höhe von wenigstens 50 % der Kosten des Landes und der Kommunen für angemessen. Das Bundesfinanzministerium hat die Forderung der Länderfinanzminister mit Schreiben vom 10. März 2016 zur Kenntnis genommen. Die Forderungen werden Gegenstand der weiteren Beratungen der Länder mit dem Bund sein.

3. Perspektiven für weitere Eigenbeiträge

Die bisher erfolgreiche Gestaltung des Konsolidierungspfades ist auch darauf zurückzuführen, dass Bremen die durch Steuermehreinnahmen und geringe Kapitalmarktsätze gebotenen Chancen verbesserter Rahmenbedingungen genutzt und mit einer Vielzahl strukturverbessernder Maßnahmen entscheidende Eigenbeiträge zu den bereits realisierten und noch erreichbaren Sanierungsfortschritten geleistet hat. Seit Beginn des Sanierungsprogramms wurden Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, die innerhalb von fünf Jahren nach aktuellem Berechnungs- und Planungsstand im Jahr 2016 zu strukturellen Haushaltsverbesserungen von rd. 292 Mio. € führen sollen. Die Summe der durch Eigenanstrengungen Bremens realisierten Konsolidierungsbeiträge erreicht zwischenzeitlich kumuliert für den Gesamtzeitraum des mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Sanierungsprogrammes rd. 907 Mio. €.

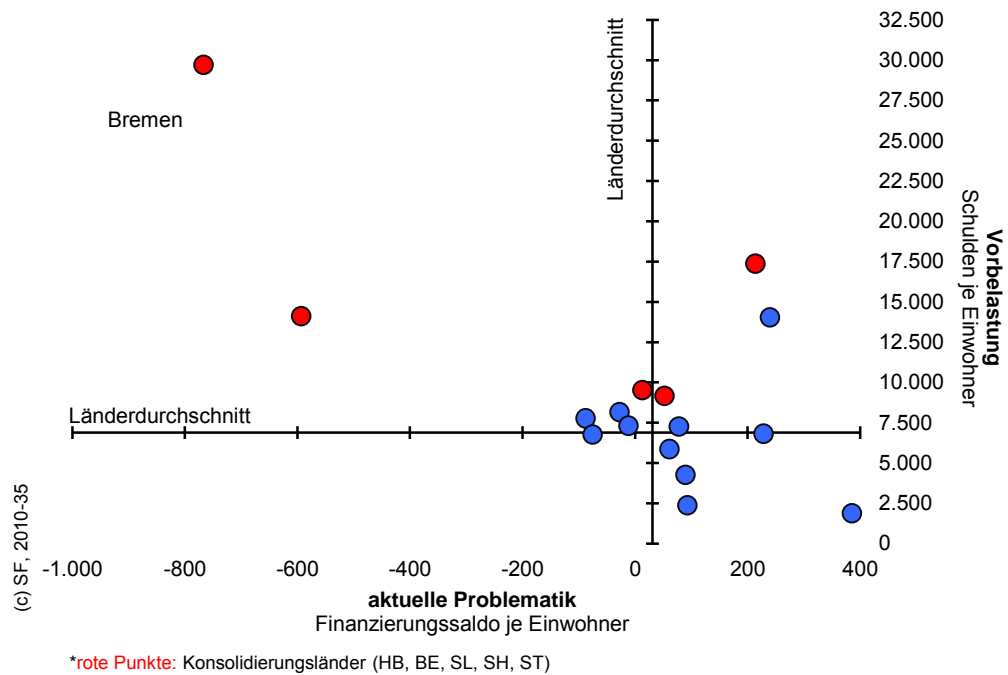
Gleichwohl ist festzustellen, dass sich die Gestaltungsspielräume für die Erbringung nennenswerter weiterer Konsolidierungsbeiträge zwischenzeitlich erheblich verengt haben. Die Ursachen hierfür lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Bestimmende Faktoren der Haushaltsentwicklung sind und bleiben die Ursachen und Auswirkungen der extremen Haushaltsnotlage. Trotz schrittweiser Verringerung der Nettokreditaufnahme wird die hohe Verschuldung des Stadtstaates bis 2020 – wenn auch mit rückläufigen Jahresraten und ohne Gegenrechnung der Konsolidierungshilfen – weiter zunehmen. Im Haushaltsjahr 2014 wurden in den bremischen Haushalten rd. 900 € pro Einwohner für Zinsausgaben aufgewendet, in den Ländern und Gemeinden des Bundesgebietes insgesamt durchschnittlich 240 € (Bayern: 103 €).

Der Stabilitätsrat leitet eine (drohende) Haushaltsnotlage aus einer Kombination von Indikatoren ab, die die Vorbelastungen der Haushalte (Schuldenstand; Zins-Steuer-Quote) und deren aktuelle Problematik (struktureller Finanzierungssaldo; Kreditfinanzierungsquote) abbilden. In **Abbildung 3** sind aus der Überprüfungsrunde des Stabilitätsrates vom September 2015 exemplarisch die aktuellsten Länderwerte des Schuldenstandes (Vorbelastung) und des einwohnerbezogenen Finanzierungssaldos (aktuelle Problematik) ausgewiesen. Die Koordinaten der Freien Hansestadt Bremen und deren Abstand zu den Länderdurchschnitten, aber auch zu den übrigen Konsolidierungsländern und allen

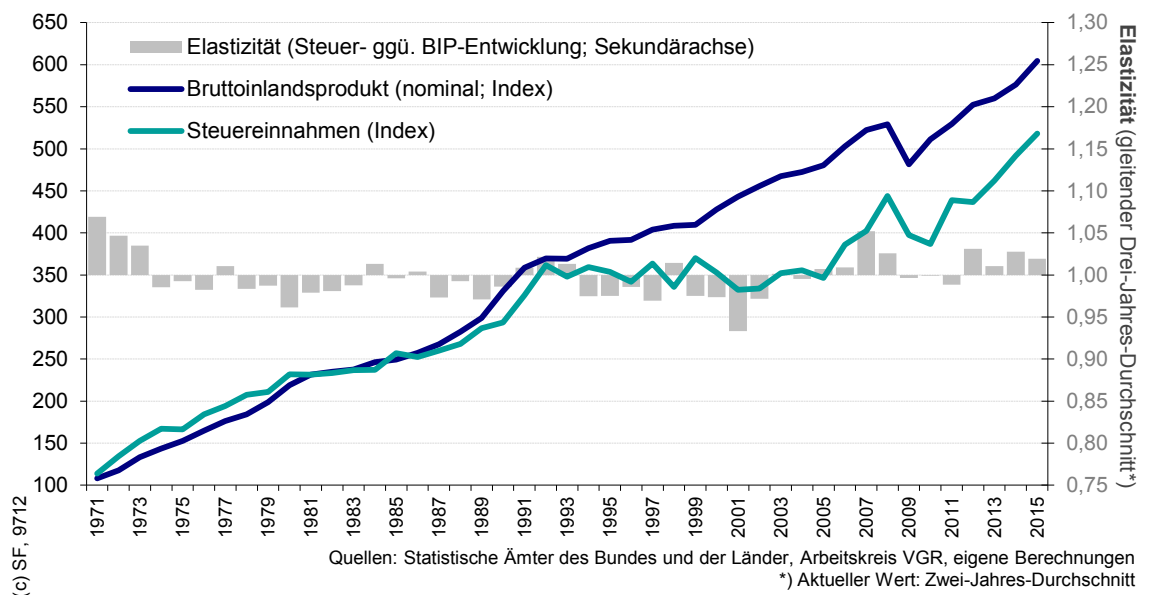
anderen Ländern im Sektor „überdurchschnittliche Schulden und überdurchschnittliches Defizit“ dokumentieren den extremen Grad der Haushaltsnotlage Bremens.

Abb. 3: Kennzahlen zur Ermittlung einer drohenden Haushaltsnotlage
Länderwerte 2014 gemäß Stabilitätsrat*



- Eine wesentliche Ursache der Altschuldenproblematik und zugleich ein bedeutendes Hindernis bei ihrer Lösung aus eigener Kraft bilden dabei die unzureichenden steuerabhängigen Einnahmen des Landes. Vor allem in Kombination mit den Verteilmechanismen des geltenden Finanzausgleiches ergeben die Bremen verbleibenden steuerabhängigen Einnahmen insgesamt eine für die Wahrnehmung oberzentraler Versorgungsfunktionen des Stadtstaates zu gering bemessene Finanzausstattung.

Abb. 4: Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Bremen
Index; 1970 = 100

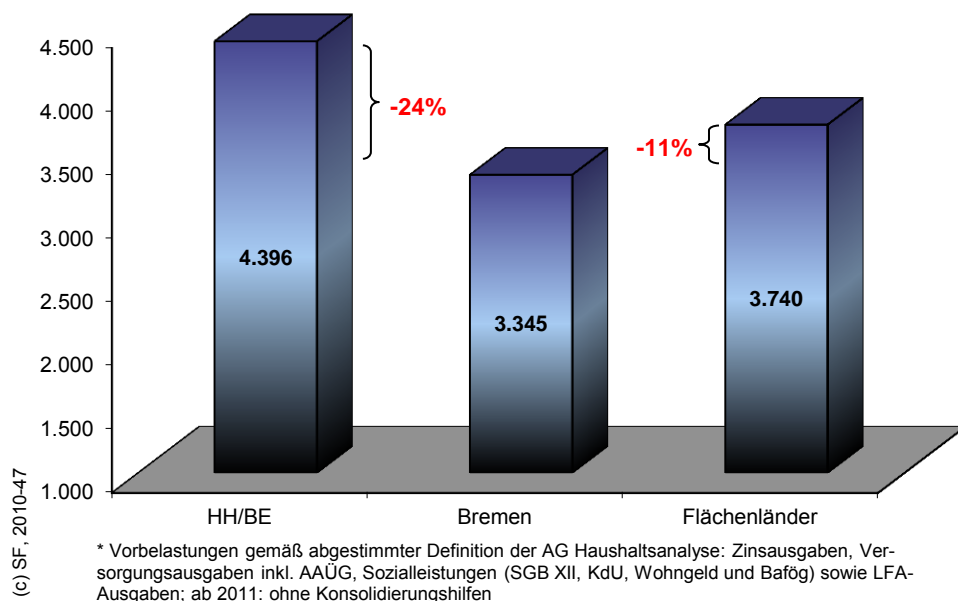


Besonders problematisch wirkt sich hier die in der Vergangenheit zu verzeichnende Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Entwicklung der originären Steuereinnahmen aus, die auch bei Einbeziehung des überwiegend einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzausgleichs nicht kompensiert wird. **Abbildung 4** bildet den angesichts der Wirtschaftsleistung des Stadtstaates unzureichenden Verbleib originärer Steuereinnahmen in den bremischen Kassen deutlich ab.

Zu beachten ist dabei, dass die Wachstumsdifferenzen in den neunziger Jahren – im Gegensatz zu den überwiegend steuerrechtsbedingten Entkopplungen der Folgejahre – in starkem Maße auch durch Umlandwanderungsverluste der bremischen Städte geprägt waren. In der Folge musste die Freie Hansestadt Bremen von 1992 bis 2005 eine 13 Jahre anhaltende Stagnation ihrer steuerabhängigen Einnahmen hinnehmen. Wäre die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen stattdessen parallel zum Bundesdurchschnitt verlaufen, könnte der Stadtstaat aktuell statt struktureller Defizite deutliche Finanzierungsüberschüsse verzeichnen.

- Ein deutliches Indiz für die stark eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten des Landes liefert eine vergleichende Gegenüberstellung der in den Haushalten zur Verfügung stehenden Primäreinnahmen mit den nicht bzw. kaum zu gestaltenden Ausgabenblöcken der Zinsausgaben, der Versorgungsausgaben sowie der weitgehend gesetzlich geregelten Sozialleistungen (vgl. **Abbildung 5**).

Abb. 5: Primäreinnahmen abzüglich Vorbelastungen*
(Mittelwert 2010-2014; in € je Einwohner)



Die nach Abzug dieser Ausgaben für andere Aufgabenbereiche zur Verfügung stehenden Mittel müssten für die Stadtstaaten – aufgrund ihrer erhöhten Ausgabebedarfe und der darauf bezogenen Einwohnerwertung im Länderfinanzausgleich – deutlich über den Werten der Flächenländer liegen. Für Hamburg und Berlin trifft dies mit einem Plus von ca. 18 % gegenüber dem Flächenländer-Durchschnitt auch zu. In den bremischen

Haushalten stehen hingegen signifikant weniger gestaltbare Mittel für sonstige Aufgabenbereiche zur Verfügung: Mit gut 3.300 € pro Einwohner liegen die entsprechenden Ausgabenspielräume um 24 % unter den Vergleichswerten der beiden anderen Stadtstaaten und sogar noch um 11 % unter dem Flächenländer-Durchschnitt. Gegenüber den deutlich höheren Gestaltungsmöglichkeiten von Hamburg und Berlin fehlten Bremen demnach jährlich rein rechnerisch knapp 700 Mio. € bzw. gegenüber den Flächenländern rd. 260 Mio. €.

- Von zentraler Bedeutung ist, dass die aus der notwendigen Konsolidierung der Haushalte ableitbaren Eigenbeiträge der Freien Hansestadt Bremen insbesondere auch die kommunale Ebene betreffen müssen: Über 60 % der beim Abbau der Neuverschuldung in den bremischen Haushalten zu schließenden Finanzierungslücke entfallen auf die kommunalen Haushalte der Städte Bremen und Bremerhaven. Der weit überwiegende Handlungsbedarf zum Abbau des strukturellen Defizits liegt damit im kommunalen Bereich, der aufgrund überproportionaler Sozialhilfelasten und sonstiger, in Großstädten überdurchschnittlicher Ausgabeverpflichtungen und oberzentraler Funktionen sowie äußerst begrenzter Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung über nur geringe Gestaltungsspielräume verfügt.
- In wesentlichen Aufgabenbereichen, zu denen insbesondere die Bereiche Förderung von Kindern und Jugendlichen, Bildung, Arbeitsmarkt, innere Sicherheit und Ordnung, Gesundheit und Infrastrukturen zählen, haben die Konsolidierungsbemühungen der vergangenen Jahre zu aktuellen Ausgangslagen geführt, in denen statt weiterer Einsparbeiträge eher Mittelaufstockungen zur Finanzierung dringlichster Handlungsbedarfe erforderlich werden.
- Auch im investiven Bereich sind die Konsolidierungspotenziale der Haushalte weitgehend ausgeschöpft. Die bremischen Investitionsausgaben
 - sind hinsichtlich des Niveaus und der Entwicklung durch eine Vielzahl von Sondereffekten (Sonderzahlungen an den Klinikverbund 2013 (56 Mio. €), Einmalkosten der Rekommunalisierung der Versorgungsnetze 2014 (225 Mio. €), Bruttostellung von BAföG-Darlehen 2014 (13 Mio. €), jährliche Schwankungen bei den Drittmittel-Finanzierungen etc.) überlagert,
 - umfassen rd. 65 Mio. € Tilgungsausgaben für bereits abgeschlossene Vorhaben,
 - sichern in überdurchschnittlichem Maße als Komplementärmittel Drittmittel-Zuflüsse ab, mit denen die EU und der Bund auf besondere Problemlagen des Stadtstaates reagieren,
 - dienen zu knapp 70 % der Finanzierung kommunaler Infrastrukturen,
 - sind – einschließlich Tilgungen - aktuell im Umfang von über 80 Mio. € Maßnahmen im Hafensbereich zuzuordnen, mit denen wesentliche Vorleistungen für das Bundesgebiet insgesamt geleistet wurden und werden,

- werden in erheblichem Umfang zur Wahrung überregionaler Versorgungsfunktionen und zur Aufrechterhaltung oberzentraler Angebote (Arbeitsmarkt, Gesundheit, Hochschulen, Bildung etc.) eingesetzt,
- werden – gemäß Verwaltungsvereinbarung – für den Sektor „Staat“ in vollem Umfang im Kernhaushalt, d. h. nicht als (Vor-) Finanzierungen in ausgegliederten Einheiten, gebucht,
- sind in zunehmendem Maße durch Mittelbedarfe für infrastrukturelle Sanierungsmaßnahmen geprägt und
- weisen – auch aufgrund der unter Konsolidierungsgesichtspunkten notwendigen Streckungen und Verschiebungen – zwischenzeitlich eine hohe Vorbelastungsquote auf.

Mit dem erforderlichen weiteren Abbau der Neuverschuldung muss sich vor diesem Hintergrund erweisen, inwieweit die Verpflichtung zu erfüllen sein wird, die Leistungen in den wesentlichen Aufgabenbereichen des Stadtstaates unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf einem für die Bevölkerung des Landes noch akzeptablen Niveau zu halten, vorhandene Strukturen in erforderlichem Maße abzusichern und Ausgabensteigerungen durch die Verschiebung dringlicher Sanierungsbedarfe zu vermeiden .

4. Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen

Trotz der erheblich erschwerten Rahmenbedingungen bleibt Bremen gefordert, für den Abbaupfad des strukturellen Defizites seiner Haushalte in den Restjahren der Sanierung bis 2020 mit der Mobilisierung der noch verbliebenen Konsolidierungspotenziale einen möglichst hohen Eigenbeitrag zu leisten. Aus den maßnahmen-bezogenen Darstellungen der Sanierungsberichterstattung wird deutlich, dass Bremen den in dieser Hinsicht beständigen Forderungen des Stabilitätsrates bereits durch eine Vielzahl von Programmen und Einzelmaßnahmen gefolgt und auch weiterhin bereit ist, diese Eigenanstrengungen im Rahmen des noch Leistbaren fortzusetzen und zu intensivieren. Die Summe der durch Eigenanstrengungen Bremens realisierten Konsolidierungsbeiträge erreicht zwischenzeitlich kumuliert für den Gesamtzeitraum des Sanierungsprogrammes (2012 bis 2016) rd. 907 Mio. € und als strukturelle Entlastung im letzten Jahr des Sanierungszeitraumes 292 Mio. €.

Die Fortsetzung der auf nachhaltige strukturelle Verbesserungen der Haushalte gerichteten Anstrengungen wird durch vergleichende Analysen zu den hierfür bestehenden Handlungsoptionen und durch Programme und Maßnahmen mit entsprechenden Zielvorgaben gewährleistet:

- Bremen ist bereits längerfristig intensiv darum bemüht, Entwicklungen und Strukturen der eigenen Haushalte insgesamt und aufgaben-orientiert an überregionalen Vergleichskennzahlen zu messen. Im Mittelpunkt stehen dabei – im Rahmen des Benchmarkings - Vergleiche des Ressourceneinsatzes und der Leistungen mit den übrigen Ländern (und Gemeinden) sowie – als Stadtstaat – mit den Kennzahlen vergleichbarer Großstädte. Mit den Benchmarking-Ansätzen konnten bisher bereits wichtige Informati-

onsgrundlagen zum leistbaren Eigenbeitrag Bremens zur Haushaltskonsolidierung und zum Ausschöpfungsgrad des Konsolidierungspotenziales geschaffen werden.

Auch zukünftig werden aufgaben-orientierte und kennzahlen-gestützte Vergleichsbeurteilungen zur Flankierung des Konsolidierungsprozesses und zur Objektivierung und Versachlichung der Diskussionen zum Niveau bremischer Leistungen und Standards für Bremen von erheblicher Bedeutung sein. Zugleich können sie unterstützend wirken, wenn es gilt, die grundgesetzliche Verpflichtung zur Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit quantifizierbaren Maßstäben zu unterlegen. Das Instrument der Städte- und Ländervergleiche wird daher auch weiterhin genutzt.

- Die bisher aufgelegten Verwaltungsreformprogramme zum „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) sowie zur „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ werden im Sinne einer fortlaufenden Aufgaben- und Prozesskritik in ein mit den bisherigen Resultaten kohärentes Nachfolgeprojekt „Zukunftsorientierte Verwaltung“ überführt. Mit einer thematisch neu ausgerichteten Programmstruktur sollen – als zentrale Aufgabe des Senats unter Federführung des Präsidenten des Senats und der Finanzsenatorin – Modernisierungsmaßnahmen einheitlich gesteuert und durch das Zusammenwirken von bereits begonnenen mit neuen Projekten nachhaltigere Effekte in den einzelnen Entwicklungsfeldern erzielt werden. Maßstab der Modernisierung sind nicht nur kurzfristige haushaltswirksame Effekte, sondern vor allem eine höhere organisatorische Effizienz der Verwaltungsarbeit auch vor dem Hintergrund fortgesetzter Personaleinsparungen. Das Gesamtprogramm zielt dabei neben seinen Konsolidierungseffekten auf die Unterstützung des kulturellen Wandels des öffentlichen Dienstes in Bremen (Verwaltungs- und Führungskultur, Ausrichtung des Handelns an Wirkungszielen, Ausbau strategischer Steuerung, Veränderungsmanagement als Kernkompetenz).
- Im Rahmen des Koalitionsvertrages für die laufende Legislaturperiode wurde eine Vielzahl weiterer Maßnahmen und Prüfaufträge vorgesehen, mit deren Umsetzung nennenswerte Eigenbeiträge zur Haushaltskonsolidierung erbracht werden sollen. Hierzu zählen u. a.
 - der weitere Abbau des Personalbestandes um jährlich 2,6 % in der Kernverwaltung und 1,6 % bei den bürgernahen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der bestehenden Belastungsgrenzen für große Teile der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung,
 - die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung und insbesondere die Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfungen zur Minimierung entgehender Steuereinnahmen,
 - der Abbau von Doppelstrukturen in der historisch bedingten, teilweise zu Friktionen führenden Aufgabenteilung im Verhältnis der Städte Bremen und Bremerhaven sowie
 - die Vertiefung der Kooperation mit dem Land Niedersachsen u. a. zur Ausschöpfung von Synergieeffekten durch die Bildung gemeinsamer Einrichtungen.

Zu weiteren, z. T. bereits eingeleiteten bzw. umgesetzten Maßnahmen und Verfahren gehören

- die Anhebung der Grundsteuer B, der Hundesteuer und der Zweitwohnsitzsteuer,
 - die Einforderung eines Konsolidierungsbeitrages der Beteiligungen im Umfang von 1,5 % ihrer Kosten p. a.,
 - Prüfaufträge zur Verschmelzung von Gesellschaften,
 - eine verstärkte Analyse der Entwicklung der Sozialausgaben im Städtevergleich und die Ermittlung von Einsparpotenzialen,
 - Prüfaufträge zur Absenkung von Baustandards im Straßenbau,
 - die Anhebung der Gruppengrößen im U3-Bereich,
 - der Abbau von Doppelstrukturen,
 - die Überarbeitung von Standortplanungen,
 - die Umsetzung des medizinstrategischen Konzeptes der kommunalen Kliniken mit der Konzentration von Angeboten und Investitionen sowie
 - die Umsetzung der Ausbildungsgarantie u. a. mit dem Ziel der Reduktion der Übergangssysteme.
- Von entscheidender Bedeutung für die Einnahmeseite der bremischen Haushalte ist im bestehenden System der Steuer- und Finanzverteilung eine deutliche Erhöhung der Einwohnerzahlen innerhalb der Landesgrenzen. Durch abgestimmte Maßnahmen der Bau-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik sollen daher die Voraussetzungen geschaffen werden, durch einen nachhaltigen Anstieg der Bevölkerung beider bremischen Städte zur Kompensation der in der Vergangenheit - insbesondere in den 1990er-Jahren – zu verkräftenden Einwohnerverluste und damit auch zur Stärkung der Finanzkraft beizutragen. Im September 2015 hat der Senat hierzu die Erarbeitung einer Senatsstrategie „Wachsende Stadt“ unter Federführung der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen beschlossen, die insbesondere die Anforderungen an den Wohnungsbau, die Bildungsinfrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen beinhalten soll, die zur Profilierung Bremens als attraktive Wohn- und Wirtschaftsmetropole Nordwestdeutschlands bestehen.

5. Gesamtstrategie Wachsende Stadt

Seit dem Jahre 2010 verzeichnet Bremen kontinuierlich steigende Einwohnerzahlen. Neben dem allgemein konstatierbaren Trend zur Reurbanisierung stellt diese Entwicklung maßgeblich das Ergebnis bisheriger erfolgreicher Maßnahmen zur Profilierung Bremens als lebenswerte und zugleich wirtschaftsstarke und innovative Metropole im Nordwesten dar. Auch die bremische Wirtschaft wächst. Im Jahr 2015 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Bremen um 4,9% im Vergleich zum Vorjahr.

Demographisches und wirtschaftliches Wachstum bedingen sich gegenseitig. Einerseits bieten steigende Einwohnerzahlen ein erhöhtes Arbeitskräftepotenzial und regen eine erhöhte Nachfrage und damit Wirtschaftswachstum an. Andererseits bietet eine prosperierende Wirtschaft attraktive Arbeitsplätze und zieht damit neue, qualifizierte Einwohner und Einwohnerinnen an. Beides eröffnet größere Gestaltungsräume für die Landespolitik, unterstützt die Konsolidierung der Haushalte und sichert damit die finanzielle und ökonomische Stabilität

Bremens. Die Fortsetzung und Intensivierung des demographischen, wirtschaftlichen und qualitativen Wachstums bildet die zentrale langfristige gesamtstrategische Zielsetzung der Wachsenden Stadt an der die Handlungsfelder und mittelfristigen Zielsetzungen auszurichten sind.

Die Gesamtstrategie der Wachsenden Stadt baut auf dem Leitbild der Stadtentwicklung für die Stadtgemeinde Bremen „Bremen! lebenswert – urban – vernetzt“ und dem Strukturkonzept 2020 für das Land Bremen auf. Als die Antworten auf die zentralen Herausforderungen, vor denen die Freie Hansestadt Bremen in den kommenden Jahren steht, hat der Präsident des Senats in seiner Regierungserklärung vom 22. Juli 2015

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Die Verbesserung der Bildungschancen für unsere Kinder
- Die Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft
- Die Schaffung der Voraussetzungen für weiter wachsende Städte
- Die Gestaltung unseres Beitrages für das Gelingen der Energiewende
- Eine neue Regionalpolitik
- Die Modernisierung der Verwaltung
- Die Sicherung der finanziellen Lebensfähigkeit

genannt.

Mit der Gesamtstrategie der Wachsenden Stadt unternimmt der Senat den Einstieg in eine an Wirkungszielen orientierte Steuerung. Aufgrund sich – auch außerhalb des Einflusses des Senats liegenden – verändernden externen Rahmenbedingungen und sich verändernden Schwerpunktsetzungen und Herausforderungen unterliegen die ausgewählten Parameter bzw. Indikatoren, die Tabelle 3 zusammenfasst, als auch die formulierten Ziele allerdings einem kontinuierlichen Überprüfungs- und Anpassungsprozess. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung erweisen sich Annahmen zur zukünftigen Entwicklung Bremens zurzeit als besonders schwierig.

Die Detailziele der Gesamtstrategie sollen noch im Rahmen weiterer Beratungen konkretisiert werden. Nachstehende Indikatoren sollen eine erste Grundlage bilden, um die notwendige Erörterung zu den Erfordernissen einer Wachsenden Stadt anzustoßen.

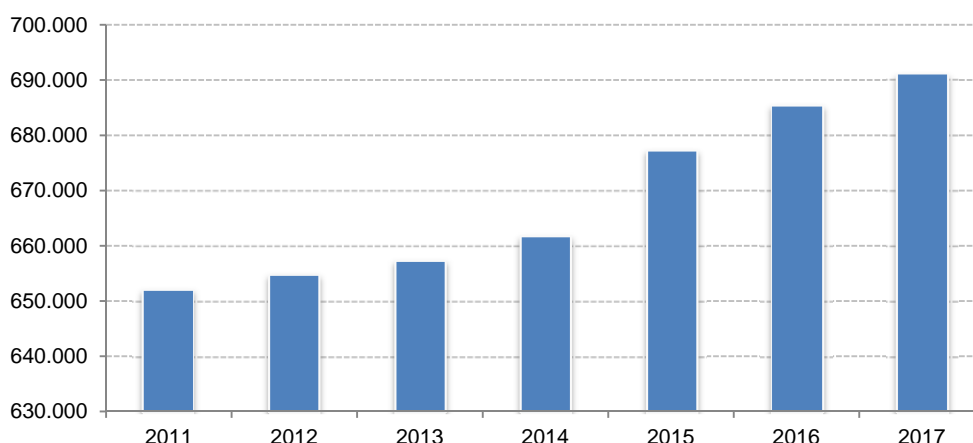
	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Planung 2016	Planung 2017
Versorgungsquote 0-3 jährige in %	37,75	45,21	46,39	45,01	46,27
Versorgungsquote 3-6 jährige in %	105,35	106,65	106,62	92,7	90,16
Anteil GantagsschülerInnen an Grundschulen Stadt Bremen öffentliche Schulen in %	36,4	39,2	43	43,2	48
Absolventen allgemein bildender Schulen mit Schulabschluss in %	82,5	83,0	88,8	84,0	84,3
Erfolgsquote (Hochschulabsolvent/innen)	79,3	83,6	83,6	83,7	83,8
Wachstumsraten der Erwerbstätigenzahlen in Prozent	0,2	0,6	0,4	0,9	0,9
Anzahl Wohneinheiten Wohnungsbau	1.300	1.500	1.400	1.800	2.500
Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/in in Km	958	943	937	939	940
Zahl der Einwohner/innen	657.391	661.888	677.355	685.409	691.083
Struktureller Finanzierungssaldo in Mio. €	-503	-569	-382	-415	-328

Tab. 3: Indikatoren Wachsende Stadt

5.1. Einwohnerinnen und Einwohner

Neben der sich abzeichnenden positiven Entwicklung Bremens als wachsende Stadt hat die in den Jahren 2014/2015 einsetzende Flüchtlingszuwanderung zu einem sprunghaften und unvorhersehbaren Anstieg der Bevölkerungszahl in Bremen geführt. Die nachfolgend dargestellte Einwohnerentwicklung entspricht der am 22. März 2016 vom Senat zur Kenntnis genommenen Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Landesamtes Bremen. Die Freie Hansestadt Bremen kann demnach ihren seit 2010 andauernden Wachstumskurs verstetigen und sich als weiter wachsende Stadt etablieren.

Abb. 6: Einwohnerinnen und Einwohner

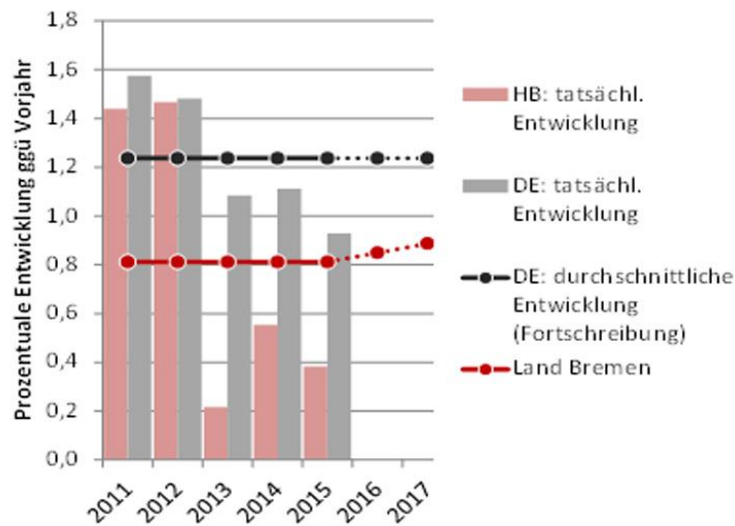


5.2. Arbeit

In Deutschland hat die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 2011 bis 2015 jährlich um durchschnittlich 1,24% zugenommen. In Bremen fiel der Zuwachs mit 0,81% niedriger

aus. Ziel ist es bis 2020 den jährlichen Zuwachs der Erwerbstätigen im Land Bremen an die Entwicklung im Bund anzunähern.

Abb. 7: Wachstumsraten der Erwerbstätigenzahlen
(in Prozent)



5.3. Bildung

Ein mittlerer Abschluss bzw. ein Abitur kann als hinreichend gute Startbedingung für den Übergang in die berufliche Ausbildung bzw. in das Studium betrachtet werden. Diese Absolventenquote errechnet sich nach der Summe der Schulentlassenen unter 21 Jahren mit mittlerem Abschluss oder Abitur der allgemein- und berufsbildenden Schulen je Altersjahrgang/ entsprechenden Altersjahrgang der Bevölkerung. Die Quote ist beeinflusst durch den Doppelentlassungsjahrgang 2012, zeigt sich aber ab 2010 tendenziell steigend.

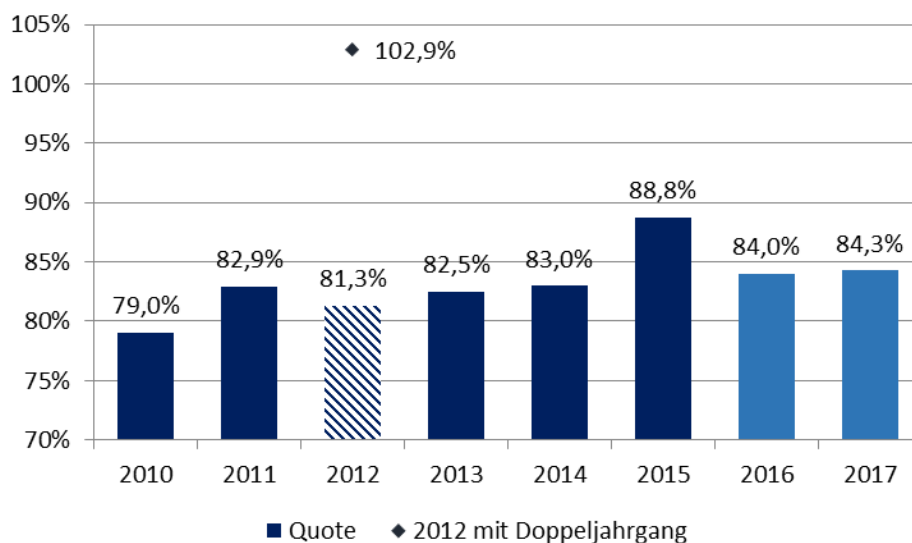
In Kennzahlen dieser Art bilden sich neben Veränderungen von Beteiligungsprozessen an Bildungsmaßnahmen immer auch schulstrukturelle oder bevölkerungsstrukturelle Änderungsprozesse ab.¹

¹ Bildungsbeteiligungseffekt: 2015 ist u.a. ist bei höherer Schülerzahl im Abschlussjahrgang auch die Quote der AbiturientInnen an allgemeinbildenden Schulen gestiegen. Weiterhin ist z.B. sowohl die Schülerzahl als auch die Anzahl der erreichten mittleren Abschlüsse in der einjährigen Berufsfachschule gestiegen, was auch auf die Einrichtung entsprechender Angebote zurückzuführen sein kann.

Schulstruktureller Einfluss: Durch Auflösung der Gymnasialzweige an den jetzigen Oberschulen im Rahmen der Schulstrukturreform ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe I bis zum 10. Schuljahr besuchen gestiegen und folglich auch die Anzahl und Quote der dort erreichten mittleren Abschlüsse unter den Schulentlassenen.

Bevölkerungseffekt: Die Quote wird in Bezug auf die altersgleiche Bevölkerung des Vorjahres berechnet. Das statistische Landesamt weist in der Prognose ab 2015 insbesondere auch in der betrachteten Altersgruppe einen starken Anstieg (+6,8%) aus. Ab 2016 ist bei der o.g. Quote deshalb damit zu rechnen, dass wegen der starken Zuwanderung, die Bevölkerung in der betrachteten Altersgruppe überproportional zu den erreichten Abschlüssen steigt, weil die Zuwanderer (noch) nicht an Bildungsmaßnahmen teilnehmen, die zu entsprechenden Abschlüssen führen. D.h. die Zuwanderung wird dann auf die o.g. Quote einwirken und diese vermutlich wieder absenken. Aus diesem Grund ist die weitere Prognose der Quote nicht an den für 2015 ausgewiesenen Wert angepasst, sondern an der Entwicklung bis 2014 orientiert auch ab 2016 zunächst beibehalten worden.

Abb. 8: Anteil der Schulentlassenen unter 21 Jahren mit mittlerem Abschluss oder Abitur der allgemein- und berufsbildenden Schulen je Altersjahrgang

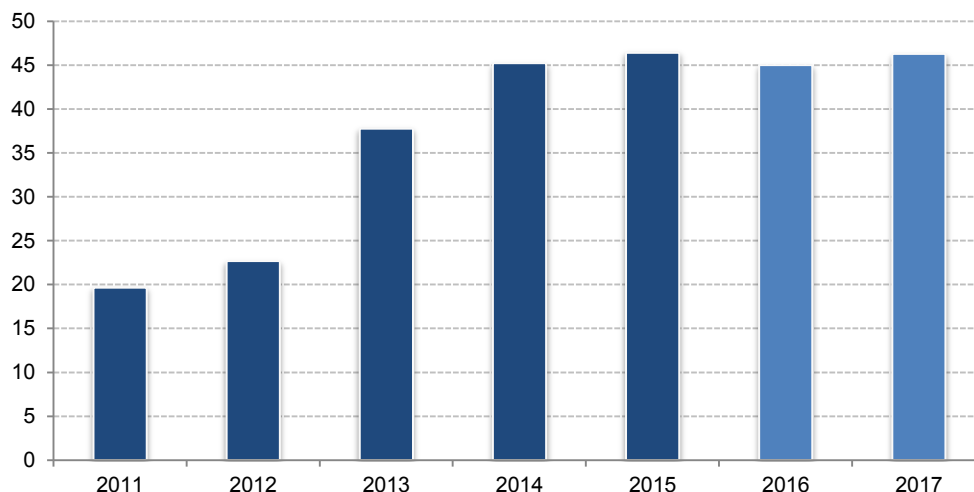


5.4. Kinderbetreuung

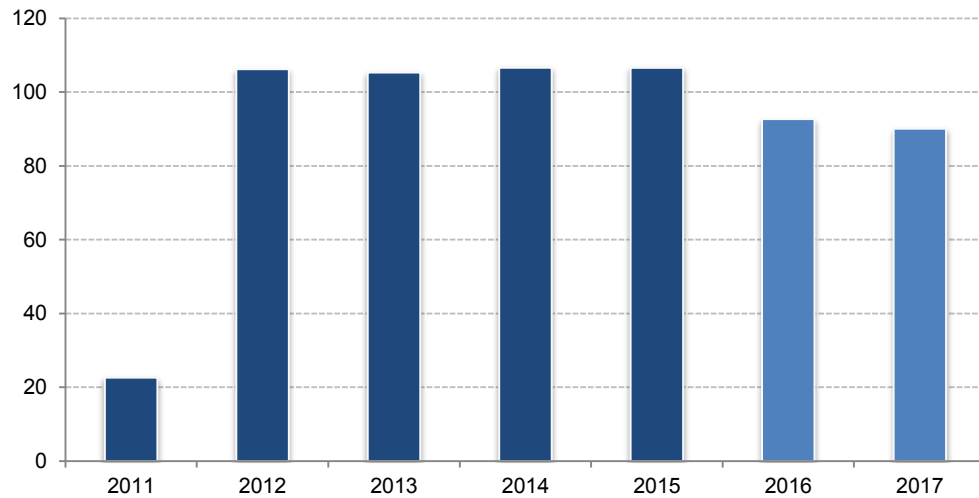
Kommunal geförderte Kinderbetreuung wirkt sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die wirtschaftliche Stabilität von Familien aus. Mit Blick auf ihre frühkindliche Bildungsfunktion leistet sie zudem einen aktuell besonders relevanten Beitrag zur Integration von Zugewanderten.

Gleichzeitig ist durch die Zuwanderung eine verstärkte Nachfrage nach Kinderbetreuung zu erwarten (vgl. Projektion der Alterskohorten in Abschnitt 7). Bedingt durch die erhöhten Kinderzahlen ist bei langsamer steigendem Platzangebot zu erwarten, dass die Versorgungsquoten kurzfristig sinken werden, um anschließend wieder sukzessive anzusteigen.

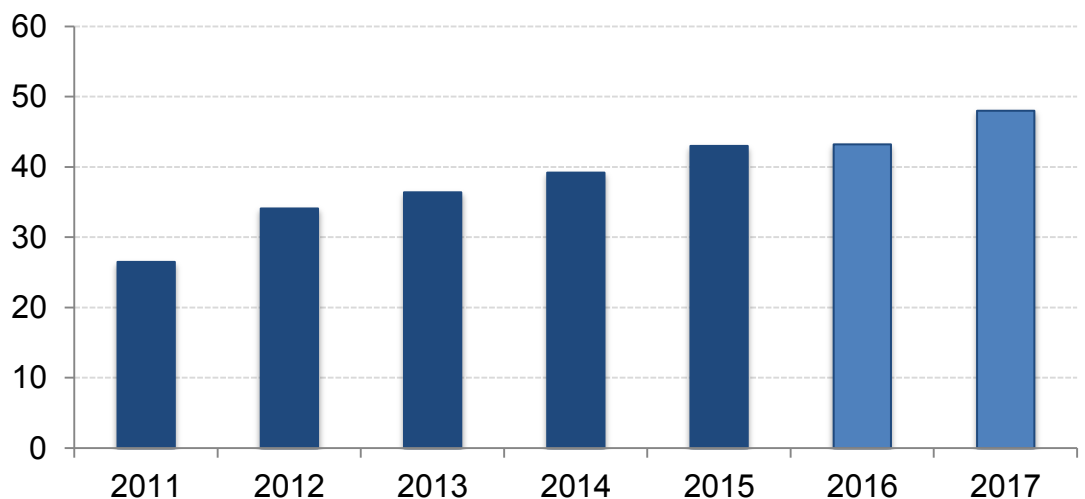
Abb. 9: Versorgungsquote der 0-3 jährigen (in Prozent)



**Abb. 10: Versorgungsquote der 3-6 jährigen
(in Prozent)**



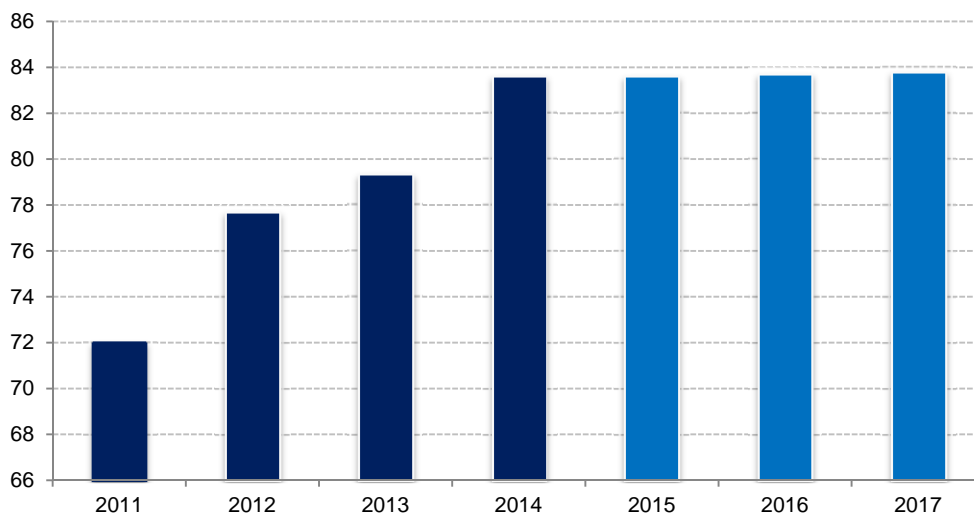
**Abb. 11: Anteil GanztagschülerInnen an Grundschulen
(Stadt Bremen, öffentliche Schulen)**



5.5. Wissenschaft

Die Erfolgsquote zeigt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben (Erwerb eines ersten Hochschulabschlusses), an den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Studienjahres.

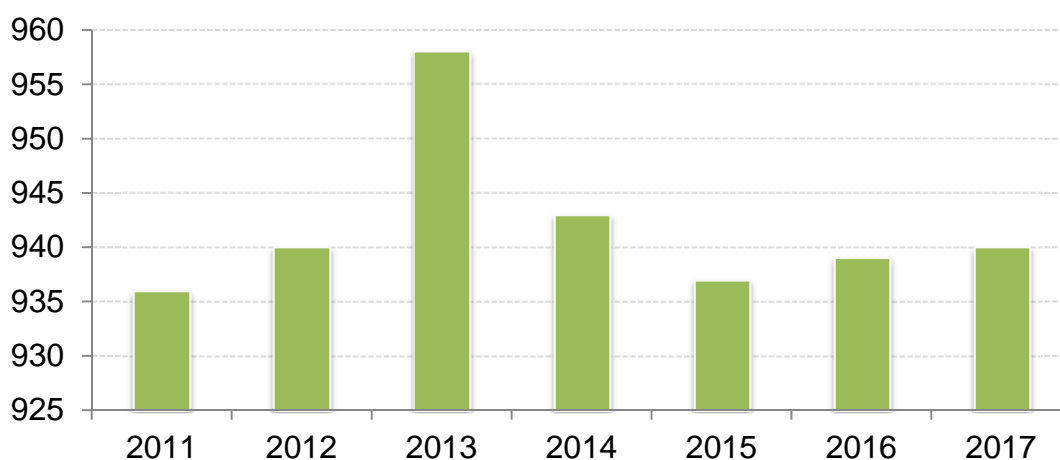
Abb. 12: Erfolgsquote der Hochschulen



Zugrunde gelegt werden die Daten des Statistischen Bundesamtes für 2014, deren Berechnung auf Basis der Angaben der Prüfungs- und Studierendenstatistik erfolgt. Die Erfolgsquote² zeigt, wie effektiv Hochschulen in der Ausbildung ihrer Studierenden sind. Die vorliegenden Zahlen für das Jahr 2014 zeigen ein stetiges Anwachsen der Erfolgsquote der bremischen Hochschulen in dem Betrachtungszeitraum von 5 aufeinanderfolgenden Jahren in einem Maße, wie in keinem anderen Bundesland. Bremen liegt im Ländervergleich 2014 auf Platz 3 der Erfolgsquoten der Bundesländer und mit 83,6% über dem Bundesdurchschnitt von 79,0%. Aufgrund der vielfältigen Aktivitäten der Hochschulen zur Verbesserung von Studium und Lehre soll ein weiterer moderater Anstieg der Erfolgsquote angestrebt werden.

5.6. Klimaschutz

Abb. 13: Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen (je Einwohner/in)



Für die Reihe der Personenkilometer ist von 2011 – 2013 ein Anstieg zu beobachten.

² Die Erfolgsquote wird aus dem jeweils acht Jahre zurückliegenden Studienanfängerjahrgang ermittelt (z.B. bezieht sich die Erfolgsquote von 2014 auf den Jahrgang 2006)

Die Personenkilometer werden statistisch durch den Verkauf von Tickets berechnet. Der deutliche Anstieg von 2012 auf 2013 und der Rückgang von 2013 auf 2014 ist durch den strengen Frost zu Jahresbeginn und –ende 2013 zu erklären, der Auto- und Fahrradfahrer zur Nutzung von Straßenbahnen und Bussen bewogen hat. Der Rückgang von 2014 zu 2015 ist vor allem auf die Veränderung Nutzungshäufigkeit einiger Ticketarten im Zuge der Tarifstrukturreform (Zusammenlegung der Tarifstufen I und II) zurückzuführen. Beruhend auf diesen Struktureffekt ist ab 2015 wieder mit steigenden Zahlen zu rechnen.

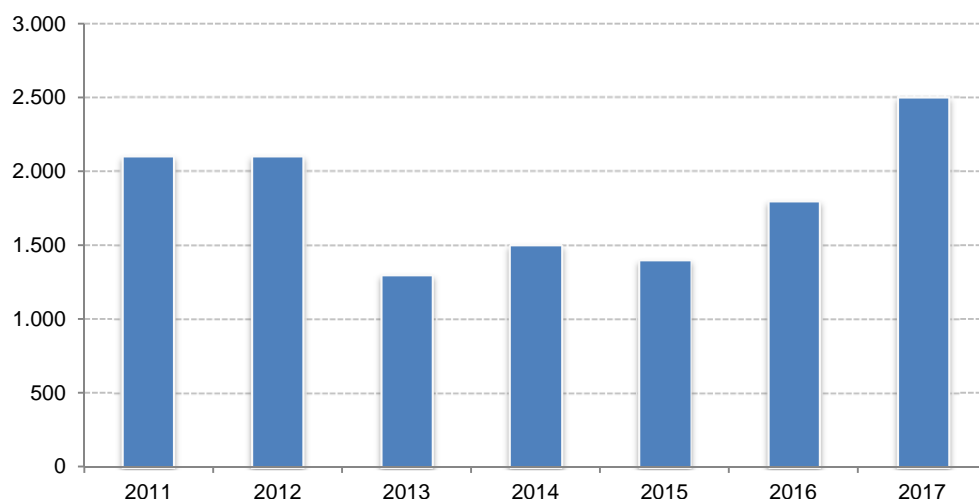
5.7. Wohnungsbau

Ziel der Wohnungsbaupolitik ist es, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken.

Der Senat hat im Jahre 2010 beschlossen bis zum Jahr 2020 in Bremen 14.000 Wohneinheiten zu schaffen. Dies bedeutet, dass durchschnittlich 1.400 Wohneinheiten jährlich geschaffen werden müssen, was einer Durchschnittsquote von 2,1 neuen Wohnungen pro Tausend Einwohner/innen entspricht (Bundesdurchschnitt: 2,3). Mit dem Sofortprogramm Wohnungsbau vom 15.12.2015 verfolgt der Senat das Ziel, zusätzlich zur genannten jährlichen Zielzahl von 1.400 Wohneinheiten in 2016 und 2017 weitere 2.000 Wohneinheiten zu realisieren.

Weitere Entwicklungen sind vom neuen Wohnraumförderprogramm und von der neuen Wohnungsbaukonzeption abhängig. Der neue Flächennutzungsplan enthält ausreichend Potenzial für die Schaffung einer entsprechenden Anzahl von Wohneinheiten.

Abb. 14: Zusätzliche Wohneinheiten Wohnungsbau

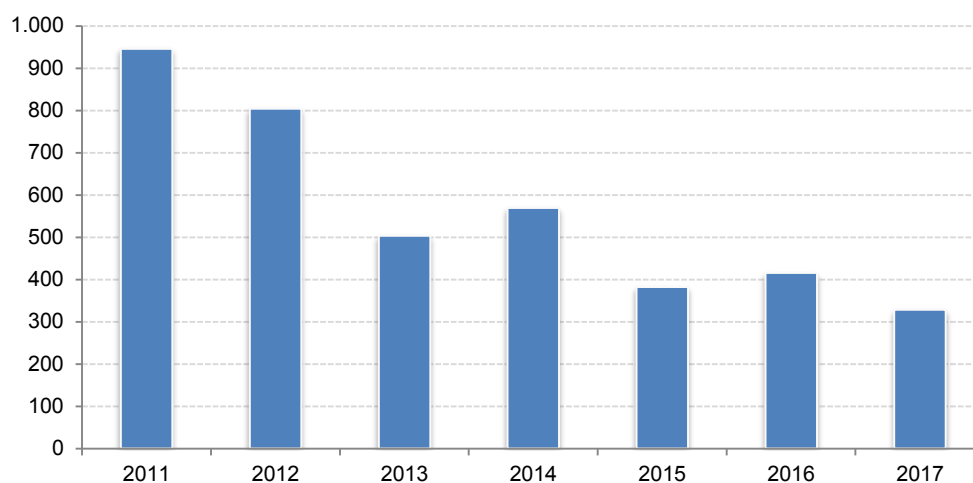


5.8. Finanzen

Ab 2015 werden in dieser Übersicht die geplanten Werte für das strukturelle Defizit in der für die Einhaltung des Konsolidierungspfades bzw. die Verfassungskonformität maßgeblichen Berechnung ohne flüchtlingsbezogene Netto-Mehrbelastungen heran-

gezogen. 2016/17 bilden die Haushaltsentwurfs-Werte ab, die dem Senat für die Sitzung am 03. Mai 2016 zugeleitet werden.

Abb. 15: Struktureller Finanzierungssaldo
(in Mio. Euro)



5.9. Moderne Verwaltung

Um auch weiterhin die fachpolitischen Ziele mit begrenzten Ressourcen zu erreichen, müssen Kreativität, Konzentration auf das Wesentliche sowie Mut zu neuen Wegen im Vordergrund stehen und das Selbstverständnis der bremischen Verwaltung prägen. Verwaltungsarbeit muss weiterhin professionell organisiert sein, um begrenzte Ressourcen für politische Schwerpunkte wirkungsvoll einsetzen zu können. Wirkungsvolle und stetige Modernisierungsprozesse sind die zentrale Voraussetzung für gute Verwaltungsarbeit. Der Senat wird dazu in Kürze den Masterplan „Zukunftsorientierte Verwaltung“ auflegen.

6. Rahmenbedingungen und Perspektiven

Im Jahr 2015 konnten die Haushalte aller drei bremischen Gebietskörperschaften in einer den Vorgaben der Konsolidierungsvereinbarung entsprechenden Form abgeschlossen werden. Im Stadtstaat insgesamt wurde die Obergrenze der Neuverschuldung ohne flüchtlingsbezogene Netto-Mehrausgaben um rd. 239 Mio. € und auch nach Berücksichtigung der hierfür erforderlichen Ausgaben noch immer um 109 Mio. € unterschritten.

Für 2016 kann der als Maßstab für die Zahlung der Konsolidierungshilfen vereinbarte Grenzwert der Nettokreditaufnahme nach aktuellem Planungsstand nur ohne die für Flüchtlinge zu leistenden Netto-Mehrausgaben mit einem Abstand von 82 Mio. € (bzw. 56 Mio. € ohne Auflösung der globalen Minderausgaben im Haushalt Bremerhaven) eingehalten werden.

Mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2016 / 2017 sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, den Konsolidierungspfad auch über das laufende Haushaltsjahr hinaus soweit wie möglich aus eigener Kraft einzuhalten. Die Eigenanstrengungen des Landes zur Konso-

lidierung der Haushalte werden konsequent fortgesetzt und im Rahmen der verbliebenen Gestaltungsspielräume intensiviert. Dennoch ist vor dem Hintergrund der zu bewältigenden Sonderentwicklungen, der generell bestehenden Risiken und der weitgehend ausgeschöpften Handlungsspielräume des Landes nicht auszuschließen, dass bis 2020 in einzelnen Haushaltsjahren mit einer Überschreitung der Defizitobergrenze die Voraussetzungen zum Erhalt der Konsolidierungshilfen nicht geschaffen werden können. Verlässlichere Prognosen setzen konkretere Kenntnisse über die derzeit nur bedingt einzuschätzende Entwicklung wesentlicher Einflussgrößen der Haushalte voraus:

- Im Hinblick auf die haushaltmäßigen Auswirkungen der derzeitigen Flüchtlingszuwanderungen bleibt abzuwarten, in welchem Umfang im weiteren Jahresverlauf und in den Folgejahren Mittel für die Versorgung und Integration der in Bremen zu betreuenden Menschen zur Verfügung zu stellen sein werden, welche Entlastungen durch Bundesmittel zu verzeichnen sind und inwiefern für die betroffenen Haushaltsjahre die Anerkennung einer Ausnahmesituation nach § 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Konsolidierungshilfengesetz begründet, beantragt und festgestellt werden kann.
- Neben der Flüchtlingsthematik wurden die Beratungen zur Vorbereitung der Eckwert-Entwürfe für die bremischen Haushalte vor allem durch die Bemühungen des Senats und des Magistrats Bremerhavens geprägt, die in wesentlichen staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen (Innere Sicherheit, Feuerwehr, Stadtamt, Bildung, Kindertagesstätten, Infrastruktursanierung etc.) zwischenzeitlich erheblich angespannten Problemlagen im Sinne einer weiterhin konsolidierungskonformen Gestaltung der Haushalte zu lösen. Die Perspektiven für eine Einhaltung der Defizitobergrenzen des Konsolidierungspfades – ohne die Flüchtlingsproblematik – über 2017 hinaus, hängen entscheidend davon ab, inwieweit es im Vollzug der Haushalte sowie in zukünftigen Haushaltsaufstellungsverfahren gelingt, diese Bemühungen vor dem Hintergrund der extrem eingegengten weiteren Gestaltungsmöglichkeiten erfolgreich fortzusetzen.
- Die aktuellen und absehbaren Mehranforderungen betreffen fast vollständig den kommunalen Bereich, dessen Gegensteuerungsmaßnahmen weitgehend erschöpft sind. Die in den Kennzahlen zur Gewährung der Konsolidierungshilfen berücksichtigten Städte Bremen und Bremerhaven sind dementsprechend mit ihren Problemlagen in gleichem Maße auch bei der Gestaltung des Sanierungspfades zu berücksichtigen. Sofern substantielle und strukturell wirkende externe Unterstützungsmaßnahmen der Haushaltskonsolidierung mittelfristig nicht in erforderlichem Maße zu Entlastungen der Kommunen beitragen, kann das Land Bremen hier keinen ausreichenden Ausgleich schaffen.
- Es ist nicht verlässlich absehbar, ob und in welchem Umfang die Entwicklungen der steuerabhängigen Einnahmen und der Zinsausgaben weiterhin entlastende Beiträge zur Einhaltung des Sanierungspfades leisten werden. Die Effekte des angewandten Bereinigungsverfahrens bilden bei konjunkturellen Schwankungen keinen nennenswerten Korrekturfaktor.
- Nach Abzug der nicht gestaltbaren Anteile fallen die für alle übrigen Ausgabeverpflichtungen pro Einwohner einsetzbaren Mittel in Bremen deutlich niedriger als im übrigen Bundesgebiet aus (s. Abb. 5). Mit dem erforderlichen weiteren Abbau der Neuverschuldung muss sich erweisen, inwieweit die Verpflichtung zu erfüllen sein wird, die Leistun-

gen in den wesentlichen übrigen Aufgabenbereichen des Stadtstaates unter dem Aspekt der verfassungsrechtlich verankerten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf einem für die Bevölkerung des Landes noch akzeptablen Niveau zu halten.

Fest steht, dass eine dauerhafte Sanierung der bremischen Haushalte nach 2020 nur gelingen kann, wenn in den laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für Bremen Lösungen gefunden werden, die eine bedarfsgerechtere Finanzausstattung des Landes gewährleisten und zugleich Optionen zur schrittweisen Lösung der Altschuldenproblematik eröffnen. Für eine nachhaltige Konsolidierung der Haushalte ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass entsprechende Hilfen strukturell wirken, d. h. – im Gegensatz zu den in dieser Hinsicht eher begrenzt wirksamen aktuellen Konsolidierungshilfen – im Wesentlichen zur Deckung der im Kernhaushalt bestehenden Finanzierungslücken zur Verfügung stehen.

7. Sozioökonomische Rahmenseetzungen

Zu den entscheidenden Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der Haushaltsentwicklung zählen die demografischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Ihre Auswirkungen auf zentrale Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte (steuerabhängige Einnahmen, Sozialhilfelasten, Zinsausgaben etc.) sind im Planungszeitraum und darüber hinaus mitentscheidend für den Erfolg der Konsolidierung der bremischen Haushalte.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen die Haushalte des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum zu gestalten sind, werden Bremen-spezifische Annahmen dabei nur zur Bevölkerungsentwicklung getroffen. Für die übrigen gesamtwirtschaftlichen Faktoren, die die Haushaltsentwicklung vorrangig über die (Steuer-) Einnahmen sowie notwendige Ausgaben für arbeitsmarktorientierte und sonstige infrastrukturelle Vorleistungen und Folgekosten beeinflussen, werden Projektionen, die für das Bundesgebiet insgesamt vorliegen, für Bremen übernommen. Dies ist einerseits vertretbar, weil die Kleinheit des Stadtstaates eigene Prognosen mit Einschätzungen zu konjunkturellen Einflussgrößen und mittelfristigen Durchschnittsentwicklungen kaum zulässt. Andererseits entfalten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenseetzungen ihre zentralen Wirkungen für die Finanzplanung des Landes über die steuerabhängigen Einnahmen, deren Entwicklungen ohnehin aus Bundesprognosen abgeleitet werden, die den Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen zugrunde liegen.

Für den aktuellen Planungszeitraum gelten demnach die in **Tabelle 4** zusammengestellten Orientierungswerte, die vom Bundeswirtschaftsministerium im April 2016 vorgelegt und als Ausgangsgrößen der Steuerschätzung herangezogen wurden. In den Eckdaten des Projektionszeitraumes ablesbar ist dabei die nach dem deutlichen Anstieg des Jahres 2015 erwartete leichte Abflachung des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2016 / 2017. Das mittelfristige reale Wachstumspotenzial des Bruttoinlandproduktes wird für den Zeitraum 2017 / 2020 unverändert mit jahresdurchschnittlich 1,5 % angenommen.

Tab. 4: Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Zuwachsraten in %)

	Ist				Projektion Mai 2016			z. Vergl.: Nov. 2015	
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2017/20 *)	2016	2017/20 *)
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	1,9	2,2	3,4	3,8	3,6	3,3	3,25	3,4	3,00
Bruttoinlandsprodukt (real)	0,4	0,1	1,6	1,7	1,7	1,5	1,50	1,8	1,50
Verwendung BIP (in jew. Preisen):									
Konsumausgaben Private Haushalte	2,2	2,1	1,9	2,6	2,8	3,1	3,25	3,0	3,00
Konsumausgaben Staat	3,1	3,8	4,1	4,0	6,1	4,7	3,25	4,7	3,00
Anlageinvestitionen	1,3	0,8	5,0	3,6	4,3	4,7	3,75	4,5	3,50
Verwendung BIP (in jew. Preisen):									
Inlandsnachfrage	0,8	2,2	2,6	2,6	3,8	3,8	3,25	3,7	3,25
Exporte	4,4	1,4	3,9	6,5	1,6	4,6	5,75	4,9	5,75
Importe	2,1	1,4	2,1	4,1	1,6	6,1	6,50	5,9	6,50
Verteilung Bruttonationaleinkommen									
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,0	3,9	4,0	4,1	3,7	3,00	3,5	3,00
Bruttolöhne und -gehälter je Arb.n.	2,8	2,1	2,7	2,9	2,6	2,7	2,75	2,6	2,75
Unternehmens- und Verm.einkommen	-3,3	0,9	3,8	3,9	4,1	3,4	3,75	4,5	3,25
Arbeitnehmer (Inlandskonzept)	1,3	0,9	1,2	1,1	1,4	1,0	0,25	0,9	0,25

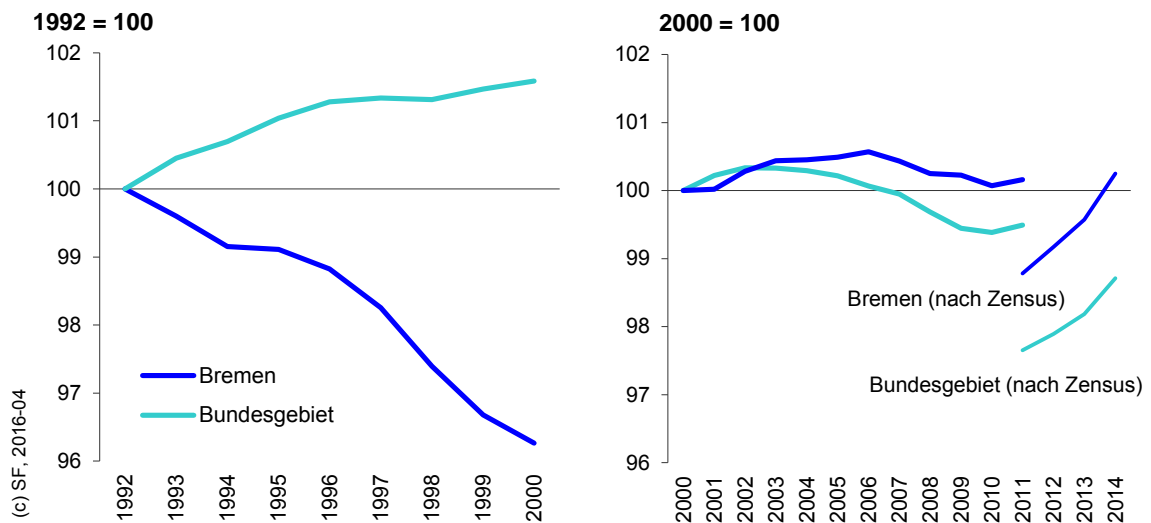
*) Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Die Projektionen gehen davon aus, dass der Konsum der privaten Haushalte mit einem Zuwachs von nominal 3,25 % p. a. auch längerfristig einen stabilen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leistet und die konsumtiven Ausgaben des Staates nach den aktuell durch die Sondereffekte der Flüchtlingszuwanderung geprägten Zuwachsraten mittelfristig ebenfalls in dieser Größenordnung steigen werden. Nach deutlichem Einbruch im laufenden Jahr werden bereits ab 2017 wieder hohe BIP-Beiträge des Außenhandels erwartet.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung des bis 2020 zu bewältigenden Konsolidierungskurses stellt die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates dar. Dieser Zusammenhang ist einerseits durch das derzeitige System der Finanzverteilung, das im Wesentlichen auf die Einwohnerzahl der Länder abstellt, begründet: Sowohl die Umsatzsteuerverteilung als auch die bremischen Ansprüche im bundesstaatlichen Finanzausgleich orientieren sich in starkem Maße am Einwohneranteil des Stadtstaates am gesamten Bundesgebiet. Andererseits stellen Abwanderungen in das niedersächsische Umland ein zentrales Problem dar, weil wohnotbezogene Steuereinnahmen verloren gehen, während Ausgaben für oberzentrale Versorgungsfunktionen nach wie vor zu leisten sind.

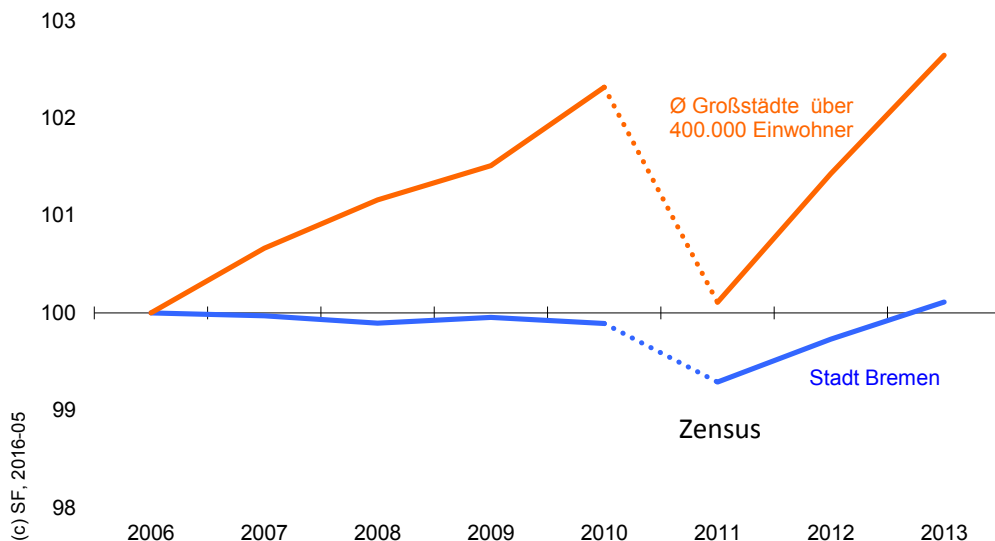
Eine rückläufige oder eine vom Bundesdurchschnitt negativ abweichende Einwohnerentwicklung stellen daher ein Risiko für den Konsolidierungskurs im Land Bremen dar. Schon in den neunziger Jahren, in denen der Stadtstaat allein zwischen 1992 und 2000 gegenüber der bundesdurchschnittlichen Entwicklung rd. 36.500 Einwohner und damit weit über 100 Mio. € seiner jährlichen Einnahmen verlor, erschwerte der überwiegend durch Umlandwanderungen verursachte Bevölkerungsverlust die Haushaltssanierung.

Abb. 16: Bevölkerungsentwicklung
(Index)



Insofern ist es von besonderer Bedeutung, dass Bremen die massive Entkopplung von der bundesdurchschnittlichen Einwohnerentwicklung in den neunziger Jahren ab dem Jahr 2000 überwinden und anschließend sogar in eine positive Abweichung vom Bundestrend umwandeln konnte. Mit den Zensus-Ergebnissen des Jahres 2011, die für Bremen einen geringeren Anpassungsbedarf (-1,38 %) als im Bundesgebiet insgesamt (- 1,85 %) ergaben, verbesserte sich die Entwicklungsdifferenz rechnerisch weiter zugunsten Bremens. Auch nach den niveau-verändernden Effekten der Zensus-Ergebnisse verzeichnete Bremen auf Landesebene relativ höhere Bevölkerungsgewinne als der Durchschnitt des übrigen Bundesgebietes (vgl. **Abbildung 16**).

Abb. 17: Bevölkerungsentwicklung
(Index: 2006 = 100)



Zu beachten ist, dass Bremen dabei auch von einem bundesweiten Trend profitiert: (Groß-) Städte üben aufgrund ihres Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes, ihrer Versorgungsfunktionen und sonstiger oberzentraler Angebote eine insbesondere aktuell zunehmende Anzie-

hungskraft auf Einwohner aller Altersstufen aus. **Abbildung 17** verdeutlicht, dass Bremen von dieser Entwicklung bisher nur in geringem Umfang profitieren konnte. Zugleich verfügt die Stadt Bremen mit einer im Städtevergleich um rd. 37 % unter dem Durchschnittswert liegenden Bevölkerungsdichte für die Gewinnung von Neubürgern über ein hohes Potenzial.

Für die in die Finanzplanung eingestellten Projektionen der steuerabhängigen Einnahmen wird hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung – wie in den Regionalisierungsergebnissen der Steuerschätzungen, die für alle Gebietskörperschaften konstante Einwohnerzahlen zugrunde legen - unterstellt, dass eine parallele Entwicklung der bremischen Einwohnerzahlen zum übrigen Bundesgebiet gewährleistet werden kann und insofern keine einwohnerbedingten Abweichungen von der vom Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostizierten bundesdurchschnittlichen Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen eintreten.

Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen, auf deren Grundlage der Senat im März 2016 eine im Lichte der Flüchtlingszuwanderung aktualisierte Bevölkerungsvorausschätzung für den Zwei-Städte-Staat beschlossen hat, gehen hingegen von einem erheblich dynamischeren Wachstum des Landes aus. Während der Eckwertebeschluss für die Haushalte 2016 / 2017 im September 2015 noch unter der Annahme eines moderaten Bevölkerungsanstiegs auf 666.000 Menschen im Jahr 2020 stand, wird nunmehr davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahl beider bremischen Städte im Jahr 2020 nur knapp unter der Marke von 700.000 liegen wird. Bei verlangsamttem Wachstum würde sich die Bevölkerungszahl dieser Prognose entsprechend danach bis 2030 bei knapp über 700.000 Personen halten (vgl. **Tabelle 5**).

Tab. 5: Bevölkerungsprognose für das Land Bremen^{*)}

Jahr	Einwohner insgesamt	Einwohner im Alter von Jahren								
		unter 3	3 bis 6	6 bis 10	10 bis 16	16 bis 19	19 bis 25	25 bis 65	65 bis 80	über 80
2011	652.182	16.081	16.269	20.846	34.901	18.393	51.887	354.780	102.447	36.578
2012	654.774	16.181	16.314	21.062	34.336	18.531	51.687	356.939	103.082	36.642
2013	657.391	16.364	16.297	21.443	33.836	18.921	50.733	359.568	103.850	36.379
2014	661.888	17.361	16.203	21.861	33.600	19.272	50.205	361.779	104.047	37.560
2015	677.128	18.253	16.618	22.355	34.917	20.601	52.129	369.584	103.736	38.935
2016	685.238	18.880	16.937	22.655	34.720	20.822	53.320	374.245	103.157	40.502
2017	690.959	19.059	17.779	22.436	34.844	20.350	54.362	377.647	102.424	42.058
2018	692.928	18.960	18.285	22.599	34.812	19.689	54.410	379.013	101.274	43.885
2019	694.598	18.808	18.691	22.821	34.692	19.320	54.306	379.884	100.358	45.717
2020	696.000	18.612	18.754	23.296	34.927	18.885	53.909	380.553	99.468	47.596
2025	701.101	18.258	18.221	24.792	36.209	18.777	49.630	380.592	105.575	49.048
2030	704.118	17.720	17.895	24.281	37.911	19.393	48.887	371.324	116.823	49.884
Zuwachsrate (in %)										
2015 / 2020	2,79	1,97	12,86	4,21	0,03	-8,33	3,41	2,97	-4,11	22,24
2020 / 2025	0,73	-1,90	-2,84	6,42	3,67	-0,57	-7,94	0,01	6,14	3,05
2025 / 2030	0,43	-2,95	-1,79	-2,06	4,70	3,28	-1,50	-2,43	10,65	1,71
Maßstab der Planungen für	Betreuung U3	Kindergärten	Grundschulen	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II	Berufliche Bildung	Erwerbstätige	Rentner	Hochbetagte	

^{*)} Bis 2010: Zensus-korrigierte Ist-Werte; 2011 bis 2014: Ist-Werte; 2015: Vorausber. / Schätzungen; ab 2016: Vorausberechnungen

Von besonderer Bedeutung für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe sind die – in Tabelle 4 ebenfalls abgebildeten - mittel- und langfristig zu erwartenden Bevölkerungsentwicklungen in altersgruppen-spezifischer Differenzierung. Für den Stadtstaat Bremen ist hinsichtlich der sich abzeichnenden Anforderungen an die öffentliche

Aufgabenwahrnehmung aus der o. g. Bevölkerungsvorausberechnung und in Anlehnung an Systematisierungsansätze der Bertelsmann-Stiftung insbesondere ablesbar, dass

- in den für eine U3-Betreuung bzw. Kindergartenplätze in Betracht kommenden Altersgruppen entgegen den bisherigen Projektionen kurzfristig ein erheblicher Zuwachs gerade im Kindergartenalter zu erwarten ist,
- von Altersgruppen, die die Nachfrage nach Plätzen im Schul- und Ausbildungsbereich bestimmen, zuwanderungsbedingt ein erhöhter Bedarf ausgehen wird, der einmalig mit der zugewanderten Alterskohorte „mitaltert“ und so die Kapazitätenplanung vor erhebliche Herausforderungen stellen wird,
- das Erwerbspersonen-Potenzial des Landes durch Zuwanderungen nunmehr mittelfristig stabil ausfällt und
- in den Jahrgängen der Hochbetagten mit erhöhter Pflegebedürftigkeit eine unverändert starke Zunahme zu erwarten ist.

Das Durchschnittsalter der bremischen Bevölkerung wird durch die Zuwanderungseffekte nunmehr bis 2020 konstant gehalten (2014: 44,0 Jahre; 2020: 43,9 Jahre) und nach 2020 wieder mit einer moderaten Entwicklung von rd. + 0,1 Jahren p.a. ansteigen.

Aufgrund der maßgeblichen Einflüsse sozioökonomischer Rahmendaten auf die Erfolgsaussichten des bremischen Konsolidierungskurses ist der Senat im Rahmen einer in Erarbeitung befindlichen Gesamtstrategie „Wachsende Stadt“ darum bemüht, mit dem Einstieg in eine an Wirkungszielen orientierte Steuerung verstärkte Impulse für ein nachhaltiges demographische und wirtschaftliches Wachstum Bremens bei effizientem Mitteleinsatz zu setzen (vgl. Abschnitt 5).

8. Innerbremische Finanzbeziehungen

Die innerbremische Sanierungsvereinbarung vom Dezember 2011 sieht vor, dass die für den Konsolidierungskurs des Stadtstaates relevanten Obergrenzen der jährlichen Neuverschuldung auch in den Städten Bremen und Bremerhaven einzuhalten sind. Trotz der Gewährung von Strukturhilfen des Landes (ab 2016: 62,7 Mio. € (Stadt Bremen) und 12,9 Mio. € (Bremerhaven)) droht in beiden Städten allerdings bereits kurzfristig eine Überschreitung des zulässigen strukturellen Defizites.

Der Senat hatte daher bereits im Februar 2014 eine in der Sanierungsvereinbarung vorgeordnete Arbeitsgruppe gebeten, „die Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten aller bremischen Gebietskörperschaften (Land Bremen, Stadt Bremen, Stadt Bremerhaven) für die Einhaltung der bis 2020 zu realisierenden Konsolidierungsschritte der bremischen Haushalte zu analysieren und Vorschläge zum weiteren Verfahren zu erarbeiten.“

Parallel zu bzw. infolge der ersten Analysen dieser Arbeitsgruppe wurden,

- für die Legislaturperiode 2015 / 2019 wesentliche, vor allem auf den Abbau von Doppelstrukturen und entsprechende Synergieeffekte zielende Maßnahmen vorgesehen, die in beiden Städten eine dauerhafte Unterschreitung der zulässigen Defizit-Obergrenzen ermöglichen sollen,
- Grundsätze zur zukünftigen Ausgestaltung der innerbremischen Finanzbeziehungen verabredet, die eine auskömmliche Ausstattung beider bremischen Städte durch das Land an die Verpflichtung zur Ausweisung gleicher Standards und zur Orientierung der Leistungsbereiche am Niveau vergleichbarer westdeutscher Großstädte knüpft,
- die Tätigkeiten in einer Senatsarbeitsgruppe zur Steuerung der Neuordnung der innerbremischen Finanzbeziehungen aufgenommen und
- Beschlüsse dazu gefasst, die Kosten- und Leistungsvergleiche zwischen beiden Städten sowie mit Städten vergleichbarer Größenordnung - unter Beteiligung eines externen Gutachters – fortzusetzen und zu intensivieren.

Im April 2016 schlossen der Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Magistrat der Stadt Bremerhaven eine Vereinbarung, mit der das Land in den Bereichen „Lehrerversorgung, Polizeiausstattung, Personalabrechnung und -service“ die Voraussetzungen für weitere Einsparungen und Kostenreduzierungen im Haushalt Bremerhavens schafft. Zugleich wurde die Auflage eines Landesprogrammes zur Haushaltssicherung der Städte vereinbart, das die Vorlage jährlicher Haushaltssicherungskonzepte voraussetzt. Bei der Ausgestaltung des Landesprogrammes ist sicherzustellen, dass das Land seine Konsolidierungsziele im Hinblick auf die bestehenden Defizitobergrenzen weiterhin einhalten kann.

Parallel zur Fortsetzung der Analysen auf Verwaltungsebene beauftragt das Land in Abstimmung mit den beiden Stadtgemeinden ein externes Gutachten mit folgenden Inhalten:

- Systematische Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben in einzelnen Aufgabenfeldern in den beiden bremischen Städten und in ausgewählten, strukturell ähnlichen Vergleichsstädten der jeweiligen Einwohner-Größenklasse
- Feststellung abweichender Ausgaben, Leistungen und Standards in einzelnen Aufgabenfeldern; Bedarfsorientierte Begründungen der festgestellten Abweichungen mit belastbaren Mengengerüsten und Kennzahlen-Systemen; Unter Berücksichtigung externer Einflussfaktoren auf die Aufgabenbereiche der kommunalen Haushalte
- Überprüfung der Auswertungen der AG „Haushaltsanalysen“
- Differenziertere Analyse der Zahlungen des Landes an beide bremischen Städte und der innerbremischen Verrechnungen und Erstattungen; Abgrenzungen zwischen den Haushalten des Landes und der Stadt Bremen (insbesondere für Personal).

Auf der Grundlage dieses Gutachtens wird der Senat bis zum Ablauf des Jahres 2016 das Finanzausgleichsgesetz einer Revision unterzogen haben (§ 7 Finanzausgleichsgesetz).

Für die Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs ist dabei folgendes Verfahren vorgesehen:

1. Auf der Basis vergleichbarer Annahmen – und unter separater Betrachtung der aus der aktuellen Flüchtlingsproblematik abzuleitenden Nettobelastungen – sind die Haushaltsdaten der Städte Bremen und Bremerhaven bis 2020 fortzuschreiben und die sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe zur Einhaltung der Obergrenzen der Neuverschuldung zu identifizieren.
2. Die in der vorstehend beschriebenen Form erweiterten bzw. aktualisierten Ergebnisse der AG „Haushaltsanalysen“ bestimmen die Größenordnung, in der beide Städte durch die Ausschöpfung ihrer verbliebenen Konsolidierungspotentiale selbst zum Abbau des strukturellen Defizites beitragen können.
3. Zu berücksichtigen ist bei der Neukonzeption des innerbremischen Finanzausgleichsgesetzes darüber hinaus, in welchem Umfang sich die inhaltlichen Umsetzungen der in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen zu Gunsten der Städte Bremen und Bremerhaven auswirken.
4. Das auf diesen Grundlagen zu entwickelnde Konzept zur Neuordnung der innerbremischen Finanzbeziehungen wird Abweichungen bei den Zahlungen an beide Städte verstärkt an den Nachweis konkreter Bedarfe knüpfen und als Maßstab einer auskömmlichen Finanzausstattung insbesondere auch Großstadtvergleiche (Bedarf pro Einwohner nach Größenklassen) einbeziehen.

9. Ableitung der Finanzplanung

Die vorliegende Finanzplanung weist Besonderheiten auf, die die Erstellung in erheblichem Maße erschwert haben und durch erforderliche Differenzierungen zu komplexeren Auswertungen und Ergebnissen führen:

- Zumindest die Anfangsjahre des Finanzplan-Zeitraumes sind geprägt durch die enormen Herausforderungen, vor denen die bremischen Haushalte bei der Bewältigung der Kosten stehen, die für die Aufnahme und Integration der in Bremen aktuell zu versorgenden und zu betreuenden Flüchtlinge aufzuwenden sind. Insbesondere auch im Hinblick auf die einzuhaltenden Defizit-Obergrenzen der Haushalte ist es erforderlich, die im abgelaufenen Haushaltsjahr entstandenen und ab 2016 erwarteten Netto-Mehrausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in den Finanzplan-Werten aller bremischen Gebietskörperschaften jeweils gesondert darzustellen.

Die den flüchtlingsbezogenen Einnahme- und Ausgabepositionen zuzuordnenden und bei Bedarf weiter differenziert abzubildenden und zu begründenden Beträge leiten sich für das Land und die Stadt Bremen aus Kennzeichnungen der entsprechenden Haushaltsstellen ab und werden aus Bremerhaven in gleicher Gliederung aufbereitet. Für die Trennung der Einzelhaushalte sind die zugehörigen innerbremischen Effekte des kommunalen Finanzausgleichs (Weitergabe von Umsatzsteuer-Landesanteilen über Schlüsselzuweisungen) und der internen Verrechnungen und Erstattungen dabei berücksich-

tigt. Die systematische parallele Betrachtung der Finanzplan-Jahre mit und ohne flüchtlingsbezogene Netto-Mehrausgaben, die die Struktur und die Übersichtlichkeit der Ergebnisdarstellungen bestimmt, ist erforderlich, weil die Kriterien für den Abbau der strukturellen Defizite für jede einzelne bremische Gebietskörperschaft gelten.

- Aufgrund der durch die Bürgerschaftswahl und die erheblichen Unsicherheiten hinsichtlich der adäquaten Berücksichtigung der Flüchtlingsthematik verzögerten Beschlussfassungen zur Vorbereitung der parlamentarischen Haushaltsberatungen ist auch die Vorbereitung und Erstellung der den Aufstellungsprozess begleitenden Finanzplanung unter stärkeren Zeitdruck geraten.

Die vorliegende Fassung berücksichtigt die Entscheidungen des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom 29. September 2015 (Eckwerte-Vorschläge), 08. Dezember 2015 (maßnahmenbezogene Investitionsplanung; vgl. **Anlage 1**), 08. März 2016 (Revision) und 19. April 2016 (Restanten) sowie des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Bremerhaven vom 13. April 2016. In Verbindung mit den vorgenannten Anforderungen zur Differenzierung der Planwerte ließen sich vereinzelt Einschränkungen in der Analysetiefe und Ergebnispräsentation vor diesem Hintergrund nicht vermeiden.

- Erstmals erfolgte die Fortschreibung der Finanzplan-Daten über die Aufstellungsjahre hinaus auch für die Haushalte des Landes und der Stadt Bremen auf der Basis der von den einzelnen Ressorts im Datensystem hinterlegten Planwerte. Die sich daraus ergebenden Einzelergebnisse nach Produktplänen sind in der **Anlage 3** zusammengefasst. Für die Ableitung der einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen im konsolidierten Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde (vgl. 10.3.1.) wurden die zu berücksichtigenden Verrechnungen und Erstattungen allerdings zentral angepasst.
- Die Haushalte des Landes und der Stadt Bremen werden in den parlamentarischen Beratungen in der Regel als Einheit behandelt, jedoch anschließend getrennt beschlossen. Daher und im Hinblick auf die auch in den getrennten Haushalten einzuhaltenden Anforderungen des Konsolidierungskurses sowie zur vergleichenden Betrachtung der beiden städtischen Haushalte des Stadtstaates wird zukünftig auch in der Vorbereitung der Haushaltsaufstellung sowie in deren Begleitung und Dokumentation eine klare Trennung der Einzelhaushalte vorgesehen. In der nachfolgenden Finanzplanung konnte dieser Anspruch aufgrund der noch nicht hinreichend belastbaren Systemeingaben der Ressorts zunächst nur für die Aufstellungsjahre 2016 und 2017 umgesetzt werden.

10. Finanzplanung 2015 / 2020

10.1. Einnahmen

10.1.1. Steuern, LFA, BEZ

Originäre Steuern sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen bilden rd. **80 % der Gesamteinnahmen** des Stadtstaates Bremen und leisten damit – wie in den beiden anderen Stadtstaaten – gemessen am Länder- und Gemeindedurchschnitt einen überproportionalen Beitrag zur Finanzierung der Haushalte. Entscheidende Voraussetzung für Fortschritte auf dem Konsolidierungspfad zum Abbau des strukturellen Defizits ist für die Freie Hansestadt Bremen daher neben den Eigenanstrengungen zur Ausgabenbegrenzung eine anhaltend stabile Aufwärtsentwicklung der steuerabhängigen Einnahmen. Schwächungen des Einnahmenniveaus durch steuersenkende Maßnahmen oder eine erneute Entkopplung der bremischen Bevölkerungsentwicklung vom Bundesdurchschnitt würden dabei massive negative Auswirkungen haben.

Tab. 6: Steuerabhängige Einnahmen
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
- (Einfuhr-)Umsatzsteuer	720	728	821	862	876	907	930	962
- Lohn- und Einkommensteuer	607	638	661	684	722	757	795	834
- sonstige Steuern	327	382	395	375	395	11	22	30
- Länderfinanzausgleich (LFA)	565	663	659	642	671	700	724	751
- Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	250	254	264	268	277	287	294	303
Land Bremen	2.469	2.667	2.801	2.831	2.942	3.065	3.165	3.280
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			21	38	38	13	4	4
ohne Flüchtlingmehreinnahmen			2.780	2.793	2.904	3.052	3.161	3.277
- Umsatzsteuer	38	39	41	47	58	45	47	48
- Lohn- und Einkommensteuer	186	195	203	209	221	232	243	255
- Gewerbesteuer	288	332	324	327	356	364	374	387
- Grundsteuer B	135	136	137	166	169	172	175	177
- sonstige Steuern	23	21	24	22	23	23	24	24
Stadt Bremen	669	723	728	772	827	836	862	892
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			0	0	0	0	0	0
ohne Flüchtlingmehreinnahmen			728	772	827	836	862	892
Land und Stadt Bremen	3.138	3.390	3.529	3.603	3.768	3.901	4.027	4.172
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			21	38	38	13	4	4
ohne Flüchtlingmehreinnahmen			3.508	3.565	3.730	3.888	4.024	4.168
- Umsatzsteuer	6	5	6	6	9	6	6	7
- Lohn- und Einkommensteuer	30	29	30	32	34	35	37	39
- Gewerbesteuer	42	36	42	48	50	51	52	54
- Grundsteuer B	26	24	26	32	32	33	33	34
- sonstige Steuern	6	5	6	5	5	5	5	5
Bremerhaven	109	99	109	123	130	130	134	138
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge				0	0	0	0	0
ohne Flüchtlingmehreinnahmen				123	130	130	134	138
Stadtstaat Bremen	3.247	3.490	3.639	3.726	3.898	4.032	4.162	4.310
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			21	38	38	13	4	4
ohne Flüchtlingmehreinnahmen			3.618	3.688	3.860	4.019	4.158	4.307

Grundlage der für die Finanzplanung vorzusehenden Entwicklungen der steuerabhängigen Einnahmen sind die Ergebnisse des Arbeitskreises „**Steuerschätzungen**“, die über zwei – zwar zusammenhängende, aber inhaltliche Unterschiede aufweisende - Darstellungsebenen und Betrachtungsweisen in die Berechnungen des mittelfristigen Planungszeitraumes eingehen:

- Für den Konsolidierungskurs des Stadtstaates wird der (maximal einzuplanende) Einnahmerahmen der Haushalte durch die Beträge bestimmt, die sich für Bremen aus der sogenannten „**Regionalisierung**“ der Ergebnisse des Arbeitskreises ergeben. Die Regionalisierungsergebnisse der Steuerschätzungen leiten die Einnahmeerwartungen der einzelnen Länder und ihrer Gemeinden dabei aus einer prozentualen Verteilung der Schätzwerte der einzelnen Steuerarten nach den Ist-Werten des jeweils abgeschlossenen Zeitraums von vier Quartalen ab.

Maßgeblich für die einzelnen Planjahre der Haushaltskonsolidierung sind die Regionalisierungsergebnisse der Mai-Steuerschätzungen der jeweiligen Vorjahre. Die Berechnungen der Steuerschätzung vom Mai 2015 bestimmen daher die Höhe der für die Ermittlung des strukturellen Defizits im Haushaltsjahr 2016 zugrunde zu legenden steuerabhängigen Einnahmen. Als Orientierungswerte für 2017 und den sich anschließenden Planungszeitraum dienen die Prognosewerte des Arbeitskreises vom November 2015.

Die Regionalisierungsergebnisse der November-Steuerschätzung 2015 berücksichtigen neben einer Reihe **steuerrechtlicher Änderungen** auf Bundesebene ¹ auch bereits die zum Jahresanfang 2016 wirksam gewordene Hebesatz-Erhöhung der Grundsteuer B in der Stadt Bremen. Die derzeit bis Ende 2019 befristeten rechtlichen **Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes** wurden – vorbehaltlich der noch zu beschließenden Neuordnungen – in Bezug auf die Aufteilung der Steuereinnahmen für das Jahr 2020 zunächst unverändert fortgeschrieben. Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen zur kurz- und mittelfristigen **sozioökonomischen Entwicklung** sind geprägt durch weitgehende Unsicherheiten im Hinblick auf die zu unterstellenden Tendenzen und Auswirkungen der laufenden Asylbewerber-Zuwanderungen.

- Die im Auftrag der Länder vom Finanzministerium Baden-Württembergs durchgeführten Regionalisierungen können nur in begrenztem Umfang länderspezifische Besonderheiten und Erwartungen abbilden, liefern keine Werte für die innerbremische Aufteilung der Schätzwerte auf der Gemeindeebene und weisen beim bundesstaatlichen Finanzausgleich statt des zu erwartenden Ist-Aufkommens die in den jeweiligen Jahren bestehenden Ansprüche aus. Obwohl bei der Planung des Konsolidierungspfades für den Stadtstaat Bremen ausschließlich auf die Ergebnisse der Regionalisierung zurückgegriffen wird, ist es daher erforderlich, für die konkrete Aufstellung der Haushalte eine **ergänzende**, ausschließlich auf die Kassenwirksamkeit der Einnahmeerwartungen abzielende **Schätzung** der voraussichtlichen Steuerentwicklung zu erstellen.

¹ Insbesondere Folgewirkungen des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ vom 24. Juni 2015 und des „Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags“ vom 16. Juli 2015

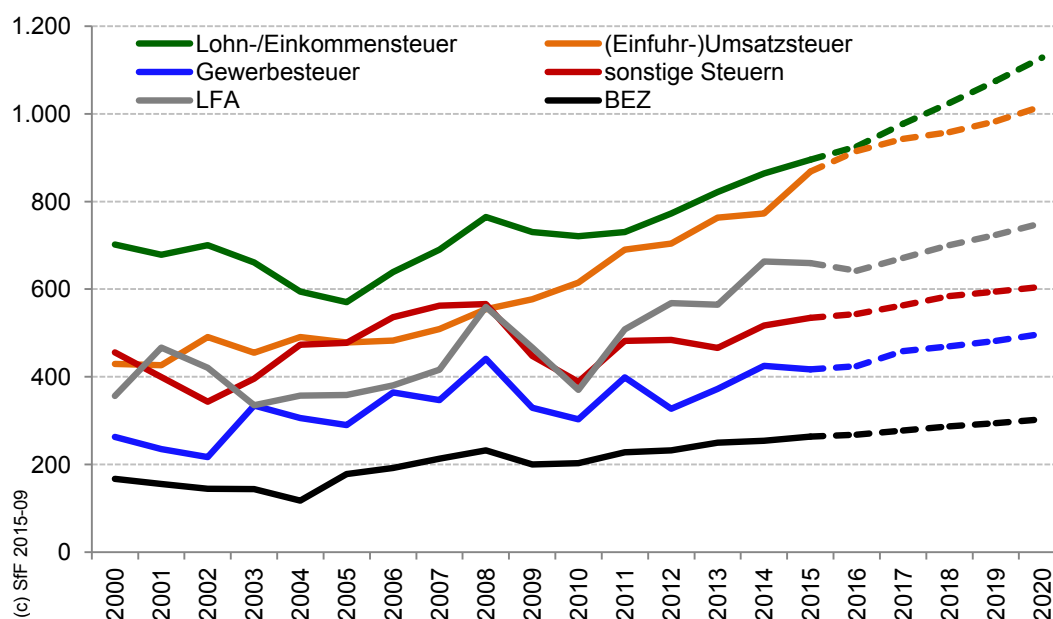
Die eigene Steuerschätzung für die bremischen Einzelhaushalte auf Basis der bundesweiten Prognosen vom November 2015 und die sich daraus ergebenden Zahlungsströme im innerbremischen Finanzausgleich fließen in die **Anschlagbildung** der Haushalte **2016 und 2017** sowie in die Planwerte der Restjahre des Finanzplan-Zeitraumes ein. In den Planwerten enthalten sind dabei die geschätzten jährlichen Mehreinnahmen aus den Erhöhungen

- der **Grundsteuer B** (+ 27,1 Mio. €) und der **Hundesteuer** (+ 0,3 Mio. €) ab 2016 sowie der **Zweitwohnungsteuer** (+ 0,1 Mio. €) ab 2017 in der **Stadt Bremen** und
- der **Grundsteuer B** (+ 5,2 Mio. €) sowie der **Gewerbesteuer** (+ 2,8 Mio. €) ab 2016 in **Bremerhaven**.

Unter Einbeziehung der genannten Steuerrechtsänderungen ist für die Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum von den in **Tabelle 6** zusammengefassten Prognosewerten auszugehen.

Die nachfolgende **Abbildung 18** zeigt die Entwicklung der für die bremischen Haushalte besonders bedeutsamen Positionen der steuerabhängigen Einnahmen in den vergangenen 15 Jahren und deren Prognosewerte für den Finanzplan-Zeitraum.

Abb. 18: Steuerabhängige Einnahmen nach Arten
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



Die Darstellung verdeutlicht insbesondere

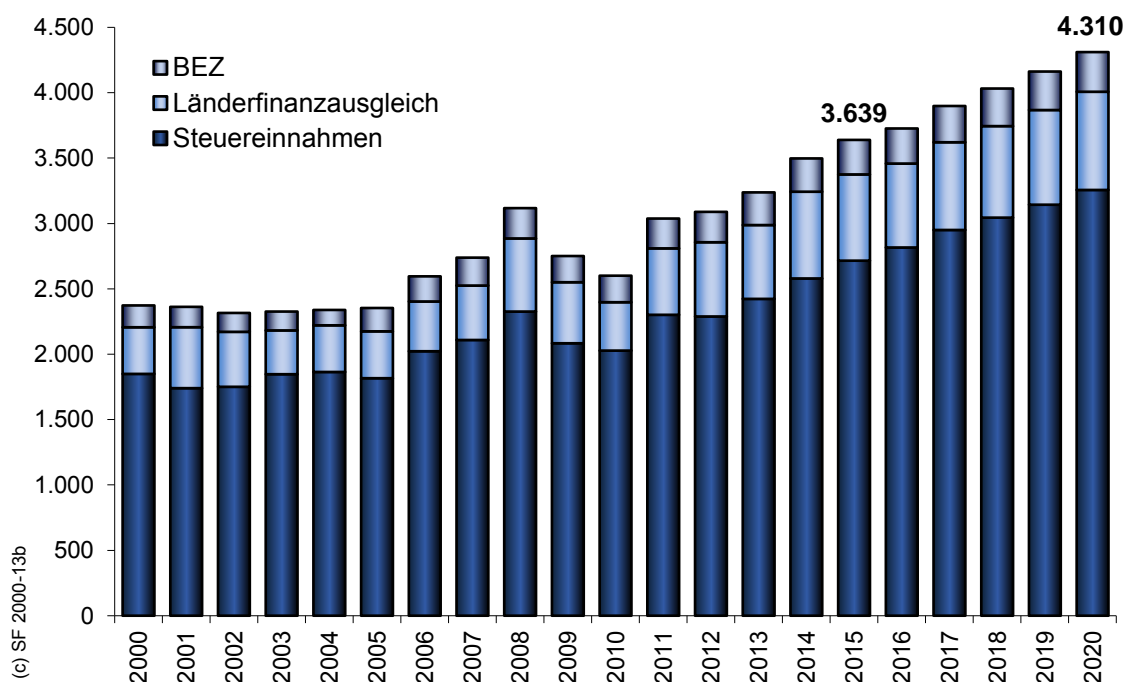
- den besonderen Stellenwert der **Lohn- und Einkommensteuer** sowie der am aktuellen Rand – aufgrund steuerrechtlicher Umverteilungen zu Gunsten der Länder und Gemeinden – annähernd bereits die gleiche Größenordnung aufweisenden

(Einfuhr-) **Umsatzsteuer**, die zusammen knapp zwei Drittel der originären bremischen Steuereinnahmen bilden,

- die in den Strukturen des Stadtstaates relativ hohe Abhängigkeit der Steuereinnahmen von der Entwicklung der kommunalen **Gewerbesteuer** beider bremischen Städte und
- die aufgrund konjunktureller Einflüsse auf Bundesebene und der Abrechnungsmechanismen z. T. deutlich schwankenden, insgesamt allerdings proportional zum originären Steueraufkommen steigenden Zahlungen im **bundesstaatlichen Finanzausgleich**.

Die nachfolgende **Abbildung 19** stellt die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für den Stadtstaat Bremen in Relation zu den bis 2015 zu verzeichnenden Ist-Ergebnissen dar. Erkennbar sind die Endphase der erst 2006 beendeten langjährigen Stagnation der steuerabhängigen Einnahmen, der massive Einbruch der Jahre 2009 und 2010 sowie der deutliche Wiederanstieg der Einnahmen beginnend mit dem Jahr 2011.

Abb. 19: Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



Im Haushaltsjahr 2015 betragen die steuerabhängigen Einnahmen der bremischen Haushalte gut 3,6 Mrd. €. Für den **Finanzplan-Zeitraum 2015 / 2020** ergeben die Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom November 2015 für die Einzelhaushalte des Landes und beider Städte – ohne die durch Steuerrechtsänderungen in Bremen selbst verantworteten Einnahmesteigerungen ab 2016 (s. o.) – eine **jahresdurchschnittliche Zuwachsrate** von **3,34 %**. Zu beachten ist dabei, dass die Prognosewerte des Jahres 2020 die steuerrechtlichen Rahmenseetzungen und Finanzausgleichsverfahren des Vorjahres fortschreiben, d. h. absehbare strukturelle Veränderun-

gen aus der anstehenden Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen noch nicht berücksichtigen.

Die **Beteiligung der Städte Bremen und Bremerhaven** an den steuerabhängigen Einnahmen des Landes regelt ein zuletzt im Jahr 2012 überarbeitetes **innerbremisches Finanzausgleichsgesetz**:

- 16,6 % der steuerabhängigen Einnahmen des Landes (ohne Sonder-BEZ für die Kosten politischer Führung) werden zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes als **Schlüsselzuweisungen** an die Städte gezahlt. Die besonderen Strukturprobleme der Stadt Bremerhaven werden bei der Verteilung durch eine höhere Gewichtung der Einwohner der Stadt berücksichtigt, die über **Bedarfsindikatoren** ermittelt wird und seit Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes im Durchschnitt bei rd. 125 % des stadtbremischen Vergleichswertes liegt.
- Darüber hinaus erhalten beide Städte Festbeträge in Form von **Ergänzungszuweisungen**, mit denen u. a. auch Änderungen in der Einnahmehasis des Landes (Anpassung von Wohngeldzahlungen, Umwandlung der Kfz-Steuer zu einer Bundessteuer etc.) weitergegeben bzw. kompensiert werden, und **Strukturhilfen**, die den Städten die Einhaltung der im Rahmen der Schuldenbremse auch ihnen vorgegebenen maximal zulässigen Defizitobergrenzen ermöglichen sollen.

Die **Ist- und Planwerte** des innerbremischen Finanzausgleiches sind in der nachfolgenden **Tabelle 7** zusammengefasst.

Tab. 7: Innerbremische Finanzverteilung
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schlüsselzuweisungen	307,7	335,4	349,9	354,9	370,0	386,2	399,4	414,6
Ergänzungszuweisungen	51,8	51,8	51,8	51,8	51,8	51,8	51,8	51,8
Kommunaler Finanzausgleich	359,5	387,2	401,7	406,7	421,8	438,0	451,2	466,4
Strukturhilfen		31,4	47,0	62,7	62,7	62,7	62,7	62,7
Zahlungen an die Stadt Bremen	359,5	418,6	448,7	469,4	484,5	500,7	513,9	529,1
Schlüsselzuweisungen	84,0	88,6	96,2	96,4	98,9	102,9	106,2	109,9
Ergänzungszuweisungen	36,1	36,1	36,1	36,1	36,1	36,1	36,1	36,1
Kommunaler Finanzausgleich	120,1	124,7	132,3	132,5	135,0	139,0	142,3	146,0
Strukturhilfen		6,5	9,7	12,9	12,9	12,9	12,9	12,9
Zahlungen an Bremerhaven	120,1	131,2	142,0	145,4	147,9	151,9	155,2	158,9

10.1.2. Sonstige konsumtive Einnahmen

Zu den sonstigen konsumtiven Einnahmen zählen neben den selbstverantworteten Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Finanzen (Gebühren, sonstige Entgelte, Konzessionsabgabe, Gewinne aus Beteiligungen etc.) und den Geldstrafen/Geldbußen vor allem Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund (für Sozialleistungen, Wohngeld, BAföG, Kompensation Kfz-Steuer etc.), von der EU und von Sonstigen (insbesondere Agentur für Arbeit). Aufgrund ihrer vielfältigen Abhängigkeiten von konkreten Förderungen bzw. Mitfinanzierungen Dritter einerseits und von konjunkturellen und/oder regionalen Rahmenbedingungen andererseits unterliegt das Niveau der sonstigen konsumtiven Einnahmen zwangsläufig erheblichen jährlichen Schwankungen (vgl. **Abb. 20**).

Die Planwerte der sonstigen konsumtiven Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen basieren bis einschließlich 2020 auf den **Ausgangswerten** des am 29. September 2015 vom Senat beschlossenen **Finanzrahmens** bzw. den dort beschlossenen **Eckwerten**. Bei der Erstellung des Finanzrahmens wurde zunächst unterstellt, dass die sonstigen konsumtiven Einnahmen über den Planungszeitraum – abgesehen von Sondereffekten - konstant bleiben.

Aufsetzend auf dieser Grundannahme sind in der Mittelfristplanung diverse **Sonderentwicklungen** und **Einzelfaktoren** zu berücksichtigen, die zu entsprechenden Abweichungen von der unterstellten Durchschnittsentwicklung führen. Bei den konsumtiven Einnahmen zählen hierzu insbesondere

- die Zahlungen des Bundes für Asylbewerber, Eingliederungshilfen, Kosten der Unterkunft, BAföG, Hochschulpakt sowie die Gerichtsgebühren und Geldstrafen
- aufgrund der Programmstrukturen (EU-Programme/GRW), der innerbremischen Beschlusslagen oder aktueller Einschätzungen (Dividendenzahlung BLB) absehbar deutlich von der Durchschnittsentwicklung abweichenden Einnahmepositionen
- haushaltstechnische Korrekturen (Wegfall Versorgungsabschlag alter Art)
- Ausgleichsbeträge, mit denen die zu bildenden Eckwert-Ansätze für alle nicht einzeln betrachteten Einnahmepositionen wieder der ursprünglichen Rahmenvorgaben (Nullwachstum) angepasst werden sowie
- weitere notwendige Anpassungen, die im Rahmen der Haushaltsaufstellung bei einzelnen Positionen zu berücksichtigen waren (Einmaleffekt Gerichtsgebühren und VBL-Erstattung, strukturelle Anpassungen Rettungsdienst sowie die Ergebnisse der Revision).

Die auf dieser Grundlage abgeleiteten Planwerte der sonstigen konsumtiven Einnahmen in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sind für die Haushaltsaufstellungsjahre 2016/17 in der **Tabelle 8** abgebildet.

Tab. 8: Ableitung der sonstigen konsumtiven Einnahmen
(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

	IST			Entwurf	
	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2012-2017	566,1	624,5	629,6	626,9	629,7
+ Veränderungen in der Planung		36,1	20,5	23,2	20,4
Anschlag / Planwerte	566,1	660,6	650,1	650,1	650,1
+ Sozialleistungsmehreinnahmen			19,6	18,9	27,7
+ allg. Steigerung Sozialleitungseinnahmen				3,6	7,0
+ Erhöhung BAföG			9,7	9,7	9,7
- Wegfall Dividendenzahlung BLB			-5,3	-5,3	-5,3
- Wegfall Versorgungsabschlag				-15,5	-15,5
- Einnahmen EU-EFRE				-1,0	-1,0
+ Bundesmittel 'Hochschulpakt'				11,9	18,4
+ Gerichtsgebühren/Geldstrafen				3,8	3,8
+ Anpassung an Rahmenvorgaben ¹				4,7	4,4
Basiswert Senat 29.09.2015			674,1	681,0	699,3
+ Hochschulpakt	21,9	9,6	4,6		
+ Sozialleistungsmehreinnahmen	31,5	10,1	3,4	14,7	31,4
+ Gerichtsgebühren			28,5	8,0	
+ Gebühren Rettungsdienst				17,3	17,3
+ VBL-Erstattung				17,5	
+ Erstattungen von Bund und Ländern	9,6	7,5	8,5		
+ ESF-Mehreinnahmen	9,8	11,8			
+ Versicherungssteuer	7,7				
+ Agio	29,1		16,1		
+ Tilgung auf Darlehen		16,6			
+ Abführungen von SV Hafen		8,5	11,5		
+ Gewinne aus Beteiligungen	9,0				
- Revision				-1,6	-1,6
+ übrige Mehr-/Mindereinnahmen	5,3	3,3	2,4	-2,4	-3,2
Ist-Einnahmen / Entwurf	690,1	728,0	749,0	734,3	743,2

Die nachfolgende **Tabelle 9** dokumentiert zudem

- die Aufteilung der oben beschriebenen Entwicklung der konsumtiven Einnahmen auf die Einzelhaushalte des Landes bzw. der Stadt Bremen,
- die Zusammenführung der Werte des Finanzrahmens mit der Planung Bremerhavens zum Stadtstaat Bremen,
- die Auswirkungen der Flüchtlingsproblematik auf die einzelnen bremischen Haushalte sowie die Einnahmeentwicklung ohne Berücksichtigung der Mehreinnahmen, die den einzelnen Haushalten zur (Teil-)Finanzierung der Mehraufwendungen zur Verfügung stehen und
- die Fortschreibung der konsumtiven Einnahmen in den Planjahren 2018 - 2020 gemäß den Beschlüssen des Senats vom 29.09.2015 und 08.03.2016.

Dabei wird die grundsätzlich unterstellte Konstanz der um die flüchtlingsbezogenen Zuweisungen bereinigten konsumtiven Einnahmen im Stadtstaat bis 2020 deutlich, während die beiden bremischen Städte von moderat steigenden Einnahmen vom Land profitieren, die die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der bremischen Städte darstellen.

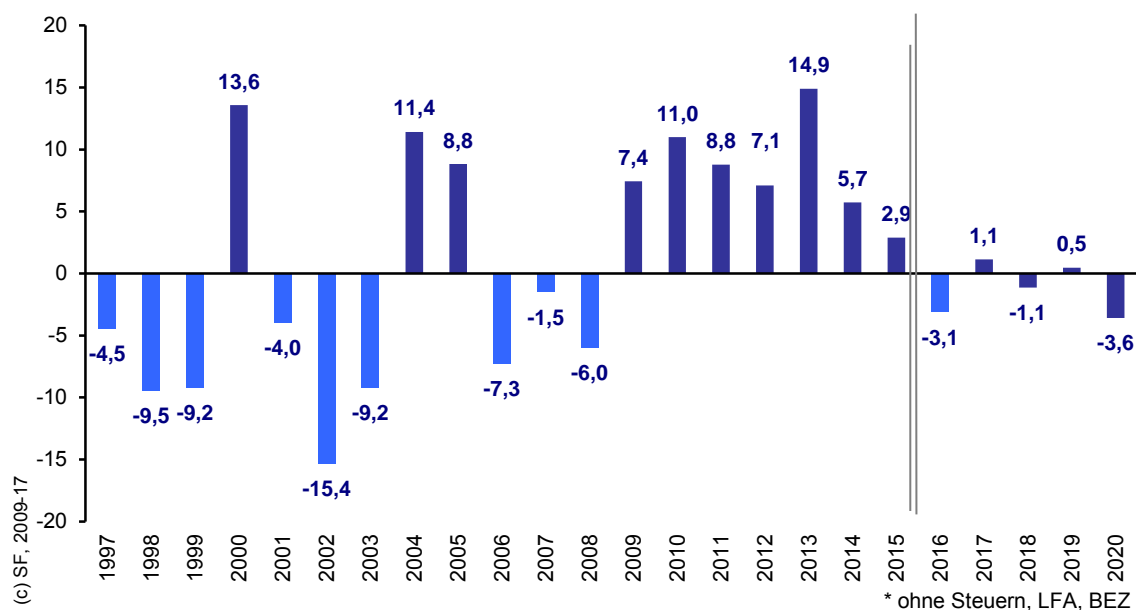
Tab. 9: Sonstige konsumtive Einnahmen
(inkl. Schlüsselzuweisungen; in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land Bremen	524	544	561	550	580	594	597	579
- von der Stadt Bremen	78	78	76	78	78	78	78	78
- von Bremerhaven	4	4	3	3	3	3	3	3
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			0	0	20	20	20	0
ohne Flüchtlingsmehreinnahmen			561	550	560	574	577	579
Stadt Bremen	1.268	1.398	1.570	1.634	1.609	1.574	1.567	1.553
- vom Land Bremen	1.025	1.135	1.307	1.373	1.368	1.355	1.348	1.345
- von Bremerhaven	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			118	147	92	57	36	17
ohne Flüchtlingsmehreinnahmen			1.453	1.487	1.517	1.516	1.531	1.536
Land und Stadt Bremen	690	728	749	734	743	734	738	710
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge			6	17	24	19	19	-1
ohne Flüchtlingsmehreinnahmen			743,0	718	720	715	719	711
Bremerhaven	453	392	453	440	452	460	468	476
- vom Land Bremen	336	372	390	388	400	408	416	424
- von der Stadt Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge				3	3	2	2	2
ohne Flüchtlingsmehreinnahmen				437	449	458	466	474
Stadtstaat Bremen	804	745	809	783	792	783	787	758
dar. Mehreinnahmen für Flüchtlinge				17	24	19	19	-1
ohne Flüchtlingsmehreinnahmen				766	768	764	768	760

So basieren im Durchschnitt **89 %** der sonstigen konsumtiven **Einnahmen Bremerhavens** im Planungszeitraum auf **Zahlungen des Landes** (Kommunaler Finanzausgleich, Personalkostenerstattungen, Sozialleistungen etc.; ohne Anteile an Konsolidierungshilfen), die in konsolidierter Betrachtung des Stadtstaates zu bereinigen sind.

Die sich insgesamt ergebende Entwicklungsreihe der konsumtiven Einnahmen für den Stadtstaat ist in der folgenden **Abbildung 20** in Form der Veränderungsdaten abgebildet, die zudem die Schwierigkeiten verdeutlichen, eine Fortschreibung im Planungszeitraum aufgrund der Veränderungsdaten der Vergangenheit vorzunehmen.

Abb. 20: Entwicklung der sonstigen konsumtiven Einnahmen*
(Stadtstaat Bremen; Veränderungsraten in %)



10.1.3. Investive Einnahmen

Zu den investiven Einnahmen zählen die Einnahme-Positionen der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen).

Die Planwerte der investiven Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen basieren bis einschließlich 2020 auf den **Ausgangswerten** des am 29. September 2015 vom Senat beschlossenen **Finanzrahmens** bzw. den dort beschlossenen **Eckwerten**. Bei der Erstellung des Finanzrahmens wurde zunächst unterstellt, dass die investiven Einnahmen über den Planungszeitraum – abgesehen von Sondereffekten – konstant bleiben.

Aufsetzend auf dieser Grundannahme sind in der Mittelfristplanung diverse **Sonderentwicklungen** und **Einzelfaktoren** zu berücksichtigen, die zu entsprechenden Abweichungen von der unterstellten Durchschnittsentwicklung führen. Bei den investiven Einnahmen zählen hierzu insbesondere

- die Zahlungen des Bundes für BAföG, KiTa-Ausbau und die Finanzierung kommunaler Investitionen (KInvF), Anteile an Versteigerungserlösen für Frequenzen
- aufgrund der Programmstrukturen (EU-Programme/GRW) absehbar deutlich von der Durchschnittsentwicklung abweichenden Einnahmepositionen
- Ausgleichsbeträge, mit denen die zu bildenden Eckwert-Ansätze für alle nicht einzeln betrachteten Einnahmepositionen wieder der ursprünglichen Rahmenvorgaben (Nullwachstum) angepasst werden sowie

- die Einnahmen aus dem Sondervermögen Hafen (Stadt) zur Finanzierung des OTB im Sondervermögen Fischereihafen (Land) in Höhe von 11,0 (2016) bzw. 32,7 Mio. € (2017)

Die auf dieser Grundlage abgeleiteten Planwerte der investiven Einnahmen in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet.

Tab. 10: Ableitung der investiven Einnahmen
(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

	IST			Entwurf	
	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2012-2017	82,9	94,5	96,6	97,1	97,6
+ Veränderungen in der Planung				-0,5	-1,0
Anschlag / Planwerte	82,9	94,5	96,6	96,6	96,6
+ Vom Bund für BAföG			7,1	7,1	7,1
+ Vom Bund für KInvFG			3,2	9,7	9,7
+ Bundeshilfen KiTA-Ausbau				1,8	1,8
+ Frequenzversteigerung/Digit. Dividende			3,0	1,4	1,4
+ GRW-Förderung				2,6	5,5
- EU-Programme				-13,8	-5,6
+ Anpassung an Rahmenvorgaben				1,2	1,4
Basiswert Senat 29.09.2015			110,0	106,7	117,9
+ Vom Bund für ÖPNVG/Städtebauförderung	4,4	3,7	2,2		
+ Vom Bund für BAföG			-2,1		
+ Vom Bund für KInvFG			-3,2		
+ Abführungen SVIT	9,5	3,7			
+ Abführungen von SV Hafen	7,1			11,0	32,7
- EU-Mindereinnahmen		-13,1	-12,8		-0,8
+ übrige Mehr-/Mindereinnahmen	-0,4	0,3	-0,6	0,4	-0,9
Ist-Einnahmen / Entwurf	103,4	89,1	93,5	118,1	148,8

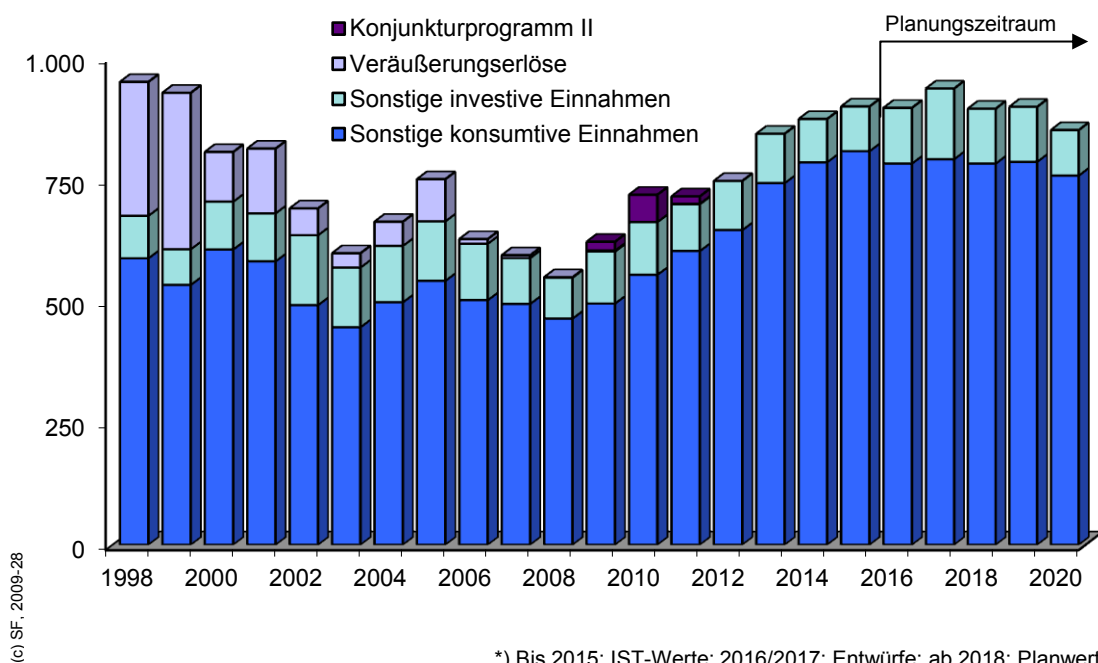
Durch die Einbeziehung Bremerhavens sinken die investiven **Einnahmeansätze des Stadtstaates** dabei noch unter die Ist- und Planwerte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (vgl. **Tabelle 11**). Entscheidend hierfür ist, dass die bei konsolidierter Betrachtung der Einzelhaushalte vorzunehmenden Bereinigungen in der Summe höher ausfallen als die einzubeziehenden Werte der Stadt Bremerhaven. Die investiven Einnahmen Bremerhavens werden in den Planungsjahren im Durchschnitt zu rd. 96 % durch Zahlungen des Landes gebildet, die schwerpunktmäßig – z. T. durchgeleitete – Finanzhilfen (nach dem GVFG und für den ÖPNV) und Mitfinanzierungen (Ganztags-schulprogramme, wirtschaftsfördernde Maßnahmen, Ausbau von U3-Einrichtungen etc.) darstellen.

Tab. 11: Investive Einnahmen
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Land Bremen	105	149	110	138	169	137	137	117
- von der Stadt Bremen	20	67	18	32	54	21	21	21
- von Bremerhaven	4	4	4	5	5	5	5	5
Stadt Bremen	112	71	56	82	94	63	66	56
- vom Land Bremen	94	64	55	70	60	62	65	54
- von Bremerhaven	0	0	0	0	0	0	0	0
Land und Stadt Bremen	103	89	94	118	149	117	117	97
Bremerhaven	17	20	17	14	16	14	11	11
- vom Land Bremen	15	18	15	14	15	14	11	11
- von der Stadt Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Stadtstaat Bremen	101	87	91	114	145	112	113	93

In **Abbildung 21** sind abschließend die sonstigen, **nicht-steuerabhängigen Einnahmepositionen** der bremischen Haushalte auf der Zeitachse dargestellt. Deutlich wird auch hier insbesondere die – in Abhängigkeit von Bundes- und EU-Zahlungen sowie konjunkturellen Einflüssen, aber auch einzelnen Ein- und Ausgliederungseffekten – stark schwankende Entwicklung der sonstigen konsumtiven und investiven Einnahmen.

Abb. 21: Nicht-steuerabhängige Einnahmen*
(Stadtstaat Bremen; in Mio. €)



10.2. Ausgaben

10.2.1. Personalausgaben

Grundsätzlich beruhen die Planwerte für die Personalausgaben bis zum Jahr 2020 auf den im Jahr 2010 festgelegten Prämissen eines durchschnittlichen **Personalabbaus** von jährlich **1,5 % beim kernfinanzierten Personal** sowie einer Aufteilung dieser Einsparung auf:

- 1,6 % Personalabbau jährlich für bürgernahe personenbezogene Dienstleistungen sowie
- 2,6 % Personalabbau jährlich für die interne Verwaltung und senatorische Behörden.

Aufgrund drängender Probleme im Bildungsbereich, bei der inneren Sicherheit und bei der Steuerverwaltung wurden diese Bereiche von einer Personaleinsparung bis 2020 ausgenommen. Für die Jahre 2016 und 2017 ergeben sich dadurch nominale Einsparvorgaben von jeweils rd. 90 VZE für den Kernhaushalt. Ab 2018 beträgt die nominale Einsparung rd. 121 VZE pro Jahr.

Zusätzlich wurden bei Polizei und Lehrern die Beschäftigungszielzahlen um insgesamt rd. 200 Vollzeitstellen erhöht. Um die Aufgabenwahrnehmung trotz Einsparungsvorgaben auch in den restlichen Verwaltungsbereichen sicherzustellen, wurden für den Haushalt 2016/2017 temporäre Personalmittel in Höhe von rd. 2,5 Mio. € bereitgestellt. Diese werden jedoch (bis auf einzelne längerdauernde, durch Senatsbeschluss festgestellte Projekte) nicht über das Jahr 2017 hinaus fortgeschrieben.

Die Erhöhung der Beschäftigungszielzahlen bei Polizei und Lehrern ist in Bezug auf den Konsolidierungspfad neutral, weil im Umfang von 10 Mio. € Zuführungen an die Versorgungsvorsorge dauerhaft abgesenkt werden.

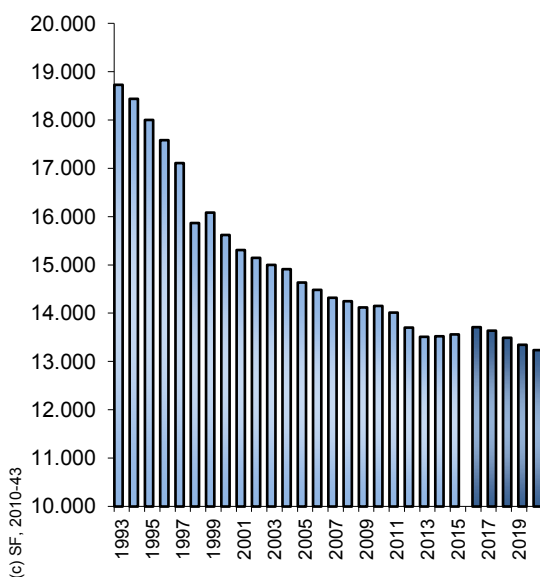
Im Zuge der erhöhten Aufnahme und Integration von Flüchtlingen werden im Personalhaushalt 8,7 Mio. € pro Jahr zwischen 2016 und 2020 eingeplant. Damit werden zwei Sofortprogramme finanziert. Die Mittel für das 3. Sofortprogramm und für das Integrationsbudget werden im konsumtiven Haushalt fortgeschrieben, enthalten aber auch Personalkostenanteile. Über die Aufteilung der Mittel wird im Laufe des Jahres 2016 entschieden.

Ab dem Jahr 2017 wird das Ausbildungsbudget um 5,5 Mio. € angehoben. Die Erhöhung ist notwendig, weil erhöhte Einstellungskohorten in den bedarfsbezogenen Ausbildungsberufen (Polizei, Feuerwehr, Steuer, Justiz, Verwaltungspersonal) erforderlich sind, um die altersbedingte Fluktuation auszugleichen.

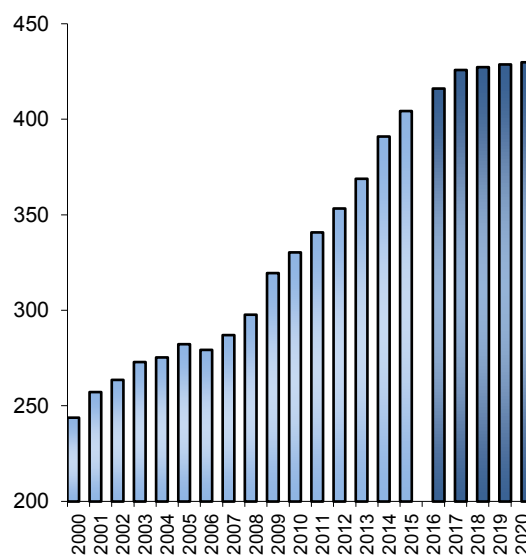
Für den Zeitraum bis 2020 bleiben die **Planungsparameter** auf der Basis der Haushalte 2016 / 2017 konstant. Entsprechend der Planungen aus dem Jahre 2010 sind dies folgende Vorgaben:

- Der seit Anfang der neunziger Jahre in Bremen stattfindende **Personalabbau** wird fortgesetzt, um für das aktive Personal die Kostensteigerungen durch Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen nachhaltig zu verringern. Am Ende des mittelfristigen Planungszeitraumes soll die Beschäftigungszielzahl in der Kernverwaltung (einschließlich temporärer Personalmittel) rd. 13.240 Vollzeitkräfte betragen (ohne 3. Sofortprogramm für Aufnahme und Integration von Flüchtlingen) und damit rd. 900 Vollkräfte unter dem Ausgangsjahr 2010 liegen (vgl. **Abbildung 22**).
- Für **Tarif- und Besoldungserhöhungen** wird eine Vorsorge in Höhe von 1,5 % der Dienstbezüge und Versorgungsbezüge eingestellt.
- Bei den **Versorgungsbezügen** werden weiterhin abnehmende Zuwachsraten erwartet. Am Ende des Planungszeitraumes wird mit einem jährlichen Zuwachs von 1 % der Anzahl der Versorgungsempfänger gerechnet (vgl. **Abbildung 22**). Bis zum Jahr 2020 wird erwartet, dass die Zahl der Versorgungsempfänger nicht mehr steigt.

Abb. 22:
Beschäftigungsvolumen *



Land und Stadtgemeinde Bremen
Versorgungsbezüge (in Mio. €)



(c) SF, 2010-43
*(umgerechnete) Vollzeitkräfte (einschließlich PVM; ohne Refinanzierte); bis 2015: IST-Werte, ab 2016 Planwerte
Stand: jeweils Jahresende; rückwirkende Bereinigung von Ein- und Ausgliederungen

Aus den beschriebenen Rahmensetzungen und Beschlusslagen leiten sich die in der nachstehenden **Tabelle 12** zusammengefassten Personalausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ab.

Tab. 12: Ableitung der Personalausgaben
(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

	IST			Entwurf	
	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2012-2017	1.192,7	1.223,4	1.239,0	1.251,4	1.263,9
+ Veränderungen in Planung/Vollzug	-1,6	15,2	4,8	8,6	12,5
Anschlag / Basiswert für Fortschreibung	1.191,1	1.238,6	1.243,8	1.260,0	1.276,4
+ Tarifanpassungen 2012/2013			22,0	22,3	22,6
+ Tarifabschluss 2015/2016				7,0	19,1
+ Mehrbedarf Flüchtlinge (Sofortprogramm)			5,9	6,0	6,1
+ Versorgungsabschlag			12,5		
+ Mehrbedarf Polizei und Lehrer				10,0	10,1
Basiswert Senat 29.09.2015	1.191,1	1.238,6	1.284,2	1.305,3	1.334,2
Veränderungen im Aufstellungsverfahren					
+ Verlagerung konsu. Bafög-Mittel				3,9	3,9
+ Verlagerung konsu. Flüchtlingsm. (Sprachf.)				1,3	1,3
+ Verlagerung konsu Brhv-Zuschuss Lehrer				0,8	0,9
+ Verlagerung konsu Brhv-Zuschuss Lehrer				0,6	0,0
- Sonst. Verlagerungen Personal an kons.				-0,2	-0,4
+ Erhöhung von refinanzierten Anschlägen				5,7	6,1
+ Planung Bürgerschaft Abgeordnetenbez.				0,0	0,0
+ Ausweitung der Ausbildung				0,0	5,5
Ist-Einnahmen / Entwurf	1.191,1	1.238,6	1.265,4	1.317,4	1.351,5

Unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven ergeben sich für den **Stadtstaat Bremen** die in **Tabelle 13** abgebildeten Ist- und Planwerte.

Differenziert nach Gruppierungen stellt sich die Entwicklung der Personalausgaben in den bremischen Haushalten wie in **Tabelle 13** abgebildet dar. Im Haushaltsjahr 2015 entfielen demnach etwa zwei Drittel der bremischen Personalkosten auf **Aktivenbezüge**, knapp 30% auf **Versorgungsbezüge**.

Tab. 13: Personalausgaben
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
- Dienstbezüge	386	396	400	401	398	387	377	371
- Versorgungsbezüge	159	168	172	177	180	181	183	185
- Beihilfen, Unterstützungen	27	28	28	31	33	11	22	30
- Übrige Ausgaben	11	11	11	18	36	81	92	100
Land Bremen	583	603	612	627	647	660	674	687
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			1	1	1	1	1	1
ohne Flüchtlingmehrausgaben			612	626	646	659	673	686
- Dienstbezüge	369	381	390	413	417	415	413	412
- Versorgungsbezüge	210	223	232	239	246	246	246	245
- Beihilfen, Unterstützungen	29	31	31	33	34	35	36	37
- Übrige Ausgaben	0	0	0	5	8	13	18	24
Stadt Bremen	608	636	653	690	705	710	713	718
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			2	7	7	7	7	7
ohne Flüchtlingmehrausgaben			651	684	698	703	706	711
Land und Stad Bremen	1.191	1.239	1.265	1.317	1.352	1.369	1.387	1.405
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			3	7	7	7	7	7
ohne Flüchtlingmehrausgaben			1.262	1.310	1.344	1.362	1.379	1.398
- Dienstbezüge	198	183	198	203	206	205	205	205
- Versorgungsbezüge	62	55	62	66	68	68	69	-1.405
- Beihilfen, Unterstützungen	11	10	11	11	11	11	12	12
- Übrige Ausgaben	0	1	0	10	13	13	17	1.495
Bremerhaven	272	249	272	290	298	298	303	308
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				5	5	0	0	0
ohne Flüchtlingmehrausgaben				285	293	298	303	308
Stadtstaat Bremen	1.463	1.487	1.537	1.608	1.649	1.667	1.689	1.712
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				12	12	7	7	7
ohne Flüchtlingmehrausgaben				1.596	1.637	1.660	1.682	1.705

10.2.2. Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben inklusive der Sozialleistungen und Personalkostenzuschüsse an ausgegliederte Einheiten bilden ca. 54 % der zu planenden Primärausgaben des Stadtstaates ab. Für den Haushalt des Landes und der Stadt Bremen erhöht sich der prozentuale Anteil – insbesondere aufgrund der Zuweisungen an Bremerhaven – sogar auf fast 60 %. 2015 wurden somit über 2,5 Mrd. € bei diesem Aggregat verausgabt, wobei die Sozialleistungen als größte Einzelposition – u.a. aufgrund der Flüchtlingsthematik allerdings um rd. 220 Mio. € gegenüber dem Anschlag 2015 erhöht – mit ca. 900 Mio. € beteiligt waren.

Grundlage der Fortschreibung der konsumtiven Ausgaben bilden die Beschlüsse des Senats vom 29. September 2015. Neben einer grundsätzlichen Steigerung von durchschnittlich 1,4 % p. a. wurden dabei - ohne Überlagerung aufgrund der Flüchtlingsthematik – u. a. folgende Veränderungen berücksichtigt:

- Der Ausgangswert der Sozialleistungen wurde mit einer Steigerungsrate von 2,2 % (2016), 2,0 % (2017), 1,8 % (2018), 1,6 % (2019) sowie 1,4 % (2020) fortgeschrieben. Dies ergibt für den gesamten Planungszeitraum eine durchschnittliche Steigerung von 1,8 % für die Sozialleistungen.
- Der Bereich der Personalkostenerstattungen wurde für die einzelnen Schwerpunktbereiche (Bremerhaven, Uni und Hochschulen, KiTa, Theater, Museen, Performa etc.) fortgeschrieben.
- Wie bei den Einnahmen wurde die nächste Stufe für den Hochschulpakt veranschlagt und das EFRE-Programm angepasst.
- Zusätzlich wurden Auslagen in Rechtssachen und die Mehr- bzw. Minderausgaben für Tilgungen an Verwaltungen gemäß Tilgungsplan als Vorabdotierung berücksichtigt.
- Erwartete Reduzierungen aus der Rekommunalisierung der Netze/Zuschuss an BVG (-3 Mio. € p. a. ab 2017) und ein durch erwartete Einnahmen aus Dividendenzahlungen der BLB verminderter Verlustausgleich (ab 2019 (-20 Mio. €) wurden wie auch die reduzierte Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (-10 Mio. € p. a. bereits ab 2015) entsprechend berücksichtigt.
- Darüber hinaus wurden Ansätze aufgrund konkreter Beschlusslagen oder sonstiger unabwendbarer Veranschlagungsnotwendigkeiten (z. B. Wahlen, Fraktionsmittel, BAföG-Ansätze, Ganztagschulen, Entschädigungsleistungen für Kriegsoffer, Ausgleichsabgaben, Ausbauplanung Kindertagesbetreuung, Bundesanteile ÖPNV und Wohngeld, Deichschutz, Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes, IT-Steuerfachverfahren) von der pauschalen Fortschreibung ausgenommen.

Aus den beschriebenen Rahmenseetzungen und Beschlusslagen leiten sich die in der nachstehenden **Tabelle 14** zusammengefassten konsumtiven Ausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ab.

Tab. 14: Ableitung der konsumtiven Ausgaben (inkl. Sozialleistungsausgaben)
(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

	IST			Entwurf	
	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2012-2017	2.172,3	2.261,5	2.292,2	2.311,8	2.336,0
+ Veränderungen in der Planung	-4,9	5,8	105,1	76,8	52,6
Anschlag / Planwerte	2.167,4	2.267,3	2.397,3	2.388,6	2.388,6
+ Hochschulpakt	30,0	16,0		11,9	18,4
+ Sozialleistungsausgaben	42,0	52,0		18,8	36,3
+ Personalkostenerstattungen				19,3	31,5
+ Schlüsselzuweisungen				3,6	7,1
+ Strukturhilfen an Bhv.				3,2	3,2
+ Weiterleitung KdU an Bhv.					1,6
+ Auslagen in Rechtssachen				6,6	7,6
- EU-EFRE				-0,9	-0,9
+ Verlagerungen von investiv				4,2	4,2
- Rekommunal.d. Netze/Zuschuss an BVG					-3,0
+ Tilgung an Verwaltungen				1,0	0,9
- Red. Zuf. Anstalt für Versorgungsvorsorge				-10,0	-10,0
+ übrige Mehr-/Minderausgaben	21,1	45,7	-8,8	9,4	18,8
Basiswert Senat 29.09.2015	2.259,4	2.380,9	2.388,6	2.455,5	2.504,3
+ Hochschulpakt			16,0		
+ Sozialleistungsausgaben					22,0
+ Mehrausgaben für Flüchtlinge			106,0	227,0	218,0
+ Mehrausgaben Rettungsdienst (auch Einn.)				22,0	22,0
+ Anstalt für Versorgungsvorsorge				9,0	
+ übrige Mehr-/Minderausgaben			14,5	17,3	16,2
Ist-Ausgaben / Entwurf	2.259,4	2.380,9	2.525,0	2.730,8	2.782,4

Inklusive der Senatsbeschlüsse vom 08. März 2016 - insbesondere zu den pauschalisierten flüchtlingsbezogenen Ausgaben - ergibt sich somit folgende Entwicklung der konsumtiven Ausgaben:

Tab. 15: Konsumtive Ausgaben
(inkl. Sozialleistungen; in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Sozialleistungen an Dritte	27	32	45	69	65	58	47	35
sonst. konsumtive Ausgaben	1.995	2.146	2.348	2.446	2.475	2.492	2.500	2.508
Land Bremen	2.021	2.178	2.393	2.515	2.539	2.550	2.546	2.543
- an die Stadt Bremen	1.025	1.135	1.307	1.371	1.367	1.355	1.348	1.345
- an Bremerhaven	335	360	390	388	400	408	416	424
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			144	176	129	92	58	27
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			2.249	2.339	2.410	2.458	2.488	2.515
Sozialleistungen an Dritte	665	720	778	924	945	922	888	854
sonst. konsumtive Ausgaben	675	696	737	740	742	724	711	720
Stadt Bremen	1.340	1.416	1.515	1.665	1.688	1.647	1.599	1.574
- an das Land Bremen	78	78	76	78	78	78	78	78
- an Bremerhaven	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			71	176	172	136	89	45
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			1.444	1.489	1.515	1.511	1.510	1.530
Land und Stad Bremen	2.259	2.381	2.525	2.731	2.782	2.764	2.719	2.694
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			104	222	213	169	110	54
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			2.421	2.509	2.569	2.595	2.609	2.641
Sozialleistungen an Dritte	147	152	170	165	169	171	173	176
sonst. konsumtive Ausgaben	127	99	104	109	111	103	104	103
Bremerhaven	274	252	274	275	279	274	277	279
- an das Land Bremen	3	4	3	3	3	3	3	3
- an die Stadt Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				7	8	2	2	2
ohne Flüchtlingsmehrausgaben				268	271	272	275	277
Stadtstaat Bremen	2.195	2.269	2.405	2.615	2.659	2.627	2.577	2.546
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				226	219	169	110	54
ohne Flüchtlingsmehrausgaben				2.389	2.440	2.457	2.466	2.493

Ohne die flüchtlingsbezogenen Mehrausgaben verzeichnet das Land und die Stadt Bremen im Zeitraum 2015/2020 eine durchschnittliche Zuwachsrate von 1,8 % p. a.. Mit Berücksichtigung der für Flüchtlinge vorgesehene Sozialleistungs- und Integrationsausgaben ergibt sich ein jährlicher Rückgang der konsumtiven Ausgaben in den Planungsjahren nach 2017.

Der Stadtstaat Bremen weist insbesondere aufgrund der hohen Zuweisungen des Landes an Bremerhaven, die im konsolidierten Gesamthaushalt nicht berücksichtigt werden, ohne die flüchtlingsbezogenen Mehrausgaben einen jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 1,15 % auf.

10.2.3. Investitionsausgaben

Grundlage der Fortschreibung der investiven Ausgaben bilden die Beschlüsse des Senats vom 29. September 2015 bzw. vom 08. Dezember 2015 zur maßnahmenbezogenen Investitionsplanung.

Von den Vorgaben einer nominalen Konstanz über den Planungszeitraum wurden bei den Investitionsausgaben die in den Haushalten abgebildeten, feststehenden Tilgungsbeträge für abgeschlossene Investitionsvorhaben ausgenommen. Ebenfalls abweichend von der Durchschnittsentwicklung wurden die drittmittelfinanzierten Ausgaben für EU-Programme (EFRE und Fischereifonds), GRW und die OTB-Finanzierung berücksichtigt.

Der Mittelrahmen für alle übrigen Investitionsausgaben wurde für den Planungszeitraum konstant gesetzt und anschließend um Mittel für die Flüchtlingsunterbringung (2016 und 2017), um Mittel für kommunale Investitionen (Bundesmittel nach dem KlinvFG) sowie um die zur OTB-Finanzierung aus dem Sondervermögen Hafen übergeleiteten Mittel aufgestockt.

Aus den beschriebenen Rahmensetzungen und Beschlusslagen leiten sich die in der nachstehenden **Tabelle 16** zusammengefassten konsumtiven Ausgaben der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ab.

Tab. 16: Ableitung der investive Ausgaben
(Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €)

	Ist			Entwurf	
	2013	2014	2015	2016	2017
Finanzplan 2012-2017	453,7	447,5	442,8	441,0	434,5
+ Veränderungen in Planung/Vollzug		186,5	55,2	23,8	30,3
dar.: Erwerb Beteiligung an Netzgesellschaften		168,8			
dar.: Flüchtlingsunterbringung			48,6		
Ist / Basiswert für Fortschreibung	453,7	634,0	498,0	464,8	464,8
+/- Flüchtlingsunterbringung			-40,6		-3,0
+ Mehrausgaben BAföG-Effekt			3,0		
- Minderausgaben Tilgung an BKF				-0,9	-2,8
+ Vom Bund für KlinvFG			3,2	6,5	6,5
- Minderausgaben EU-Programme				-13,8	-5,6
+ Mehrausgaben GRW				2,6	5,5
- Verlagerung JUB zu konsumtiv				-3,0	-3,0
+/- übrige Mehr-/Minderausgaben			1,1		
Basis Senat 29.09.2015 / 08.12.2015			464,8	456,1	462,3
+ Flüchtlingsunterbringung			11,6	92,8	52,3
+/- Zuführung SV Hafen/OTB Liquiditätsst.	24,1	-6,8	8,2	11,0	32,7
+ Kapitalerhöhung Kliniken	55,7				
+ übrige Mehr-/Minderausgaben	-7,2		2,0	-2,4	-2,9
Ist-Einnahmen / Entwurf	526,3	627,2	486,6	557,5	544,4

Unter Einbeziehung der Stadt Bremerhaven ergeben sich für den **Stadtstaat Bremen** die in **Tabelle 17** abgebildeten Ist- und Planwerte.

Tab. 17: Investive Ausgaben
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tilgungsausgaben an Sondervermögen	34	22	15	14	12	12	10	3
direkte Investitionen (2018ff: Senat vom 08.12.15)	302	282	287	319	352	327	314	283
zentrale Investitionsmittel						11	22	30
Land Bremen	336	304	301	333	364	350	345	316
- an die Stadt Bremen	94	64	55	71	62	62	65	54
- an Bremerhaven	18	16	15	14	15	14	11	11
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			0	0	0	0	0	0
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			301	333	364	350	345	316
Tilgungsausgaben an Sondervermögen	29	30	26	31	31	31	31	31
direkte Investitionen (2018ff: Senat vom 08.12.15)	275	425	232	298	266	151	121	103
zentrale Investitionsmittel						21	44	60
Stadt Bremen	304	454	258	328	296	203	197	194
- an das Land Bremen	20	67	18	32	54	21	21	21
- an Bremerhaven	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			54	92	52	0	0	0
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			204	236	245	203	197	194
Land und Stad Bremen	526	627	487	558	544	470	456	434
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge			54	92	52	0	0	0
ohne Flüchtlingsmehrausgaben			433	465	493	470	456	434
Tilgungsausgaben an Sondervermögen	15	20	15	13	11	8	7	7
direkte Investitionen	40	49	40	52	53	38	34	33
Bremerhaven	55	69	55	66	64	47	41	40
- an das Land Bremen	4	4	4	5	5	5	5	5
- an die Stadt Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				14	14	0	0	0
ohne Flüchtlingsmehrausgaben				52	50	47	41	40
Stadtstaat Bremen	560	676	523	605	589	497	481	459
dar. Mehrausgaben für Flüchtlinge				106	66	0	0	0
ohne Flüchtlingsmehrausgaben				499	523	497	481	459

10.2.4. Zinsausgaben

Die Zinsausgaben berechnen sich für den Planungszeitraum 2016/2020 aus den bereits eingegangenen vertraglichen Zinsverpflichtungen aus Krediten und Zinssicherungsgeschäften sowie aus den erwarteten Zahlungsverpflichtungen für die noch einzugehenden Kreditaufnahmen aus Neuverschuldung sowie Refinanzierungen / Prolongationen. Der durchschnittliche Kalkulationszins bis 2020 beträgt 3,2 %.

Aufgrund der Geld- und Kapitalmarktpolitik der EZB ist auch in den nächsten Jahren nicht mit stark steigenden Zinsen zu rechnen. Noch im 1. Quartal 2016 hat die EZB den Hauptrefinanzierungssatz auf 0%, den Spitzenrefinanzierungssatz auf 0,25% und den Einlagensatz auf minus 0,40 % weiter abgesenkt und gleichzeitig das monatliche Ankaufsvolumen im Rahmen des QE-Programms auf 80 Mrd. € pro Monat erhöht. Ab Juni 2016 werden neue Langfristkredite zur Versorgung der Banken mit Langfristgeld

(Targeted Longer Term Refinancing Operations) mit einer Laufzeit von vier Jahren auf Konditionenbasis des Hauptrefinanzierungssatzes zur Verfügung gestellt.

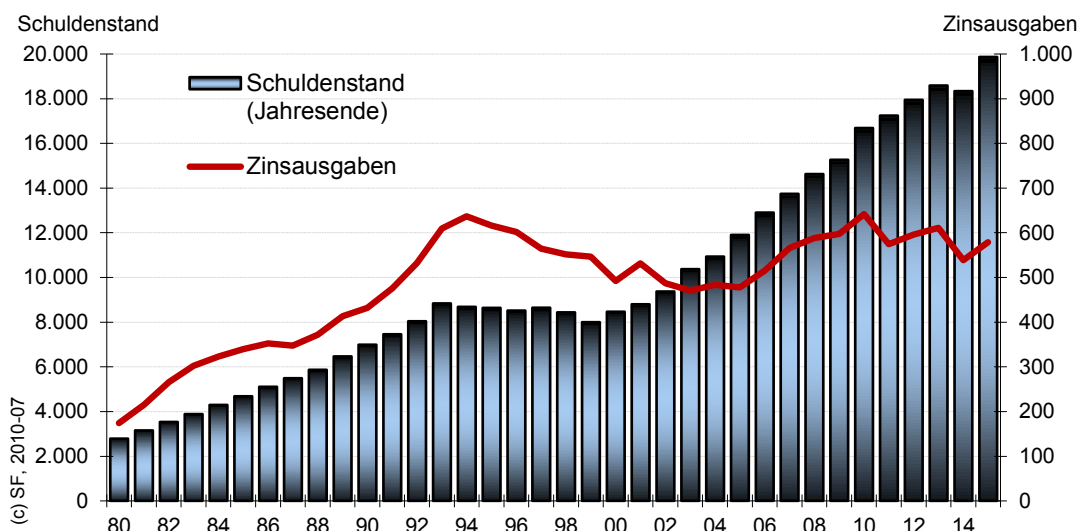
Mittelfristig rechnet der Senat daher weiter mit sehr niedrigen Zinsen. Der variabel verzinsliche Anteil wird daher auf hohem Niveau belassen, um an den Zinsdifferenzen zwischen Geld- und Kapitalmarkt zu partizipieren. Um jedoch zugleich ein vertretbares Zinsänderungsrisiko zu gewährleisten beträgt die maximale Obergrenze für den variablen Anteil unverändert 30%.

Tab. 18: Zinsausgaben
(in Mio. €)

	Ist			Entwurf		Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
eckwertrelevant	6	4	4	2	2	1	1	1
zentral bewirtschaftet	369	285	332	351	377	402	449	466
Land Bremen	374	288	335	353	379	403	450	467
eckwertrelevant	28	27	26	22	22	20	19	18
zentral bewirtschaftet	208	224	217	212	196	188	166	166
Stadt Bremen	236	251	243	234	217	208	185	184
Land und Stad Bremen	611	539	579	587	596	611	635	651
Bremerhaven	55	54	55	54	54	54	53	52
Stadtstaat Bremen	666	593	634	641	650	21	44	60

Die nachfolgende **Abbildung 23** zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes und der Zinsausgaben des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen** von 1980 bis 2015. Erkennbar ist, dass die Zinsausgaben sich noch in den 80er und 90er Jahren weitgehend parallel zu den Schulden entwickelten. Seit 1994 profitieren die bremischen Haushalte jedoch von dem rückläufigen Zinssatzniveau, so dass sich die Zinsausgaben - insbesondere in den letzten fünf Jahren - von den Steigerungsraten des Schuldenstandes abkoppeln.

Abb. 23: Zinsausgaben und Schuldenstand 1980-2015
(Land und Stadtgemeinde Bremen, in Mio. €)



10.3. Gesamtrahmen

10.3.1. Land und Stadt Bremen

Für den konsolidierten Haushalt des Landes und der Stadt Bremen ergeben sich ohne Berücksichtigung der flüchtlingsbezogenen Mehreinnahmen bzw. -ausgaben die vorstehend abgeleiteten und begründeten Einzelentwicklungen auf Einnahme- und Ausgabeseite die in der nachfolgenden Tabelle dokumentierten Ergebnisse. Für die Ermittlung der Netto-Mehrausgaben wurden dabei die für Flüchtlinge im Anschlag 2015 vorgesehenen Haushaltspositionen als Basiskosten für Flüchtlinge zu Grunde gelegt. Alle ab 2015 darüber hinausgehenden Einnahmen und Ausgaben werden in der nachfolgenden Betrachtung auf diesen Basiswert zurückgeführt.

Tab. 19: Finanzrahmen Land und Stadt Bremen
(ab 2015 ohne Flüchtlingsmehrausgaben; in Mio. €)

	IST			Entwurf		Planung		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuern / LFA / BEZ	3.138	3.390	3.508	3.565	3.730	3.888	4.024	4.168
Steuereinnahmen	2.323	2.472	2.585	2.654	2.782	2.901	3.005	3.114
Länderfinanzausgleich	565	663	659	642	671	700	724	751
Bundesergänzungszuweis.	250	254	264	268	277	287	294	303
- dar. Sonderbedarfs-BEZ	60	60	60	60	60	60	60	60
Sonstige Einnahmen	794	817	837	836	868	833	836	808
- konsumtive Einnahmen	690	728	743	718	720	715	719	711
- investive Einnahmen	103	89	94	118	149	117	117	97
- Vermögensveräußerungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Primäreinnahmen	3.931	4.207	4.345	4.400	4.599	4.721	4.859	4.976
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+6,6	+7,0	+3,3	+1,3	+4,5	+2,7	+2,9	+2,4
Bereinigte Einnahmen	3.931	4.207	4.345	4.400	4.599	4.721	4.859	4.976
Personalausgaben	1.191	1.239	1.262	1.310	1.344	1.362	1.379	1.398
- Versorgung (OG 43)	369	391	404	416	426	427	429	430
- sonst. Personalausgaben	822	848	858	894	918	935	951	968
Sozialleistungen	766	833	820	861	890	905	919	931
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.493	1.548	1.602	1.648	1.680	1.690	1.690	1.710
Investitionsausgaben	526	627	433	465	493	470	456	434
- Tilgungsausgaben an BKF	64	52	44	43	42	42	40	34
- sonstige aktuelle Investitionen	463	576	388	422	451	428	416	401
Globale Minderausgaben				0	-39			
Primärausgaben	3.977	4.247	4.117	4.284	4.367	4.427	4.444	4.473
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,9	+6,8	-3,1	+4,1	+1,9	+1,4	+0,4	+0,6
Zinsausgaben	611	539	579	587	596	611	635	651
Bereinigte Ausgaben	4.588	4.786	4.695	4.871	4.963	5.038	5.079	5.124
Primärsaldo	-46	-39	228	116	232	294	415	504
Finanzierungssaldo	-656	-578	-351	-471	-364	-317	-220	-147

Die wesentlichen Entwicklungen und Aspekte des Finanzplanzeitraumes lassen sich vor diesem Hintergrund wie folgt zusammenfassen:

- Mit den vorgesehenen jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der Gesamteinnahmen (2,8 %) und der Gesamtausgaben (1,8 %) würde sich das Finanzierungsdefizit in den fünf Jahren des Planungszeitraumes gegenüber 2015 um ca. 60 % reduzieren. Aus heutiger Sicht würden das Land und die Stadt Bremen im letzten Jahr der Finanzplanung und somit im ersten Jahr der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse noch eine unbereinigte Haushaltslücke von 147 Mio. € aufweisen.
- Der 2015 erst zum zweiten Mal in den letzten 20 Jahren erzielte positive Primärsaldo des Gesamthaushaltes des Landes und der Stadt Bremen bleibt im gesamten Planungszeitraum positiv und wächst bis 2020 auf 504 Mio. € an.
- Die geplante Entwicklung der Primärausgaben ergibt für den Planungszeitraum eine durchschnittliche Steigerung von 1,7 % p. a..

Nachfolgend wird für die Betrachtung der Schuldenbremse ab 2020 bzw. des Konsolidierungskurses bis 2020 der kamerale Finanzierungssaldo noch um die Finanziellen Transaktionen, dem Saldo des Bremer Kapitaldienstfonds sowie der Konjunkturkomponente (Planwerte ab 2017, bis 2016 auch Rückrechnung auf die maßgeblichen Regionalisierungsergebnisse) zum strukturellen Finanzierungssaldo bereinigt:

Tab. 20: Umrechnung auf strukturelles Defizit
(ab 2015 ohne Flüchtlingsmehrausgaben; in Mio. €)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Finanzierungssaldo	-656	-578	-351	-471	-364	-317	-220	-147
Finanzielle Transaktionen	59	175	15	23	23	19	19	19
Saldo des BKF	70	53	50	52	50	52	50	47
Steuerbereinigungen	111	-146	-37	33	3	5	1	2
Struktureller Finanzierungssaldo	-416	-497	-322	-362	-288	-241	-149	-80
Sicherheitsabstand	368	176	238	87	48	-17	-37	-80

Unter Berücksichtigung dieser Bereinigungs-faktoren ist in der vorstehenden Tabelle für die Haushaltsaufstellungsjahre 2016/2017 die Einhaltung des Konsolidierungskurses ohne die Nettomehrausgaben für Flüchtlinge ablesbar, wobei der Sicherheitsabstand von 238 Mio. € (2015) auf 48 Mio. € (2017) spürbar sinkt.

In den Planungsjahren ab 2018 gibt es noch eine rechnerische Überschreitung des einzuhaltenden strukturellen Defizits, die bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben auszugleichen ist.

Die flüchtlingsbezogenen Mehreinnahmen und –ausgaben gegenüber den Basiskosten, die bei der Anschlagbildung für das Haushaltsjahr 2015 berücksichtigt wurden, dokumentiert dabei die nachfolgende Tabelle:

Tab. 21: Flüchtlingsbezogene Mehreinnahmen und Mehrausgaben
(Land und Stadt; bezogen auf den Anschlag 2015 in Mio. €)

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuereinnahmen	21	38	38	13	4	4
Konsumtive Einnahmen	6	17	24	19	19	-1
Bereinigte Einnahmen	27	55	62	32	23	3
Sozialleistungen	87	218	209	167	108	51
Sonstige kons. Ausgaben	16	4	4	3	3	3
Personalausgaben	3	7	7	7	7	7
Investitionen	54	92	52	0	0	0
globale Ausgaben	0	48	59	0	0	0
Bereinigte Ausgaben	161	369	331	177	118	61
Saldo	134	314	269	145	95	58

Unter Berücksichtigung dieser Ausgaben, die den bremischen Haushalt in besonderem Maße belasten und nicht von Bremen zu beeinflussen sind, ergibt sich folgender Finanzrahmen für das Land und die Stadt Bremen:

Tab. 22: Land und Stadt Bremen
(inkl. flüchtlingsbezogene Einnahmen und Ausgaben; in Mio. €)

	IST			Entwurf		Planung		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuern / LFA / BEZ	3.138	3.390	3.529	3.603	3.768	3.901	4.027	4.172
Steuereinnahmen	2.323	2.472	2.606	2.693	2.820	2.914	3.009	3.118
Länderfinanzausgleich	565	663	659	642	671	700	724	751
Bundesergänzungszuweisungen	250	254	264	268	277	287	294	303
- dar. Sonderbedarfs-BEZ	60	60	60	60	60	60	60	60
Sonstige Einnahmen	794	817	843	852	892	851	855	807
- Konsumtive Einnahmen	690	728	749	734	743	734	738	710
- Investive Einnahmen	103	89	94	118	149	117	117	97
- Vermögensveräußerungen	0	0	0	0	0			
Primäreinnahmen	3.931	4.207	4.372	4.455	4.660	4.753	4.882	4.979
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+6,6	+7,0	+3,9	+1,9	+4,6	+2,0	+2,7	+2,0
Bereinigte Einnahmen	3.931	4.207	4.372	4.455	4.660	4.753	4.882	4.979
Personalausgaben	1.191	1.239	1.265	1.317	1.352	1.369	1.387	1.405
- Versorgung (OG 43)	369	391	404	416	426	427	429	430
- sonst. Personalausgaben	822	848	861	901	926	942	958	975
Sozialleistungen	766	833	907	1.079	1.099	1.071	1.027	982
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.493	1.548	1.618	1.652	1.683	1.693	1.692	1.712
Investitionsausgaben	526	627	487	558	544	470	456	434
- Tilgungsausgaben an BKF	64	52	44	43	42	42	40	34
- sonstige aktuelle Investitionen	463	576	442	514	503	428	416	401
Globale Flüchtlingsmehrausgaben				48	59			
Globale Minderausgaben				0	-39			
Primärausgaben	3.977	4.247	4.277	4.653	4.698	4.603	4.562	4.534
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,9	+6,8	+0,7	+8,8	+0,9	-2,0	-0,9	-0,6
Zinsausgaben	611	539	579	587	596	611	635	651
Bereinigte Ausgaben	4.588	4.786	4.856	5.240	5.294	5.214	5.197	5.185
Primärsaldo	-46	-39	94	-198	-37	149	320	445
Finanzierungssaldo	-656	-578	-485	-785	-633	-462	-315	-206
Konsolidierungshilfen (netto)	269	269	269	269	269	269	269	90
Schuldenstand	18.581	18.330	19.858	20.374	20.739	20.932	20.978	21.094

Auffällig ist bei dieser Darstellung insbesondere die deutliche Haushaltsverschlechterung von 2015/2016 und der jährliche Rückgang der Primärausgaben ab 2018, der dazu führt, dass sich zum Ende des Planungszeitraumes die Finanzierungsdefizite mit und ohne flüchtlingsbezogene Haushaltspositionen wieder bis auf rd. 60 Mio. € angleichen.

Längerfristig ist beabsichtigt, für den gesamten Planungszeitraum auch eine exakte Darstellung der Einzelhaushalte des Landes bzw. der Stadt vorzunehmen. Aktuell sind für die Einzelhaushalte die abgeschlossenen sowie die Haushaltsaufstellungsjahre auswertbar, für den weiteren Planungszeitraum ist eine belastbare Gesamtdarstellung dieser beiden Einzelhaushalte jedoch noch nicht möglich.

Mit und ohne flüchtlingsbezogene Haushaltspositionen ergeben sich für die Stadt Bremen bis 2017 dabei die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Werte:

Tab. 23: Finanzrahmen der Stadt Bremen
(in Mio. €)

	IST			ohne Flüchtlinge		mit Flüchtlingen	
	2013	2014	2015	2016	2017	2016	2017
Steuereinnahmen	669	723	728	772	827	772	827
Schlüsselzuweisungen	308	335	347	350	365	355	370
Sonstige Einnahmen	1.072	1.133	1.162	1.220	1.247	1.362	1.334
- konsumtive Einnahmen	960	1.062	1.105	1.138	1.152	1.279	1.239
- investive Einnahmen	112	71	56	82	94	82	94
Primäreinnahmen	2.049	2.192	2.237	2.341	2.438	2.488	2.530
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,5	+7,0	+2,1	+4,7	+4,2	+11,2	+1,7
Bereinigte Einnahmen	2.049	2.192	2.237	2.341	2.438	2.488	2.530
Personalausgaben	608	636	651	684	698	690	705
Sozialleistungen	666	722	711	752	776	926	947
Sonst. konsumtive Ausgaben	674	694	732	737	739	739	741
Investitionsausgaben	304	454	204	236	245	328	296
- Tilgungsausgaben an BKF	29	30	26	31	31	31	31
- Aktuelle Investitionen	275	425	178	205	214	298	266
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)						43	53
Globale Minderausgaben				0	-21	0	-21
Primärausgaben	2.252	2.506	2.299	2.408	2.458	2.726	2.720
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+6,1	+11,3	-8,3	+4,8	+2,1	+18,6	-0,2
Zinsausgaben	236	251	243	234	217	234	217
Bereinigte Ausgaben	2.489	2.757	2.542	2.642	2.654	2.960	2.937
Primärsaldo	-203	-314	-62	-67	-20	-238	-189
Finanzierungssaldo	-440	-565	-305	-301	-216	-472	-407
Konsolidierungshilfen (netto)	150	150	150	150	150	150	150
Schuldenstand	8.333	8.721	8.865	9.187	9.444	9.187	9.444
Struktureller Finanzierungssaldo	-304	-357	-269	-230	-172	-401	-363
Sicherheitsabstand	132	17	43	19	15	-151	-176

nachrichtlich: Saldo Flüchtlingmehrkosten

171 191

Unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen, die in 2016 insgesamt um 171 Mio. € über die Basiseffekte (Anschlag 2015) hinausgehen, wird der Haushalt der Stadt Bremen eine weitere – im Konsolidierungspfad vorgesehene – Reduzierung des Finanzierungssaldos deutlich verfehlen. Das 2015 erreichte Defizit von 305 Mio. € erhöht sich 2016 hingegen trotz weiter steigender steuerabhängiger Einnahmen und sogar leicht sinkender Zinsausgaben auf insgesamt 472 Mio. €, 2017 ist dann wieder eine Reduzierung des Defizits auf 407 Mio. € vorgesehen.

Aufgrund der beschriebenen von den öffentlichen Haushalten in den nächsten Jahren zu leistenden zusätzlichen Aufgaben ergibt sich somit in beiden Entwurfsjahren rechnerisch eine deutliche Überschreitung des Konsolidierungspfades.

In der maßgeblichen Berechnung des Konsolidierungspfades - und somit nach Herausrechnung der flüchtlingsbezogenen Nettomehrbelastungen - weist die Stadt Bremen hingegen in beiden Haushaltsaufstellungsjahren einen Sicherheitsabstand auf, der im Verhältnis zum Haushaltsvolumen und der möglichen Risiken jedoch mit 19 Mio. € bzw. 15 Mio. € zunehmend geringer ausfällt.

Der Einzelhaushalt des Landes Bremen verzeichnet 2016/17 folgende Entwicklungen:

Tab. 24: Finanzrahmen des Landes Bremen
(in Mio. €)

	IST			ohne Flüchtlinge		mit Flüchtlingen	
	2013	2014	2015	2016	2017	2016	2017
Steuern / LFA / BEZ	2.469	2.667	2.801	2.793	2.904	2.831	2.942
Sonstige Einnahmen	629	693	672	689	729	689	749
- konsumtive Einnahmen	524	544	561	550	560	550	580
- investive Einnahmen	105	149	110	138	169	138	169
Primäreinnahmen	3.098	3.360	3.472	3.482	3.632	3.520	3.690
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+5,1	+8,4	+3,4	+0,3	+4,3	+1,4	+4,8
Bereinigte Einnahmen	3.098	3.360	3.472	3.482	3.632	3.520	3.690
Personalausgaben	583	603	612	626	646	627	647
Sozialleistungen	360	397	425	418	442	587	565
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.662	1.781	1.968	1.922	1.968	1.929	1.975
- an die bremischen Städten	1.027	1.131	1.317	1.235	1.260	1.241	1.267
- sonstige	635	651	651	687	707	687	708
Investitionsausgaben	336	304	301	333	364	333	364
- Tilgungsausgaben an BKF	34	22	15	14	12	14	12
- aktuelle Investitionen	302	282	287	319	352	319	352
Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)						5	6
Globale Minderausgaben				0	-18	0	-18
Primärausgaben	2.940	3.085	3.307	3.299	3.402	3.480	3.538
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+2,4	+4,9	+7,2	-0,2	+3,1	+5,2	+1,7
Zinsausgaben	374	288	335	353	379	353	379
Bereinigte Ausgaben	3.315	3.373	3.642	3.652	3.781	3.833	3.917
Primärsaldo	158	275	166	183	230	40	152
Finanzierungssaldo	-217	-14	-170	-170	-148	-313	-226
Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	119	119	119
Schuldenstand	10.247	9.609	10.993	11.187	11.294	11.187	11.294
Struktureller Finanzierungssaldo	-112	-140	-177	-131	-116	-275	-194
Sicherheitsabstand	236	159	71	68	33	-76	-45
nachrichtlich: Saldo Flüchtlingsmehrkosten						144	78

Auch ohne die kommunale Ebene, die die Hauptlast der flüchtlingsbezogenen Mehrausgaben trägt, ergibt sich ohne Herausrechnung dieser für den Konsolidierungskurs einen Ausnahmetatbestand darstellenden Nettobelastung (144 Mio. € bzw. 78 Mio. €) rechnerisch eine Überschreitung des erlaubten Defizits von 76 Mio. € im ersten bzw. 45 Mio. € im zweiten Jahr der Haushaltsaufstellung.

Ohne die flüchtlingsbezogene Haushaltsbelastung weist das Land Bremen 2016 noch einen Sicherheitsabstand von 68 Mio. € auf. 2017 reduziert sich der Sicherheitsabstand zum Konsolidierungspfad des Landes auf 33 Mio. €. Mögliche weitere Unterstützungen des Landes für die beiden bremischen Städte müssen sich an diesen Rahmenbedingungen orientieren. Zu beachten ist zudem, dass, um diesen Sicherheitsabstand zu erreichen, die 2017 eingestellte globale Minderausgabe von 18 Mio. € im weiteren Verfahren aufgelöst werden muss.

10.3.2. Bremerhaven

Tab. 25: Finanzrahmen der Stadt Bremerhaven

(ab 2016 ohne Flüchtlingsmehrausgaben; in Mio. €)

	IST			Entwurf		Planung		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuereinnahmen	99	107	109	123	130	130	134	138
Schlüsselzuweisungen	84	89	96	95	98	102	106	110
Sonstige Einnahmen	328	352	374	356	367	370	372	376
- konsumtive Einnahmen	308	333	357	341	351	356	360	364
- vom Land	252	271	294	290	299	304	308	312
- sonst. kons. Einnahmen	57	61	63	52	52	52	52	52
- investive Einnahmen	20	20	17	14	16	14	11	11
- vom Land	18	16	15	14	15	14	11	11
- sonst inv. Primäreinnahmen	1	3	2	0	0	0	0	0
Primäreinnahmen	511	548	580	574	594	603	612	624
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)		+7,1	+5,8	-0,5	+3,6	+1,3	+1,4	+1,9
Bereinigte Einnahmen	511	548	580	574	594	603	612	624
Personalausgaben	249	260	272	285	293	298	303	308
Sozialleistungen	153	164	171	166	169	169	172	174
Sonst. konsumtive Ausgaben	99	102	104	102	102	103	103	103
Investitionsausgaben	69	113	55	52	50	47	41	40
- Tilgungsausgaben an BKF	19	19	13	14	12	9	7	7
- Aktuelle Investitionen	50	95	42	52	53	38	34	33
Globale Minderausgaben				-15	-21	-31	-39	-44
Primärausgaben	569	639	601	589	593	585	580	580
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+3,7	+12,3	-6,0	+4,9	+1,8	-3,7	+0,4	+0,9
Zinsausgaben	54	55	55	54	54	54	53	52
Bereinigte Ausgaben	623	695	657	644	648	639	633	632
Primärsaldo	-58	-91	-21	-16	1	18	32	44
Finanzierungssaldo	-112	-147	-77	-70	-53	-36	-21	-8
Konsolidierungshilfen (netto)	31	31	31	31	31	31	31	10
Schuldenstand	1.398	1.521	1.579	1.665	1.745	1.750	1.740	1.738
Struktureller Finanzierungssaldo	-86	-72	-60	-55	-43	-28	-15	-2
Sicherheitsabstand	7	7	6	-2	-3	-2	-2	-2
Saldo Flüchtlingsmehrkosten				47	58	0	0	0
Sicherheitsabstand mit Flüchtlingsmehrausgaben				-49	-60	-2	-2	-2

In die Berechnung der unter 10.3.3 dargestellten Stadtstaaten-Werte sind grundsätzlich die vorstehenden Finanzplansätze der Stadt Bremerhaven eingegangen. Zu beachten ist, dass sich derzeit im Haushalt der Stadt Bremerhaven – trotz der ausgewiesenen globalen Minderausgaben – noch geringfügige rechnerische Überschreitungen der Defizitobergrenzen, die auf abweichenden Berechnungen der für flüchtlingsbezogene Netto-Mehrausgaben zu bereinigenden Beträge beruhen, ergeben. Hier sind die Ergebnisse des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens – einschließlich der Effekte der Mai-Steuerschätzung – abzuwarten und ggf. bis zur Genehmigung der Haushalte entspre-

chende Korrekturen zur vollständigen Einhaltung der zulässigen Neuverschuldung vorzusehen.

Zudem sind im Gegensatz zum Haushalt des Landes und der Stadt Bremen flüchtlingsbezogene Netto-Belastungen nur in die Aufstellungsjahren 2016/17 eingegangen.

10.3.3. Stadtstaat Bremen

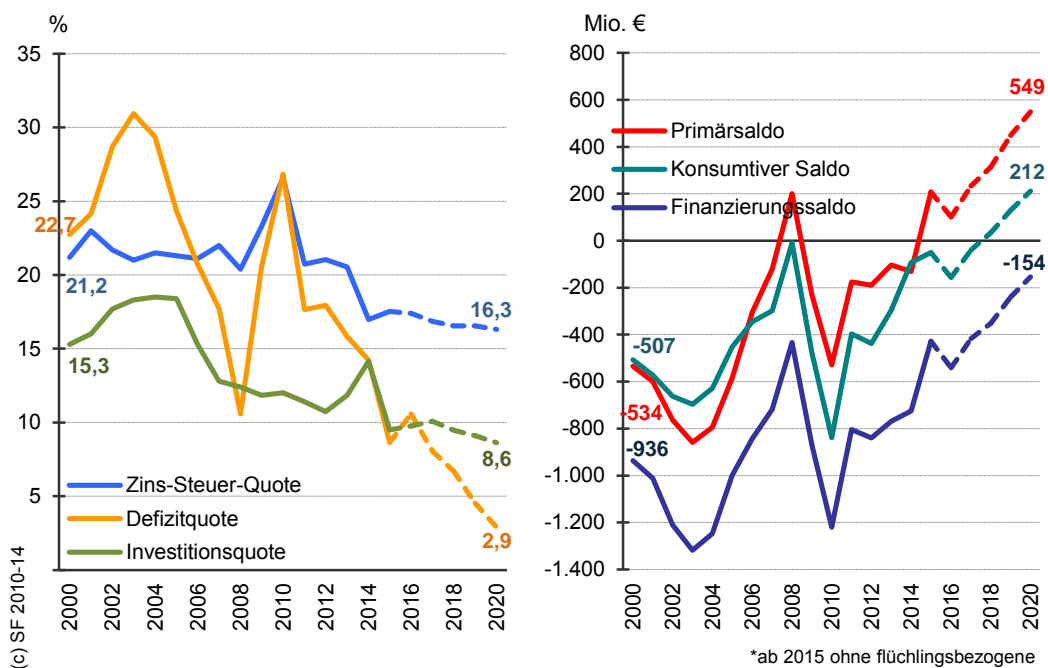
Die Eckdaten des Stadtstaates bilden die maßgebliche Betrachtungsebene zur Beurteilung der bremischen Haushalte und des Erfolges der zu ihrer Konsolidierung unternommenen Eigenanstrengungen.

Entsprechend den beschriebenen Entwicklungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie Bremerhavens lassen sich die wesentlichen Aspekte der Haushaltsentwicklung des Stadtstaates im Finanzplan-Zeitraum wie folgt zusammenfassen, wobei zu beachten ist, dass die für 2016/17 in Bremerhaven ausgewiesene Überschreitung des Konsolidierungspfades beim Stadtstaat die globalen Minderausgaben erhöht:

- Die Gesamteinnahmen der bremischen Haushalte steigen bei Realisierung der Planwerte im Zeitraum 2015/ 2020 um rd. 650 Mio. € bzw. um durchschnittlich ca. 130 Mio. € pro Jahr.
- Auf der Ausgabenseite ergeben die getroffenen Vorgaben und Annahmen im Planungszeitraum ein Plus von rd. 380 Mio. €, das zu etwa 20 % auf steigende Zinsausgaben zurückzuführen ist. Im Jahresdurchschnitt erhöhen sich die Gesamtausgaben der bremischen Haushalte damit um rd. 75 Mio. €.
- Der Anstieg der Primärausgaben beträgt in der Finanzplan-Periode jahresdurchschnittlich 1,4 %. Bei diesem Mittelwert ist allerdings zu beachten, dass nach dem stärkeren Anstieg 2016 in den folgenden vier Haushaltsjahren bei den Primärausgaben nur noch ein Zuwachs von 0,8 % p. a. vorgesehen ist. Bei Annahme einer durchschnittlichen Tarif- bzw. Preissteigerungsrate von 1,7 % entspricht dieser Anstieg über den Gesamtzeitraum der Planung einem spürbaren realen Leistungsabbau.
- Der Finanzierungssaldo würde mit dieser Einnahme- und Ausgabeentwicklung über den Gesamtzeitraum der Finanzplanperiode gegenüber dem Basiswert 2015 um rd. 270 Mio. € abgebaut und somit 2020 nur noch ca. 150 Mio. € betragen.
- Der Schuldenstand der bremischen Haushalte steigt bis 2020 – trotz gegenge-rechneter Konsolidierungshilfen - gegenüber 2015 um weitere knapp 1,4 Mrd. € auf 22,8 Mrd. €.
- Die Zins-Steuer-Quote des Stadtstaates erreicht 2020 mit 16,3 % aufgrund der positiven Steuereinnahme-Erwartungen und der durch Kapitalmarktlage und Konsolidierungshilfen entlasteten Zinsausgaben einen Tiefstwert, der um fast 5 %-Punkte unter dem Niveau des Jahres 2000 liegt. Die Investitionsquote nimmt weiter ab

und erreicht 2020 einen Stand von 8,6 %. Am deutlichsten bildet jedoch die Defizitquote den erfolgreichen Konsolidierungspfad zur Einhaltung des Schuldenverbotes ab 2020 ab. Dieser Indikator zur Beurteilung der Haushaltslage konnte schon von 27 % (2010) auf 9,5 % (2015) reduziert werden. Bis 2020 ist eine weitere kontinuierliche Reduzierung auf rd. 3 % geplant.

Abb. 24: Quoten und Salden*
(Stadtstaat Bremen)



- Die Umrechnung der Finanzplanwerte der bremischen Kernhaushalte in das strukturelle Defizit des Stadtstaates zeigt, dass sich der im Haushaltsjahr 2015 noch bei 244 Mio. € liegende Abstand zur zulässigen Obergrenze der Neuverschuldung trotz der getroffenen Annahmen zur Steuereinnahme-Entwicklung und entlastender Zinseffekte in den Haushaltsaufstellungsjahren deutlich verringert. Die Planungsjahre ab 2018 weisen einen über die globale Minderausgabe hinausgehenden Handlungsbedarf aus, der zumindest bis 2019 bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes durch weitere Eigenbeiträge zur Haushaltssanierung oder Steuermehreinnahmen aufgelöst werden muss.

Tab. 26: Finanzrahmen des Stadtstaates Bremen
(ab 2015 ohne Flüchtlingsmehrausgaben; in Mio. €)

				Entwurf		Planung		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuern / LFA / BEZ	3.237	3.497	3.618	3.688	3.860	4.019	4.158	4.307
Steuereinnahmen	2.423	2.579	2.694	2.778	2.912	3.031	3.140	3.252
Länderfinanzausgleich	565	663	659	642	671	700	724	751
Bundesergänzungszuweis.	250	254	264	268	277	287	294	303
- dar. Sonderbedarfs-BEZ	60	60	60	60	60	60	60	60
Sonstige Einnahmen	844	874	894	880	913	877	880	853
- konsumtive Einnahmen	743	786	803	766	768	764	768	760
- investive Einnahmen	101	89	91	114	145	112	113	93
Primäreinnahmen	4.081	4.371	4.511	4.568	4.773	4.895	5.038	5.159
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+6,4	+7,1	+3,2	+1,3	+4,5	+2,6	+2,9	+2,4
Bereinigte Einnahmen	4.081	4.371	4.511	4.568	4.773	4.895	5.038	5.159
Personalausgaben	1.440	1.498	1.534	1.596	1.637	1.660	1.682	1.705
Sozialleistungen	844	916	906	941	969	983	998	1.012
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.328	1.367	1.396	1.448	1.471	1.474	1.468	1.480
Investitionsausgaben	574	721	469	499	523	497	481	459
- Tilgungsausgaben an BKF	82	70	57	58	53	51	47	41
- Aktuelle Investitionen	492	650	412	441	470	446	434	418
Globale Minderausgaben				-18	-63	-32	-40	-45
Primärausgaben	4.185	4.502	4.305	4.466	4.538	4.582	4.590	4.611
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+4,0	+7,6	-4,4	+3,7	+1,6	+1,0	+0,2	+0,5
Zinsausgaben	665	594	634	641	650	665	688	703
Bereinigte Ausgaben	4.850	5.096	4.939	5.107	5.188	5.247	5.278	5.314
Primärsaldo	-104	-131	207	103	235	313	448	548
Finanzierungssaldo	-768	-725	-428	-539	-415	-352	-240	-155
Konsolidierungshilfen (netto)	300	300	300	300	300	300	300	100
Schuldenstand	19.978	19.851	21.437	22.039	22.484	22.682	22.718	22.832
Struktureller Finanzierungssaldo	-503	-569	-382	-415	-328	-269	-164	-81
Sicherheitsabstand	375	183	244	87	48	-18	-39	-81
Saldo Flüchtlingsmehrkosten				361	326	145	95	58
Sicherheitsabstand mit Flüchtlingsmehrausgaben				-275	-278	-163	-134	-140

In der nachfolgenden Übersicht sind die aktuellen Finanzplan-Daten des Stadtstaates Bremen den – derzeit nur bis 2019 vorliegenden - Vergleichsdaten der Länder- und Gemeindeebene des übrigen Bundesgebietes gegenüber gestellt. Unter dem Vorbehalt, dass Verzerrungen der ausgewiesenen jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten durch flüchtlingsbezogene Einnahmen und Ausgaben im Basis- und Endjahr des Vergleichszeitraumes nicht auszuschließen sind, ergibt sich daraus, dass

- die Annahmen zur Einnahmeentwicklung in den bremischen Planwerten bei den steuerabhängigen Einnahmen hinter den bundesweiten Projektionen zurückblei-

ben, bei den investiven Einnahmepositionen hingegen deutlich überdurchschnittlich ausfallen,

- auf der Ausgabenseite in den bremischen Haushalten sowohl bei den Personalausgaben als auch bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben und den durch Sonderentwicklungen geprägten Ausgaben der Kapitalrechnung im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Zuwachsraten unterstellt werden und damit
- der Anstieg der Primärausgaben in Bremen deutlich niedriger ausfällt als in den Ländern und Gemeinden des übrigen Bundesgebietes.

Tab. 27: Finanzplanungen im Vergleich
Zuwachsraten in % *)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2015/2019
Stadtstaat Bremen							
Laufende Einnahmen	7,6	3,8	1,4	4,0	2,7	2,8	2,7
- Steuerabhängige Einnahmen	8,0	4,0	2,4	4,6	3,4	3,2	3,4
- Sonstige konsumtive Einnahmen	5,7	2,9	-3,1	1,1	-0,8	0,5	-0,6
Einnahmen der Kapitalrechnung	-12,3	3,2	24,7	27,0	-22,4	0,2	5,4
- Veräußerungserlöse							
- Sonstige investive Einnahmen	-12,2	3,2	24,8	27,0	-22,4	0,2	5,4
Bereinigte Einnahmen	7,1	3,8	1,9	4,6	2,0	2,7	2,8
Laufende Ausgaben	2,3	4,6	7,5	1,4	-1,2	-0,2	1,8
- Personalausgaben	4,1	2,6	4,6	2,6	1,1	1,3	2,4
- Zinsausgaben	-10,6	6,8	1,1	1,4	2,3	3,5	2,1
- Sonstige konsumtive Ausgaben	5,1	5,4	11,1	0,7	-3,5	-2,2	1,4
Ausgaben der Kapitalrechnung	25,6	-27,4	15,7	-2,7	-15,6	-3,2	-2,1
Bereinigte Ausgaben	5,1	0,1	8,3	1,0	-2,7	-0,5	1,4
Primärausgaben	7,6	-0,8	9,4	0,9	-3,4	-1,1	1,3
Länder und Gemeinden							
Laufende Einnahmen	3,6	4,9	2,0	4,8	3,3	2,8	3,2
- Steuereinnahmen	4,2	5,9	2,6	5,5	4,9	3,3	4,1
- Sonstige konsumtive Einnahmen	1,9	2,1	-0,1	2,7	-1,8	1,0	0,4
Einnahmen der Kapitalrechnung	3,8	-9,2	13,1	-2,5	-6,4	-7,3	-1,1
- Veräußerungserlöse	35,5	-22,5	-3,9	-4,0	-4,2	-3,9	-4,0
- Sonstige investive Einnahmen	-6,0	-3,2	19,2	-2,0	-7,1	-8,3	-0,1
Bereinigte Einnahmen	3,6	4,3	2,4	4,5	2,9	2,4	3,0
Laufende Ausgaben	3,3	4,0	4,5	3,2	3,1	3,0	3,4
- Personalausgaben	3,9	3,4	4,2	3,9	3,6	3,6	3,8
- Zinsausgaben	-8,0	-7,6	3,6	4,1	4,4	4,5	4,1
- Sonstige konsumtive Ausgaben	4,1	5,6	4,7	2,6	2,6	2,4	3,1
Ausgaben der Kapitalrechnung	5,8	2,8	6,7	1,8	-1,2	0,1	1,8
Bereinigte Ausgaben	3,6	3,9	4,7	3,0	2,6	2,7	3,2
Primärausgaben	4,2	4,4	4,8	3,0	2,5	2,6	3,2

*) 2014/2019: Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate
Quelle: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister; Stand: 12.11.2015

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020 (Land und Stadtgemeinde Bremen; nach Produktplänen; in T€)

auf der Grundlage der Beschlussfassungen des Senats
vom 29. September bzw. 08. Dezember 2015

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Summe aller Produktpläne (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	103.443	89.140	93.531	118.072	148.829	117.186	116.681	97.270	
Investive Ausgaben	526.326	627.240	486.621	557.529	544.434	473.525	455.886	434.255	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	63.538	51.740	44.282	43.495	41.642	42.102	39.990	33.583	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.mañ. (Gru 700-719, 811/812)	27.952	28.444	31.925	36.697	39.316	26.251	26.837	27.112	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	109.015	118.177	116.806	143.841	150.200	155.144	145.616	131.112	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	167.356	148.266	125.464	168.659	173.314	127.616	116.604	91.205	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	158.466	280.613	168.145	171.261	143.605	90.785	60.783	61.173	
Globale Minderausgabe Zentrale Investitionsmittel				-6.424	-3.643	31.627	66.056	90.072	
Netto-Investitionen:	422.884	538.100	393.091	439.457	395.605	356.339	339.206	336.986	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	33.607	30.603	29.681	24.383	23.110	21.294	20.078	18.862	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 01 Bürgerschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	624	430	407	460	471	482	475	150	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen Sanierung Haus der Bürgerschaft	279 279	291 291	299 299	310 310	321 321	332 332	325 325	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	346	139	108	150	150	150	150	150	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	624	430	407	460	471	482	475	150	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen Zinsen Sanierung Haus der Bürgerschaft	77 77	67 67	57 57	46 46	35 35	24 24	12 12	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	100 Bremerhaven	0	0	0	0	0	0	0
Funktionskennziffer (FKZ)	624	430	407	460	471	482	475	150
011 Politische Führung	624	430	407	460	471	482	475	150
Konzernkennung	624	430	407	460	471	482	475	150
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	346	139	108	150	150	150	150	150
82 Tilgung an BKF	279	291	299	310	321	332	325	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 02 Rechnungshof (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	6	1	16	84	10	10	10	10	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	6	1	16	84	10	10	10	10	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	6	1	16	84	10	10	10	10	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	6	1	16	84	10	10	10	10
011 Politische Führung	6	1	16	84	10	10	10	10
Konzernkennung	6	1	16	84	10	10	10	10
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	6	1	16	84	10	10	10	10

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven	375	304	319	0	0	0	0	0
Funktionskennziffer (FKZ)	2.145	2.361	2.821	1.454	1.514	1.514	1.514	1.514
011 Politische Führung	122	6	3	10	10	10	10	10
012 Innere Verwaltung	1.588	1.420	978	1.444	1.504	1.504	1.504	1.504
153 Sonstige Weiterbildung	60	632	1.521	0	0	0	0	0
891 Verrechnungen mit Bremerhaven	375	304	319	0	0	0	0	0
Konzernkennung	2.145	2.361	2.821	1.454	1.514	1.514	1.514	1.514
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	1.526	1.650	2.262	435	495	495	495	495
76 Zuwendung Projektförderung	618	710	558	0	0	0	0	0
77 Zuwendung nicht aufteilbar	0	0	0	1.019	1.019	1.019	1.019	1.019

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	109	76	151	78	78	78	78	78	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	109	76	151	78	78	78	78	78	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	109	76	151	78	78	78	78	78	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	109	76	151	78	78	78	78	78
011 Politische Führung	108	76	150	75	75	75	75	75
023 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1	0	1	3	3	3	3	3
Konzernkennung	109	76	151	78	78	78	78	78
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	109	76	151	78	78	78	78	78

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	IST			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	2	0	2	13	13	13	13	13	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	2	0	2	13	13	13	13	13	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	2	0	2	13	13	13	13	13	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	2	0	2	13	13	13	13	13
011 Politische Führung	2	0	2	13	13	13	13	13
Konzernkennung	2	0	2	13	13	13	13	13
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	2	0	2	13	13	13	13	13

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 07 Inneres (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	142	50	85	48	48	48	48	48	
Investive Ausgaben	7.406	8.205	8.616	9.026	7.590	5.220	5.147	5.115	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	1.405	1.071	680	500	378	240	167	135	
investive Miete an SVIT (Land)	732	497	173	138	120	114	112	112	
investive Miete an SVIT (Stadt)	673	573	507	362	258	126	55	23	
Kl. Unterhalt- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	5.353	5.956	6.263	6.371	6.207	4.088	4.088	4.088	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	556	1.051	1.325	175	75	75	75	
An SVIT Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr		500	1.000	1.150	100				
An SVIT für Neubau Feuerwache Berufsfeuerwehr		56	51	75	75	75	75	75	
An SVIT Energiesparcontracting									
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	648	622	621	830	830	818	818	818	
Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz (Land)	14	10	10	15	15	15	15	15	
Darlehen an Bedienstete für den Rechtsschutz (Stadt)				1	1				
Kostenerstattung an Bremerhaven Polizei	536	536	536	536	536	536	536	536	
Energiesparcontracting	91	76	76	76	76	64	64	64	
Herstellung von Feuerlöschbrunnen	7			200	200	200	200	200	
Investitionskostenanteile am bundesdeutschen Digitalfunknetz				3	3	3	3	3	
Investitionskostenanteile für die BDBOS									
Investitionszuschüsse für Ausgaben aus Wettabgaben (§ 15)			-1						
Netto-Investitionen:	7.264	8.155	8.531	8.978	7.542	5.172	5.099	5.067	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	128	35	29	56	46	39	34	30	
Zinsen an SVIT (Stadt)	65	13	10	26	19	14	12	10	
Zinsen an SVIT (Land)	63	21	19	30	27	25	22	20	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020
Produktplan: 07 Inneres (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100	Bremerhaven	536	536	536	536	536	536	536	536
	Funktionskennziffer (FKZ)	7.406	8.205	8.616	9.026	7.590	5.220	5.147	5.115
011	Politische Führung	40	17	102	60	60	50	50	50
042	Polizei	2.831	3.232	2.646	3.117	2.934	2.605	2.583	2.563
043	Öffentliche Ordnung	198	85	95	2.003	2.033	462	462	462
044	Brandschutz	3.726	4.241	5.189	3.077	1.947	1.517	1.466	1.454
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	26	0	0	5	5	0	0	0
047	Schutz der Verfassung	50	95	49	228	75	50	50	50
861	Lotterie, Toto, Lotto	0	0	-1	0	0	0	0	0
891	Verrechnungen mit Bremerhaven	536	536	536	536	536	536	536	536
	Konzernkennung	7.406	8.205	8.616	9.026	7.590	5.220	5.147	5.115
00	Dienstbetrieb	5.903	6.502	6.800	6.918	6.754	4.639	4.639	4.639
02	Kernhaushalt befristete Aufgabe	98	632	1.136	1.609	459	342	342	342
32	Zahlungen an Sondervermögen	1.405	1.071	680	500	378	240	167	135

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 08 Gleichberechtigung der Frau (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	4	6	4	4	4	4	4	4	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	4	6	4	4	4	4	4	4	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	4	6	4	4	4	4	4	4	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	4	6	4	4	4	4	4	4
011 Politische Führung	4	6	4	4	4	4	4	4
Konzernkennung	4	6	4	4	4	4	4	4
00 Dienstbetrieb	4	6	4	4	4	4	4	4

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 11 Justiz (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	2	5	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	7.251	7.589	6.307	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen An SVIT Tilgung Sanierungskredite	15 15	15 15	15 15	15 15	15 15	15 15	15 15	0 0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	1.270	872	723	1.059	1.059	1.059	1.059	1.059	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	5.892	6.227	5.079	4.550	3.208	1.237	0	0	
An SVIT JVA Anstaltsgebäude	5.123	4.932	5.054	4.550	3.208	1.237			
An SVIT Landgericht	65								
An SVIT Brandalarmierungsanlage	110								
An SVIT Amtsgericht	334	300	25						
An SVIT Amtsgericht Blumenthal	50	50							
An SVIT Archivräume	100								
An SVIT Barrierefreiheit AG Blumenthal	15	40							
An SVIT offene Anstalt		500							
An SVIT Büro- und Helfraumausstattung	95	41							
An SVIT für sozialtherapeutischen Abteilung in der JVA Bremen		320							
An SVIT Nachsicherung Terminstation		44							
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	75	475	490	91	85	135	115	115	
Sicherungsmaßnahmen Staatsanwaltschaft				11	5	55	35	35	
Sicherungsmaßnahmen Amtsgericht RESOWEST	10	19	3						
Behebung Grundwasserreinigung JVA	65	412	467						
		44	20	80	80	80	80	80	
Netto-Investitionen:	7.251	7.587	6.302	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	5	4	3	3	2	1	1	0	
An SVIT Zinsen Sanierungskredite	5	4	3	3	2	1	1	0	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 11 Justiz (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven	14	18	9	15	15	15	15	15
Funktionskennziffer (FKZ)	7.251	7.589	6.307	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174
011 Politische Führung	0	11	2	5	5	5	5	5
051 Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.459	644	209	338	298	343	327	308
056 Justizvollzugsanstalten	5.792	6.522	5.629	5.373	4.064	2.098	858	861
059 Sonstige Rechtschutzaufgaben	0	412	467	0	0	0	0	0
Konzernkennung	7.251	7.589	6.307	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	1.345	1.347	1.213	1.150	1.144	1.194	1.174	1.174
32 Zahlungen an Sondervermögen	5.906	6.242	5.094	4.565	3.223	1.252	15	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 12 Sport (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	9	0	50	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	66	64	68	69	72	75	79	82	
An SVIT Tilgung Sanierungskredite	66	64	68	69	72	75	79	82	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	32	12	16	13	13	0	0	0	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	1.213	458	1.624	1.998	5.398	798	798	798	
An SVIT für Bäder	863								
An SVIT für BgA Bäder		150	1.446	798	798	798	798	798	
An SVIT für UNI-Bad		3	100	1.200	4.600				
An SVIT für Ihtetal			26						
An SVIT für Burgwall Stadion	350	305	52						
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	1.581	1.091	2.340	1.084	2.084	2.115	2.115	2.134	
Sporthäfen	40	7	69						
Badeseen	85	125							
Impulse 'Sozialer Zusammenhalt'	7	6							
BSA Süd Rotgrandplatz	320								
BSA Findorff Kunstrasen	230								
Sanierung von städtischen Sportstätten	251	364	573	532	1.502	2.115	2.115	2.134	
Kunstrasenplatz Jacobsberg	100								
Sanierung Rotgrandplatz Sportanlage Sperberstraße			300						
Sanierung Rotgrandplatz Bezirkssportanlage Hemelingen			370						
Sanierung Badeseen			351	100	100				
Sanierung Sportheifen				70	100				
Sanierung von verpachteten Sportanlagen	19								
Zuschüsse an Vereine für städtische Sportanlagen	491	475	657	367	367				
Herrichtung Lidice-Haus	15	15	15	15	15				
Investive Maßnahmen im Rahmen		53							
Kosten für berufliche Prüfungen	23	20	5						
Darlehen an Sportvereine		25							

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 12 Sport (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Netto-Investitionen:	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	32	29	26	24	21	18	14	11	
An SVIT Zinsen Sanierungskredite	32	29	26	24	21	18	14	11	
Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
100 Bremerhaven									
Funktionskennziffer (FKZ)	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014	
322 Sport	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014	
Konzernkennung	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014	
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	1.107	588	1.684	715	1.715	2.115	2.115	2.134	
32 Zahlungen an Sondervermögen	416	522	1.691	2.067	5.470	873	877	880	
66 Zuwendung Projektförderung investiv	863	0	0	0	0	0	0	0	
72 Zuwendung an Dritte institutionell investiv	15	15	15	15	15	0	0	0	
76 Zuwendung an Dritte Projektförderung investiv	491	500	657	367	367	0	0	0	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 21 Kinder und Bildung (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Wilhelm-Obers-Oberschule	900	2.498							
Oberschule im Park	27	1.222	2.773	300					
Oberschule Gröpelingen	760	540	1.046	548	500				
Oberschule Leibnizplatz	150								
Oberschule Ohlenhof	97	815	1.230						
Um- und Erweiterungsmaßnahmen Oberschule Roter Sand		510		140					
Oberschule Lehmhorster Straße		462	1.841	400	500				
Oberschule an der Egge		637	403						
An SVIT Energiesparcontracting		94	85	117	117	117	117	117	
An SVIT Energiesparcontracting		58	58	58	58	58	58	58	
Verbesserung des brem. Bildungssystems			83						
U-Boot Bunker Valentin				50	50	50	50	50	
Netto-Investitionen:	22.289	26.076	27.441	25.553	25.021	22.261	18.026	14.975	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	949	837	742	657	565	475	384	290	
Zinsen auf Sanierungskredite	734	639	561	501	417	331	241	148	
Zinsen Mietkaufraten Oberschuel Rockwinkel	215	198	181	156	148	144	143	142	
Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
100 Bremerhaven	550	0	0	0	0	0	0	0	
Funktionskennziffer (FKZ)	22.292	26.076	27.441	27.392	26.780	23.061	18.026	14.975	
012 Innere Verwaltung	171	116	212	572	503	330	186	186	
112 Öffentliche Grundschulen	3.675	4.751	5.574	3.324	3.924	1.524	1.524	1.524	
114 Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen	6.440	11.324	11.319	5.619	5.581	3.192	2.581	2.581	
124 Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen	197	134	147	160	160	160	160	160	
127 Öffentliche berufliche Schulen	1.828	2.602	1.966	2.237	2.237	2.241	1.667	1.667	
129 Sonstige schulische Aufgaben	9.386	7.069	8.153	15.459	14.355	15.594	11.888	8.837	
154 Ausbildung der Lehrkräfte	46	80	69	20	20	20	20	20	
891 Verrechnungen mit Bremerhaven	550	0	0	0	0	0	0	0	
Konzernkennung	22.292	26.076	27.357	27.342	26.730	23.011	17.976	14.925	
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	22.292	26.076	27.357	27.342	26.730	23.011	17.976	14.925	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 22 Kultur (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	80	63	120	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	4.537	3.566	3.584	2.387	2.603	2.395	2.400	2.293	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	90	94	98	102	106	110	115	8	
An SVIT Sanierungskredit Übersee-Museum	90	94	98	102	106	110	115	8	
KI. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	63	65	56	90	90	90	90	90	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	101	137	124	0	0	0	0	0	
Forschungsprogramm Kulturgut		20	2						
Schiffahrtsmuseum	101	117	121						
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	2.911	1.783	1.788	1.171	1.716	1.078	1.392	1.220	
Zuschuss Theater Investitionen	360	129	360	360	210	210	210	210	
Zuschuss Theater Instandhaltungsinvestitionen	85	85	85	85	85	85	85	85	
Zuschuss Theater	962	600	400						
Zuschuss Theater			120						
Zuschuss Theater Trink- und Löschwasseranlage				90	590	49	393	251	
Zuschuss Theater Brandschutzmaßnahmen				188	238				
An SVIT Übersee-Museum	577		7						
Bürgerhäuser	80		40						
An SVIT Bürgerhäuser	128		57						
Eigenbetrieb VHS	172	355	172	161	161	191	161	131	
Eigebetrieb Stadtbibliothek	498	593	498	287	387	498	498	498	
Eigenbetrieb Musikschule	49	21	49		45	45	45	45	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	1.372	1.487	1.518	1.024	691	1.117	803	975	
Theater	0	0	0	0	0	0	0	0	
Übersee-Museum	833	833	913	776	310	736	422	594	
Focke-Museum	381	381	381	248	381	381	381	381	
Kunstverein	6								
Freie Kulturarbeit		100	72						
Sonstige	151	173	152	0	0				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 22 Kultur (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Netto-Investitionen:	4.457	3.503	3.464	2.387	2.603	2.395	2.400	2.293	
nach: Zinsausgaben Kapitalienfinanzierungen Zinsausgaben an SVIT (Übersee-Museum)	30 30	26 26	22 22	18 18	14 14	10 10	6 6	2 2	
Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
100 Bremerhaven	101	117	121	0	0	0	0	0	
Funktionskennziffer (FKZ)	4.537	3.566	3.584	2.387	2.603	2.183	2.188	2.081	
011 Politische Führung	3	6	13	17	17	17	17	17	
152 Volkshochschulen	172	355	172	161	161	191	161	131	
162 Wissenschaftliche Bibliotheken	13	18	7	18	18	18	18	18	
164 Gemeinsame Forschungsförderung	101	137	124	0	0	0	0	0	
181 Theater	1.407	814	965	723	1.123	344	688	546	
182 Musikpflege	49	21	49	0	45	45	45	45	
183 Museen, Sammlungen, Ausstellungen	1.915	1.328	1.420	1.156	827	1.257	948	1.013	
186 Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	498	593	498	287	387	498	498	498	
187 Sonstige Kulturpflege	359	274	322	0	0	0	0	0	
195 Denkmalschutz und -pflege	20	20	14	25	25	25	25	25	
882 Globale Mehrausgaben	0	0	0	0	0	-212	-212	-212	
Konzernkennung	4.537	3.566	3.584	2.387	2.603	2.183	2.188	2.081	
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	160	119	90	90	90	-122	-122	-122	
12 An Sonderhaushalte	7	80	117	0	0	0	0	0	
22 An Eigenbetriebe	719	969	719	448	593	734	704	674	
32 An Sondervermögen	875	94	322	380	934	159	508	259	
42 An Stiftungen	1.315	1.331	1.415	1.024	691	1.117	803	975	
52 An Beteiligungen	962	600	400	0	0	0	0	0	
62 Zuwendungen institutionell	85	85	85	85	85	85	85	85	
66 Projektförderung	360	149	362	360	210	210	210	210	
76 An Dritte Projektförderung	54	139	73	0	0	0	0	0	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Investive Einnahmen	13.443	25.603	31.482	33.730	33.746	34.479	33.746	33.746
Vom Bund für BaßG-Darlehen		12.342	18.245	20.300	20.300	20.300	20.300	20.300
Vom Bund für Hochschulbau	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843	12.843
Vom Bund für Forschungsbau	134	134	134	136	136	136	136	136
Vom Bund für Zentrum marine Tropenökologie	250	132	132	136	143	143	143	143
Vom Bund für Schifffahrtsmuseum				155	162	162	162	162
Von Ländern für Zentrum marine Tropenökologie	78	59	33	32	32	32	32	32
Vom Bund für BIPS	120	75	77	80	84	84	84	84
Von Ländern für Schifffahrtsmuseum				29	29	29	29	29
Von Ländern für BIPS	18	19	19	19	19	19	19	19
Von Bremerhaven für Schifffahrtsmuseum				733				
Investive Ausgaben	46.814	58.950	62.247	69.045	70.648	76.552	67.049	66.422
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	6.455	6.474	6.475	5.688	3.950	3.797	3.620	3.090
Exzellenzinitiative	2.500	2.500	2.500	1.758	0	0	0	0
Mietkaufprojekt SFG	427	427	427	427	427	427	427	427
Mietkaufprojekt IW3	427	427	427	427	427	427	427	427
Mietkaufprojekt Chemie	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	1.131	847
Staats- und Universitätsbibliothek	370	370	370	370	370	198	0	0
Kapselkatapult	77	80	63	0	0	0	0	0
MARUM/ODP	481	497	515	533	553	572	593	615
Mietkaufprojekt Hochschule Bremerhaven	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	1.042	774
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	0	0	0	0	0	0	0	0
EU-, Bundes-, Landesprogramme	21.615	37.608	39.073	44.564	46.719	46.431	39.293	33.796
An die Universität Energiezentrale	500	500						
Finanzierungsanteil am norddeutschen Hochleistungsrechner	134	134	134	272	272	272	272	272
An Hochschule Bremen Sanierung AB-Trakt	5.122	2.059	1.577	600	600	600	600	605
An Hochschulen Großgeräte Staats- und Universitätsbibliothek		555	319	500	500	500	500	500
Projektentwicklung und Steuerung globaler Baunebenkosten	342	545						
An die Universität für apparative Ausstattung Campus-Netz	200	1.800	1.550					
An Universität Ausbau technisches Zentrum								
An die Universität für GW2, Sanierung VA-Räumen							500	1.000
An die Universität für das MZH, Umstrukturierung Ebene 5							1.700	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
An die Universität für PCB-Sanierung GW 1, Block A Einricht.						200	800	2.000	
An die Universität für PCB-Sanierung NW 1, Block Nord						2.000			
An die Universität für PCB-Sanierung GW 1, Block B und C					1.200				
An die Universität für die Sph, Erneuerung der Lüftungsanlage					800				
An die Universität für das MZH, Umstrukturierung Ebene 6				700	1.000				
An die Hochschule Bremen Sanierung Standort Werderstraße				800					
An Universität Mehrzweckgebäude NW2		126							
An Universität Zentrum Hochpräzisionstechnik		200	1.126						
An Universität biologischer Garten Neurobiologie		474	1.174						
An Universität GW1 Block B			1.100						
An Universität GW1 Block C			400						
An Universität GW2 Ebene 0			400						
An die Hochschule für Künste Ersteinrichtung Musik		400	600						
An HK Fassadensanierung				2.300					
Studentenwohnheim Campus									
An Universität f. d. Aufrechterhaltung			404						
An Universität GW1 Block A			880						
An HS Bremerhaven Mietkaufraten Institutsbau An der Karstadt		1.089	1.902	9.978	10.816	9.935	6.297	1.335	
Zuschuss Deutsches Forschungszentrum Künstliche Intelligenz	763	300	350	350	350	350	350	350	
Zuschuss Zentrum für marine Tropenökologie	563	366	263	265	269	269	269	269	
An Mecklenburg-Vorpommern, Forschungsschiff	688	619							
Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemeinschaft	1.391	1.465	1.538	1.575	1.575	1.575	1.575	1.575	
Zuschuss AWI (ohne Bauten)	1.490	1.313	1.821	2.067	1.757	1.757	1.757	1.757	
Zuschuss Max-Planck-Gesellschaft	1.159	1.357	1.425	1.520	1.527	1.527	1.527	1.527	
Zuschuss an die Forschungsstelle Osteuropa				1	1	1	1	1	
Zuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)	244	231	701	404	404	404	404	404	
Zuschuss Deutsches Zentrum Luft- und Raumfahrt	139	126	133	241	356	356	356	356	
Zuschüsse an Mitgliedseinrichtungen WGL	122	105	81	85	85	85	85	85	
Zuschuss für Neubau IFAM, 3. BA	1.250	1.745	760	1.700					
BaföG-Darlehen	-3	19.020	18.027	20.300	20.300	20.300	20.300	20.300	
BaföG-Darlehen -Neufälle-	-15		-5						
Ausgleich Sonderhaushalt BaföG-Darlehen	3.700								
Ausfallhaftung BaföG	86	0							
Imare EFRE 2007-2013	138	305							
MeVis EFRE 2007-2013	777								

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
MEVIS EFRE	5			900	2.600	5.000	2.000	1.460	
Windenergiecluster EFRE 2007-2013		24							
Fraunhofer Institut für Windenergie-Feldmessungen		50							
Fraunhofer -AWF			57	6	6				
Windenergiecluster AntriebsstrangEFRE 2007-2013	1.600	2.400	2.357						
DFK EFRE 2007-2013	1.221	300							
	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften									
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	18.744	14.868	16.699	18.793	19.980	26.324	24.136	29.536	
Universitätsinvestitionen -ohne Tilgung-	9.763	8.063	8.563	8.108	8.088	13.757	11.234	13.606	
Hochschule Bremen	2.100	2.050	3.300	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	
Hochschule für Künste	500	600	620	580	500	500	500	500	
Hochschule Bremerhaven	2.133	2.168	2.513	2.078	2.078	2.078	2.078	2.346	
Sanierungsmaßnahmen Hochschulen						733	4.500	7.250	
Hochschuleverstärkungsmittel		297	122	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
Staats- und Universitätsbibliothek	598	700	700	280	200	200	200	200	
Studentenwohnheim Emmy-Noether Straße				2.500					
Studentenwerk	247	200	200	200	200	300	300	300	
BIAS	100	100	100	100	100	100	100	100	
Institut für Werkstofftechnik	60								
Institut für angewandte Systemtechnik	17	11	5	11	12				
Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik	14	14	14	14	14	14	14	14	
Archiv für Populäre Musik			1						
Institut für Informationsmanagement	10	10	10	10	10	10	10	10	
Zuschuss Schifffahrtsmuseum				301	305	3.400			
Zuschuss Schifffahrtsmuseum					3.264				
Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung									
Institut für Produktion und Logistik	25	25	20	2	2	2	2	2	
BIPS	191	247	154	155	158	158	158	158	
Hanse-Wissenschaftskolleg	225	225	225	225	225	225	225	225	
Anlauf- und Projektfinanzierungen	2.761	158	133	1.204	1.799	1.822	1.790	1.800	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Netto-Investitionen:	33.371	33.347	30.764	35.315	36.902	42.073	33.303	32.676	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	1.781	1.518	1.245	772	556	416	279	144	
Zinsen Exzellenzinitiative	407	297	187	77					
Zinsen SFG	149	131	112	94	76	58	39	21	
Zinsen IW3	148	129	111	94	75	56	39	21	
Zinsen Chemie	374	326	278	229	181	133	84	36	
Zinsen Staats- und Universitätsbibliothek	72	67	55	13	8	3			
Zinsen Kapselkatapult	8	5	1						
Zinsen MARUM/ODP	279	263	245	54	49	44	39	33	
Zinsen HS Bremerhaven	345	300	256	211	167	122	78	33	
Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
100 Bremerhaven	4.665	5.612	7.278	15.165	15.693	14.812	11.174	6.212	
Funktionskennziffer (FKZ)	46.814	58.950	62.247	69.045	70.648	76.552	67.049	66.422	
133 Öffentliche Hochschulen	27.847	27.679	33.858	34.284	34.704	37.539	30.701	27.849	
139 Sonstige Hochschulaufgaben	0	555	0	600	600	1.333	5.100	7.855	
142 Förderung für Studierende	4.015	19.221	18.222	23.000	20.500	20.600	20.600	20.600	
164 Gemeinsame Forschungsförderung	10.635	10.400	9.485	8.214	6.330	6.324	6.324	6.324	
165 Forschung und experimentelle Entwicklung	4.318	1.095	681	2.947	8.514	10.756	4.324	3.794	
Konzernkennung	46.814	58.950	62.247	69.045	70.648	76.552	67.049	66.422	
00 Dienstbetrieb	9.349	5.938	4.340	356	356	1.083	4.850	7.600	
01 Transferleistungen	3.768	19.021	18.022	20.300	20.300	20.300	20.300	20.300	
12 An Sonderhaushalt	25.211	26.058	32.640	36.313	37.328	40.186	33.316	30.479	
72 An Dritte institutionell	8.487	7.934	7.245	12.076	12.664	14.983	8.583	8.043	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 31 Arbeit (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	57	23	90	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	1.216	1.721	1.342	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	13	413	117	60	60	0	0	0	
EU-, Bundes-, Landesprogramme Ausgleichsabgabe	1.112 1.112	1.265 1.265	1.152 1.152	1.489 1.489	1.489 1.489	1.587 1.587	1.587 1.587	1.587 1.587	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen Sonstige Baumaßnahmen Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung 'Wohnliche Stadt'	91 91	43 4 39	74 10 65	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	
Netto-Investitionen:	1.159	1.698	1.252	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	1.216	1.721	1.342	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587
219 Sonstige Verwaltung sozialer Angelegenheiten	104	456	191	60	60	0	0	0
291 Sonstige soziale Angelegenheiten	1.112	1.265	1.152	1.489	1.489	1.587	1.587	1.587
Konzernkennung	1.216	1.721	1.342	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587
00 Dienstbetrieb	13	413	117	60	60	0	0	0
01 Transferleistungen	1.112	1.265	1.152	1.489	1.489	1.587	1.587	1.587
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	91	43	74	0	0	0	0	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 41 Jugend und Soziales (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100	Bremerhaven	4.500	377	0	0	0	0	0	0
	Funktionskennziffer (FKZ)	21.634	21.222	68.126	95.522	55.230	2.630	2.765	2.900
219	Sonstige Verwaltung sozialer Angelegenheiten	476	1.074	3.309	4.332	3.960	665	665	665
261	Jugendarbeit	100	845	138	155	155	90	90	90
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	457	487	507	1.025	1.025	0	0	0
274	Tageseinrichtungen für Kinder	13.697	4.597	10.249	0	0	0	0	0
291	Sonstige soziale Angelegenheiten	2.404	13.842	53.924	90.010	50.090	1.875	2.010	2.145
891	Verrechnungen mit Bremerhaven	4.500	377	0	0	0	0	0	0
	Konzernkennung	21.634	21.222	68.126	95.522	55.230	2.630	2.765	2.900
02	Kernhaushalt befristete Aufgabe	1.333	17.266	65.191	92.997	52.485	775	775	775
72	Institutionell Förderung	1.665	1.687	1.641	1.500	1.720	1.855	1.990	2.125
76	Projektförderung	18.636	2.269	1.294	1.025	1.025	0	0	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 51 Gesundheit (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	1	3	0	0	0	0	0	0	
Von Dritten für Mamma-Screening	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige investive Einnahmen	1	3	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	26.741	36.784	36.604	36.904	44.904	36.900	36.900	36.900	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	397	397	397	397	397	397	397	397	
Regionalisierung der Psychiatrie	397	397	397	397	397	397	397	397	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	169	377	301	406	406	402	402	402	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	25.704	35.406	35.391	35.636	35.636	35.636	35.636	35.636	
KHG: Kurzfristige Invest./Pauschalförderung	15.862	15.823	15.876	16.347	16.010	16.010	16.010	16.010	
KHG: Mittel- u. langfr. Investitionen	9.842	19.583	19.515	19.289	19.626	19.626	19.626	19.626	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	378	392	422	376	376	376	376	376	
Zuschuss LUA Investitionen	378	392	422	376	376	376	376	376	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	93	212	94	89	8.089	89	89	89	
Arzneimitteluntersuchungsinstitut	24	48	24	24	24	24	24	24	
Gemüsewertf		60							
Sozialpsychiatrischer Dienst	22	20	20	20	20	20	20	20	
Drogenhilfe	47	49							
Klinikum Bremen-Ost					2.000				
Strukturfonds Krankenhäuser					5.000				
Klinikum Bremen-Ost					1.000				
Krebsregister		35	50	45	45	45	45	45	
Netto-Investitionen:	26.740	36.782	36.604	36.904	44.904	36.900	36.900	36.900	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	225	157	145	134	122	110	98	86	
Zinsen Psychiatrie	150	105	97	89	81	73	65	57	
Zinsen Psychiatrie	75	52	49	45	41	37	33	29	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	37.428	39.856	36.334	37.880	38.028	37.621	37.594	37.597	
Vom Bund gem. GVFG (Verkehr)	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	
Vom Bund gem. § 10 BremÖPNVG	14.631	16.764	16.030	12.526	12.526	12.526	12.526	12.526	
Vom Bund für Städtebauförderung/Soziale Stadt	5.938	3.371	2.281	4.967	5.160	4.708	4.861	4.864	
Vom Bund für den Generalpl. Küstenschutz	4.748	7.259	5.928	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	
Sonstige	1.048	1.399	1.033	2.324	2.279	2.324	2.144	2.144	
Investive Ausgaben	98.855	97.806	81.893	90.405	100.620	102.612	95.056	90.226	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	465	1.765	1.917	1.622	1.865	2.392	2.092	2.216	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	36.786	35.487	36.654	34.436	35.784	37.354	35.887	36.688	
GVFG-Mittel	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	11.063	
ÖPNVG-Mittel	14.631	16.764	16.030	12.526	12.526	12.526	12.526	12.526	
Städtebauförderung/Soziale Stadt/etc., einschl. EFRE	9.639	5.534	7.367	10.847	12.195	13.765	12.298	13.099	
Abwasserabgabe	1.131	1.934	1.424	0	0	0	0	0	
Wasserentnahmegebühr	322	192	770	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermög./Gesellschaften	37.346	44.899	19.321	47.125	53.804	61.822	63.472	59.870	
An das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV)	21.326	26.037	3.176	17.005	17.721	23.044	25.012	22.006	
An das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (BgA)	2.410	2.390	2.210	1.170	1.142	4.976	5.618	3.887	
Linie 8 BTE				645					
Bauten des Infrastrukturvermögens	7.216	4.309	5.494	4.850	3.864	5.600	4.100	3.300	
Erhaltung von Brücken, Verkehrssicherheit, kleine Maßnahmen	1.763	1.418	1.600	1.500	1.524	1.500	1.500	1.500	
Wümmebrücke	3.470	1.319	1.502	650					
Lesumbrücke	1.695	666	380	300	1.400	1.800	1.800	1.800	
Erhaltung Großbrücken				600	600	500			
Ersatzbau Zeppelintunnel	199	64							
Unterführung Bahnhof Sebaldsbrück	89	842	2.012	1.800	340	1.800	800		
Fortsetzungsmaßnahmen									
Infrastrukturvermögen Straßenbahn	12.597	6.594	4.612	14.144	14.560	29.334	30.715	20.730	
Verlängerung Linie 1 Mittelschichtung, Planungsmittel	149	217	436	5.258	5.340	15.154	10.831	5.950	
Verlängerung Linie 1 Mahndorf	7.327	1.407	1.169	1.030	10	10	200	130	
Verlängerung Linie 2, 10 nach Osterholz	57								
Linie 8 bis Landesgrenze				1.924	2.267	3.200	4.000	800	
Verlängerung Linie 4 Lilienthal	1.424	1.301	242	1.000	500	500			
Betriebsanlagen Straßenbahnlinien	202	262	225	294	240	296	350	350	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Herstellung, Veränderung, Erneuerung Gleiszone	2.511	3.181	1.986	1.908	1.969	1.900	1.900	1.900	
Norderländer Straße	387	6							
Huckelriede Neubau Haltestelle	422	47	19	60	600	40			
Haltestelle Graubündener Straße		7	35	1.470	1.544	6.134	11.334	9.500	
Gleisverbindung Benningsen/Stresemann/Steuben	118	166	500	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	
Gleisverbindung Osterholzer Heerstraße									
Gleisverbindung Malerstraße Planungsmittel					900	900	900	900	
Straßen, Wege, Plätze	24.908	23.175	32.651	30.161	30.040	25.804	27.252	22.148	
Kosten für die Erschließung neuer Wohngebiete (EVIM)	29	882	628	1.888	1.588	1.000	1.000	1.000	
Erhaltung und Anpassung von Straßen	12.047	12.377	12.683	9.250	9.250	9.250	9.250	9.250	
Stadtteilbudgets				1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
Geschwindigkeitsmesstafel				113	113	113	113	113	
Fedelhören				200					
Erneuerung und Ausbau von Radwegen	1.092	1.042	1.100	1.100	1.100	1.300	1.300	1.300	
Zielplanung Fahrrad	736	999	482	956	1.066	956	956	956	
Kanalbaustufenprogramm	803	1.433	1.200	1.100	1.100	1.200	1.200	1.200	
Straßenerhaltung i. V.m. Straßenausbau -Kofinanzierung-	119	242	2.415	600	600	600	600	600	
Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland (Pi, GE)	147	840	1.500	1.817	1.856	956	500	500	
Kreuzungsbauwerke Bahnübergänge Oberneuland (Bau)	1.650	1.084	2.000	4.015	3.651	2.522	2.450	2.450	
Turner Straße	10	652	1.000	1.119	1.331	10			
Maßnahmen Barrierefreiheit	82	141	400	400	500	400	400	600	
Gleisersatzbau Hartwigstraße, Anteil Straßenbau	1.076	265	35	50	450				
Planungskosten Theoder-Barth-Straße				50					
Umsetzung Busnetz Bremen-Nord	167	3	4						
Busbahnhof Blumenthal	25	102	174	1.500	1.955	1.500			
Anschlussstelle St. Magnus, bremischer Anteil Bau									
Lärmschutzaktionsprogramm	28	2	10	50	920				
Grundsanierung (Zubringer Hemelingen, Bgm. Spitta-Allee etc.)		626	5.927	520	120	1.000	4.375	3.125	
St. Gotthard Str.				650	1.000	400	230		
Kompensationsmaßnahme Kreuzdeich				1.400	50				
Weiterbau B 74 (Bau Abrechnung Bund)		79	100	400					
Herdentorsteinweg						371			
Haltestellen Technologiepark (inkl. Planung)		97			118				
Neuer ZOB				50	50	20			
Am Stern				320					
Pastorenweg	2			450	410				

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Habenhauser Brückenstraße						450	350	1.500	
Osterfeuerberger Ring					50				
Diskomeile					200	900	900		
Maßnahmen Umsetzung VEP			430	576	1.351	1.856	2.628	1.504	
Linie 23 Überseepark	13	11	68						
Linie 37 Uml., Osterh.Möh.	434	32	4						
P+R-Anlage Bahnhof Mahndorf	1.640	13							
Lärmschutz			10		200				
Concordia	226	266	489						
Fortsetzungsprojekte	4.582	1.987	792	587	11				
Technische Anlagen	2.942	2.374	2.536	2.361	2.390	2.051	2.190	2.400	
Erhaltung Lichtsignalanlagen	131	166	596	661	500	361	500	500	
Erhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen	1.614	1.617	1.690	1.500	1.690	1.690	1.690	1.900	
Qualitätssicherung Verkehrssignalsteuerungstechnik ÖPNV	127	111	250	200	200				
Umstellung Lichtsignalanlagen auf LED	1.070	480							
Sonstiges									
Umbuchung nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	-22.797	-24.289	-23.419	-27.907	-27.626	-29.116	-30.070	-23.892	
Summe Investitionen SV Infrastruktur	24.866	12.163	21.874	23.609	23.228	33.673	34.187	24.686	
An SV Infrastruktur/Grün Erhaltung Sperwerke	1.436	661	661	661	661	661	661	661	
An SV Infrastruktur/Grün Erhaltung Deiche	1.453	1.454	1.420	1.303	1.303	1.420	1.420	1.420	
Generalplan Küstenschutz	7.748	12.919	10.315	14.000	20.000	16.000	14.000	14.000	
Maßnahmen der Wasserrichtlinie				394	394	860	850	610	
Zuweisung an Niedersachsen GAK				40	16	100	394	394	
Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur				175	225	275	100	100	
Grünanlagen im Bremer Westen					610	610	325	610	
An SV Infrastruktur/Grün (Stadtgrün)	610	610	610						
Grünanlagen			36	45					
Infrastrukturvermögen	9.299	12.162	11.081	17.000	21.964	17.964	15.964	15.964	
Generalplan Küstenschutz	6.411	10.052	9.000	14.000	20.000	16.000	14.000	14.000	
Erhaltung der Sperwerke	1.436	660	661	661	661	661	661	661	
Erhaltung der Deiche	1.452	1.450	1.420	1.303	1.303	1.303	1.303	1.303	
Zuwegung Ölhafen				121					
Betriebsvorrichtung Ölhafen				915					
übrige Investitionen	1.110	661	583	1.550	610	610	610	610	
Summe Investitionen SV Infrastruktur Grün	10.409	12.823	11.700	18.595	22.574	18.574	16.574	16.574	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Infrastruktur / Wohnungsbau (Grundstückkauf)	841	750	800	0	0	550	550	550	
Zuschuss an die Bremer-Aufbau Bank GmbH für Wohnraumförderung	1.522	78	129	0	0	0	0	0	
Verlust der Bremer Straßenbahn AG	0	0	0	11.732	11.732	11.732	11.732	11.732	
Neubeschaffung Straßenbahnen	0	0	0	0	0	1.200	2.200	3.900	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	24.257	15.655	24.000	7.222	9.167	1.044	-6.395	-8.548	
A 281	9.750	715	7.051	3.245	2.965	12.120	29.740	29.740	
Planungskosten Cherbourger Straße (alt AIP)	9.598	10.302	10.266	1.150	1.150	2.006	1.018	1.000	
Anschlussstelle Uphusen	16	33	16	0	70	230	0	0	
Gemeinsame Landesplanung	260	0	0	0	0	0	0	0	
CO2-Reduktionsprogramm	1.141	904	826	636	1.000	1.200	1.200	1.200	
Programm PFAU	494	313	398	362	846	900	934	1.122	
Umweltorientierte Infrastrukturmaßn. (EFRE)	353	185	356	0	0	0	0	346	
Programm REN	389	505	162	240	320	275	275	287	
Altlastensanierungsprogramm	278	341	163	250	250	250	250	250	
Projekt "Lebensader Weser" EFRE	73	198	2.464	0	0	0	0	0	
Fördermaßnahmen Lärmaktionsplan	263	71	352	0	0	500	500	500	
Weiterbau der B74	10	65	15	0	0	0	0	0	
A 27	110	46	49	0	0	0	0	0	
Neuordnung Kleingärten	69	52	210	50	50	50	50	50	
Sonstige Investitionsmaßnahmen	1.454	1.924	1.671	1.289	2.516	-16.487	-40.362	-43.043	
Netto-Investitionen:	61.427	57.949	45.559	52.525	62.592	64.992	57.463	52.630	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	1.633	577	1.154	371	314	314	314	314	
Zinsen Wohnungsbaudarlehen	576	577	335	371	314	314	314	314	
An die BAB -Zinsen für Wohnraumförderung-	1.057	0	819						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 68 Umwelt, Bau und Verkehr (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100	Bremerhaven	13.549	14.268	14.424	5.808	5.707	6.443	5.297	5.279
	Funktionskennziffer (FKZ)	98.855	97.806	81.893	90.405	100.620	102.612	95.056	90.226
011	Politische Führung	44	110	19	51	75	64	64	64
012	Innere Verwaltung	134	646	114	89	89	209	109	109
331	Park- und Gartenanlagen	277	266	264	0	0	0	0	0
332	Umwelt- und Naturschutz	5.346	5.187	8.229	2.014	4.096	4.740	4.774	5.316
411	Wohnungsbau	1.051	73	119	0	0	0	0	0
419	Sonstiges Wohnungswesen	472	5	10	0	0	0	0	0
421	Geoinformation	116	230	115	320	214	206	206	330
422	Raumordnung und Landesplanung	260	263	263	100	0	0	0	0
423	Städtebauförderung	8.766	4.101	6.660	9.358	10.907	12.597	11.288	12.089
623	Wasserwirtschaft	2.919	2.228	2.083	1.969	1.969	2.086	2.086	2.086
625	Küstenschutz	7.748	12.922	10.315	14.613	20.639	17.633	15.673	15.108
642	Erneuerbare Energieformen	302	182	118	0	0	0	0	0
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	23.859	29.719	7.027	19.973	20.341	5.367	-10.526	-17.127
719	Sonstige Verkehrsverwaltung	335	520	490	200	200	200	200	200
721	Bundesautobahnen	10.016	984	7.130	3.335	3.431	13.305	30.185	30.040
722	Bundesstraßen	10	65	15	0	0	0	0	0
723	Landesstraßen	0	76	8	373	750	800	0	0
725	Gemeindestraßen	9.598	10.302	10.266	1.150	1.150	2.006	1.018	1.000
729	Sonstiger Straßenverkehr	0	0	0	0	0	4.400	0	0
741	Öffentlicher Personennahverkehr	22.811	25.210	23.688	32.202	32.202	33.402	34.402	36.102
742	Eisenbahnen	0	0	0	0	0	610	748	80
811	Grundvermögen	841	750	800	0	0	550	550	550
891	Verrechnungen mit Bremerhaven	3.951	3.965	4.158	4.658	4.557	4.437	4.279	4.279
	Konzernkennung	98.855	97.806	81.893	90.405	100.620	102.612	95.056	90.226
01	Transferleistung	1.314	0	0	0	0	0	0	0
02	Kernhaushalt befristete Aufgabe	30.351	23.727	32.562	14.110	16.724	10.002	1.545	-1.049
22	Eigenbetriebe	7.748	12.919	10.315	14.000	20.000	16.000	14.000	14.000
32	Sondervermögen	28.076	31.902	8.877	20.784	21.437	31.261	33.871	29.134
52	Beteiligungen	0	0	0	11.732	11.732	12.932	13.932	15.632
66	Zuwendungen Projektförderung	22.811	25.210	23.688	20.470	20.470	20.470	20.470	20.470
76	Zuwendungen Dritte Projektförderung	8.555	4.048	6.450	9.308	10.257	11.947	11.238	12.039

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	19.516	6.464	11.028	11.670	20.642	23.808	24.863	25.879	
Von der EU, Zentrale Einnahme EFRE	1.455	0	0	0	0	0	0	0	
Von der EU, Maßnahmen EFRE	9.434	0	0	0	0	0	0	0	
Von der EU, Maßnahmen EFRE SUBV	1.294	0	271	407	1.417	1.725	1.762	1.935	
Von der EU, Maßnahmen EFRE SBW	451	0	145	407	1.417	1.725	1.762	1.935	
Von der EU für Fischereiprogramm EFF	621	803	4.426	0	200	300	1.500	1.500	
Von der EU, Ziel 2 Phase V andere Kapitel	0	0	0	0	0	0	0	0	
Von der EU, Ziel 2 Phase V	175	0	0	0	0	0	0	0	
Von der EU für EFRE' 2007-2013 in Bremerhaven	257	0	0	0	0	0	0	0	
EFRE-Programm 2014/2020	0	0	1.394	1.568	5.471	6.592	6.735	7.405	
Vom Bund für GRW	1.725	1.488	1.997	5.138	7.987	9.317	8.954	8.954	
Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum/GAK	72	141	153	0	0	0	0	0	
Vom Bund Verbesserung der Marktstruktur (GAK)	31	32	99	150	150	150	150	150	
Kostenersatzung von Bremerhaven	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
Sonstige Einnahmen	0	0	193	0	0	0	0	0	
Sonstige Einnahmen von der EU	0	0	-1.651	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	64.994	77.579	50.270	66.120	60.896	63.658	55.097	53.266	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	18.468	10.794	3.643	3.643	3.643	3.643	2.237	0	
Überseestadt	2.528	2.528	0	0	0	0	0	0	
Innenstadtentwicklung Bremerhaven	365	298	0	0	0	0	0	0	
Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	736	573	0	0	0	0	0	0	
Bremer Vulkan Baustein Ost	545	545	545	545	545	545	472	0	
Bremer Vulkan Erschließung	526	526	526	526	526	526	997	0	
Logistikzentrum GVZ	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572	2.572	768	0	
Innenstadtplateaus Bremerhaven	5.195	2.715	0	0	0	0	0	0	
Universum	3.323	474	0	0	0	0	0	0	
Bremer Industriepark	1.340	0	0	0	0	0	0	0	
Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe II	1.009	0	0	0	0	0	0	0	
Huckelriede/Cambrai-Kaserne	203	179	0	0	0	0	0	0	
Schuldendiensthilfen BIS	126	384	0	0	0	0	0	0	
KI. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	19	65	34	56	56	56	56	56	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EU-, Bundes-, Landesprogramme	1.545	4.301	2.085	10.663	13.842	15.075	17.960	18.814
EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	1.117	4.019	1.669	500	500	2.000	2.000	2.500
EFRE-Programm 2014/2020	0	0	0	9.913	13.092	12.825	15.710	16.064
EU-Programm EFRE 2007 - 2013 (inv.)	257	0	0	0	0	0	0	0
Entwicklung ländlicher Raum (GAK)	119	228	252	0	0	0	0	0
Wirtschaftsförderung Bremerhaven - GAK- (BIS)	52	54	164	250	250	250	250	250
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	23.622	33.511	15.501	24.827	11.920	9.682	2.544	2.544
Überseestadt Erschließung	3.424	9.698	3.388	2.114	1.800	740		
Überseestadt Investitionen	3.119	1.103						
SV Überseestadt Investitionsplan				6.832	12.878	8.996	2.329	2.758
Umbau Bahnmeisterei				286				
Sanierung Musikergebäude (geplant)				416	500	1.500		
Ausgleich Lesum				3		430		
Erschließung Quartier Überseedorf				7				
Erschließung Holz- und Fabrikenhafens				2.053	1.725	189		
Erschließung Quartier Hafenvorstadt				1.041	192	200		
Erschließung Quartier Europahafen				1.970	3.625	1.027	150	167
Erschließung Quartier Überseepark				796	807	818	829	841
Projektsteuerung				110	4.429	3.532	50	50
Erschließung Quartier Überseepark (geplant)				50	50	50		
Fortführung ZZZ				100	50			
Verkehrskonzept					1.500	1.250	1.300	1.700
Hochwasserschutz								
Sondervermögen Gewerbeflächen	2.932	1.260	1.142	787	110	2.430	2.430	2.430
Sondervermögen Gewerbeflächen Erschließung	8.953	13.247	9.339	12.054	9.196	5.330		
Sondervermögen Gewerbeflächen Investitionen	2.764	1.381	433	700	700	1.068		
SV Gewerbeflächen (Stadt) Investitionsplan				38.045	25.307	11.620	5.916	5.516
Ankauf Horn-Lehe West (geplant)				294				
Sanierung BWK-Gebäude (geplant)				1.300	1.200		1.500	2.000
Steindamm SVG (geplant)				100				
Sanierung Bahnhof Vegesack (geplant)				785		2.068		
GVZ Bremen				7.528	2.179			
Gewerbepark Hansalinie				22.914	13.445	3.736		
BWK/Vulkan West					2.056			
Vulkan				23	11			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
	21.340	28.908	29.005	26.932	31.435	35.203	32.301	31.853	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen									
Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	1.600	5.083	3.565	0	0	0	0	0	
Wirtschaftsfördernde Maßnahmen Bremerhaven	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
Förderprogramme - BAB -	2.800	2.478	2.700	1.756	1.764	1.764	1.764	1.764	
Förderprogramme - BIS -	1.221	1.013	1.093	460	455	455	455	455	
Zuschuss BIS	550	550	550	550	550	550	550	550	
Zuschuss TTZ	20	20	520	20	20	20	20	20	
Zuschuss WfB	1.580	1.580	1.548	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	
Zuschuss HVG	0	22	12	0	0	0	0	0	
GRW-Massnahmen (BAB)	886	1.922	3.747	5.138	7.987	9.317	8.954	8.954	
GRW-Massnahmen (BIS)	1.505	1.054	246	5.137	7.986	9.317	8.954	8.954	
Alter Hafen/Neuer Hafen	0	33	0	0	0	0	0	0	
Kajenunterhaltung	49	107	84	100	100	100	100	100	
Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	0	0	400	0	0	0	0	0	
Zuschüsse öffentliche Unternehmen	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	1.343	
Tourismus	8	466	369	0	0	0	0	0	
Attraktivitätssteigerung	1.816	2.628	5.805	2.914	1.833	0	0	0	
Zuschuss Glocke	40	90	90	90	90	90	90	90	
Zuschuss BTZ	5	75	5	5	5	5	5	5	
Zuschuss Ratskeller	46	36	20	0	0	0	0	0	
Domshofquartier	6	4	4	0	0	0	0	0	
Gewerbeflächen	20	495	0	0	0	0	0	0	
Gewerbepark Hansalinie	886	1.066	980	1.500	1.500	3.876	1.500	1.500	
Technologiepark	319	3.033	-951	0	0	0	0	0	
Bremer Industriepark	0	0	0	16	16	16	16	16	
Umnutzung Vulkan-Gelände	0	115	0	23	11	0	0	0	
Gewährleistungen	196	440	758	300	200	200	200	200	
Vor- und Nachlaufkosten	60	4	25	0	0	0	0	0	
Hochschulbaumaßnahmen	1	11	0	0	0	0	0	0	
Innovationsförderung	392	0	934	30	25	0	0	0	
sonstige Projekte	990	241	157	1.000	1.000	1.600	1.800	1.352	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist		Entwurf		Planwerte			
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Netto-Investitionen:	45.477	71.115	39.242	54.451	40.254	39.850	30.234	27.387
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	939	644	304	277	210	133	57	0
Zinsen Innenstadtprogramm Bremerhaven	9	9						
Zinsen Gewerbepark Hansalinie	50	17						
Zinsen Innenstadtentwicklung	13	10						
Zinsen Logistikzentrum GVZ	408	329	151	150	111	62	14	
Zinsen Bremer Vulkan	101	101	47	39	29	19	9	
Zinsen Bremer Vulkan Erschließung	143	125	107	88	70	52	34	
Zinsen Universum	63	8						
Zinsen Bremer Industriepark	20	0						
Zinsen Hansalinie Flächenkäufe	1							
Zinsen Innenstadtplatefonds Bremerhaven	131	45						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 71 Wirtschaft (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100	Bremerhaven	18.322	23.024	12.338	20.589	14.375	15.706	15.343	15.343
	Funktionskennziffer (FKZ)	64.994	77.579	50.270	66.120	60.896	63.658	55.097	53.266
011	Politische Führung	21	65	34	56	56	56	56	56
133	Hochschulen	1	11	0	0	0	0	0	0
182	Musikpflege	40	90	90	90	90	90	90	90
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	119	228	252	0	0	0	0	0
532	Fischerei	1.169	4.073	1.833	750	750	2.250	2.250	2.750
651	Handel	8	466	369	0	0	0	0	0
652	Tourismus	51	133	37	5	5	5	5	5
691	Betriebliche Investitionen	6.254	6.081	6.516	5.059	5.062	7.438	5.062	5.062
692	Verbesserung der Infrastruktur	8.227	15.450	9.878	25.288	18.311	16.774	19.859	19.765
693	Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	2.391	2.976	3.993	10.275	15.973	18.634	17.908	17.908
811	Grundvermögen	196	440	758	300	200	200	200	200
813	Sondervermögen	21.191	26.690	14.301	15.655	11.806	9.568	2.430	2.430
831	Schulden	18.468	10.794	3.643	3.643	3.643	3.643	2.237	0
891	Verrechnungen mit Bremerhaven	6.857	10.083	8.565	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	Konzernkennung	64.994	77.579	50.270	66.120	60.896	63.658	55.097	53.266
02	Kernhaushalt befristete Aufgabe	5.283	5.316	5.215	6.056	6.056	6.656	6.856	6.408
22	Eigenbetriebe	12.377	22.946	12.726	14.168	10.996	6.070	0	0
32	Sondervermögen	11.343	6.273	1.575	1.487	810	3.498	2.430	2.430
52	Beteiligungen	8.810	9.110	11.327	15.161	20.762	23.423	22.697	22.697
62	Zuwendungen institutionell	425	223	127	95	95	95	95	95
66	Zuwendungen Projektförderung	17.672	14.166	8.868	6.557	5.476	3.643	2.237	0
76	Zuwendungen Dritte	7.706	17.683	9.451	21.058	15.174	16.381	19.266	20.120
82	Tilgung	1.377	1.862	980	1.539	1.527	3.892	1.516	1.516

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	17.837	10.737	10.737	21.737	43.437	10.737	10.737	0	
Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	10.737	0	
Zuweisung des SV Hafen	7.100	0	0	11.000	32.700	0	0	0	
Investive Ausgaben	103.183	64.832	83.660	83.460	90.468	63.102	53.056	30.007	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	29.282	29.413	29.457	29.701	29.796	30.598	30.106	27.257	
Zuführung an SV Hafen - Unterbringung Hafenschlick	236	0	0	0	0	0	0	0	
Zuführung an SV Hafen - Schleuse Oslebshausen	453	471	484	506	522	545	568	214	
Zuführung an SV Hafen - CT III	7.618	7.618	7.364	7.347	7.077	7.189	7.185	7.316	
Zuführung an SV Hafen - CT IIIa / Osthafen	2.275	2.313	2.346	2.380	2.416	2.541	2.515	2.473	
Zuführung an SV Hafen - Hafenzuwässerung	710	706	687	681	665	661	649	646	
Zuführung an SV Hafen - CT IV	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
Zuführung an SV Hafen - Kaiserschleuse	8.441	8.846	9.090	9.376	9.817	10.106	10.409	10.880	
Zuführung an SV Hafen - Umgestaltung Osthafen	610	606	604	602	365	575	558	561	
JadeWeserPort	1.078	992	1.021	948	1.073	1.120	1.130	1.167	
Fischereihafenschleuse Bremerhaven	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.092	0	
Kl. Unterhalt- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811 812)	2	3	2	50	50	50	50	50	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	2.700	200	200	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	
Anpassungsmaßnahmen Mittelweser	2.500	0	0	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	
Ausbau Mittelland- und Küstenkanal	200	200	200	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermölg./Gesellschaften	69.400	35.216	54.001	47.349	58.122	19.300	20.400	200	
Zuführung an SV Überseestadt	300	0	0	0	0	0	0	0	
An SV Fischereihafen für Investitionen	1.950	5.504	5.644	0	0	0	0	0	
An SV Hafen für Investitionen	43.005	18.622	21.148	17.349	6.422	800	400	200	
SV Hafen Investitionsplan	34.620	22.696	33.948	38.053	32.472	69.773	104.589	75.403	
Immaterielle Wirtschaftsgüter	75	155	155	409	419	508	516	360	
Grund und Boden	3.356	2.250	4.555	3.147	827	8.110	9.809	99	
- Umsiedlung CSK (1,166 Mio. an SV Gewerbefl. Land)	3.000	2.250	3.850						
- Columbusbahnhof (Teilrückbau/Neubau)				1.800		7.950	9.711	99	
- diverse Grundstücke	356		705	1.347	827	160	97		
Hafenanlagen und Deponie	13.313	8.723	9.242	24.584	21.494	21.554	39.450	28.219	
- CT III, CT IIIa und HZW	253	42	310	290					
- Baggergutdeponie Seehausen	875	750	1.345	1.791	1.528	1.213	1.259	1.308	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
- weitere Entwässerungsfelder	865	750	2.183	290	740	28	29	30	
- Monitoringsystem Schlickeintrag			63	43	26				
- Dalben, Fender, Poller etc.	1.100	800	100	350	120	183	185	188	
- Industriehafen (Schleusenumbau, Spundwand, Baggerung)	9.200	6.381							
- Ertüchtigung Columbuskaje	250		30	450	500	8.000	21.300	17.820	
- Sanierung Schuchmannkaje			20			500	3.500		
- Aufweitung Engstelle			3.300	3.000					
- Kaiserhafen	700		296	14.500	18.200	10.150	10.450	8.800	
- KKS-Anlage (CT Süd bis CT II)	70		451	180	30	131	2.002	73	
- Schleuse OS					350	1.300			
- Osterort/Tiefer/Hüttenhafen/HansaMelasse			1.145	3.690		50	725		
Verkehrsanlagen, -flächen	2.300	200	1.125	660	0	1.450	1.555	1.800	
- Neustrukturierung Flächen	500								
- Sanierung Böschung Werfthafen	500			150		1.400	1.360	1.800	
- Grundsanierung Hohentorshafen	1.300			510		50	195		
- diverse		200							
Hafenbahn	6.293	8.845	13.124	8.360	3.133	1.762	16.352	13.184	
- Kaiserhafen	1.500	2.645	3.646	4		1.400	800	600	
- Bahnfunk	1.380		145						
- Speckenbüttel	2.313					362	15.552	12.584	
- Imsumer Deich	1.100	6.200	9.333	8.356	3.133				
Maschinen und technische Anlagen	345	300	755	475	330	335	341	346	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	5.535	975	4.991	218	6.064	10.451	10.553	6.395	
- diverse Anlagen und Geräte	110		400	218	118	118	118	118	
- Ersatz Vermessungsschiff Habau 24	100	700	941						
- Ersatz Schlepper Stör	1.000								
- Ersatz Klapp- und Spülschuten	3.400		3.650			10.333	10.435	6.277	
- Ersatz Barkasse Butt	500								
- Brandschutz	275	275							
- Hafenunderhaltung	150								
Anlagen im Bau (Großprojekte)	3.403	1.403	0	200	205	25.603	26.013	25.000	
- CT 4	3.363	1.363		200	205	25.603	26.013	25.000	
- Ersatzbau Große Drehbrücke	10	10							
- Kaiserschleuse	30	30							
- Umgestaltung Osthafen									
Zuführung an SV Fischereihafen Offshore-Terminal	24.146	11.089	27.208	30.000	51.700	18.500	20.000	0	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 81 Häfen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	1.799	0	0	3.860	0	10.654	0	0	
Anbindung Offshore-Terminal (Luneort (UVII))	1.799	0	0	0	0	0	0	0	
Baukosten Cherbourger Straße	0	0	0	3.860	0	10.654	0	0	
Netto-Investitionen:	85.346	54.095	72.923	61.723	47.031	52.365	42.319	30.007	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	27.771	26.670	25.915	21.987	21.187	19.716	18.842	17.947	
Zinsen Fischereihafenschleuse	1.029	863	697	531	364				
Zinsen Baggergutentsorgung	4								
Zinsen CT IV	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	7.800	
Zinsen CT II	3.828	3.384	3.319	2.532	2.328	2.103	1.871	1.639	
Zinsen CT IIIa	2.535	2.435	2.340	1.442	1.376	1.308	1.229	1.148	
Zinsen Baggergut Bremerhaven	340	312	298	206	183	161	138	117	
Zinsen Kaiserschleuse	9.675	9.270	8.922	7.432	7.006	6.590	6.128	5.650	
Zinsen Jade-Weser-Port	1.845	1.930	1.896	1.491	1.453	1.410	1.364	1.314	
Zinsen Schleuse Oslebshausen	150	132	119	71	56	40	24	6	
Zinsen Umgestaltung Osthafen	565	544	524	482	621	304	288	273	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	100 Bremerhaven	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.861	3.092
Funktionskennziffer (FKZ)	103.183	64.832	83.660	83.460	90.468	63.102	53.056	30.007
692 Verbesserung der Infrastruktur	1.799	0	0	3.860	0	10.654	0	0
731 Wasserstraßen und Häfen	2.702	203	202	2.550	2.550	2.550	2.550	2.550
813 Sondervermögen	98.682	64.629	83.458	77.050	87.918	49.898	50.506	27.457
Konzernkennung	103.183	64.832	83.660	83.460	90.468	63.102	53.056	30.007
01 Transferleistung	2.700	200	200	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	1.801	3	2	3.910	50	10.704	50	50
32 Sondervermögen	69.400	35.216	54.001	47.349	58.122	19.300	20.400	200
82 Tilgung Kapitaldienst	29.282	29.413	29.457	29.701	29.796	30.598	30.106	27.257

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 91 Finanzen / Personal (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	44	22	0	0	0	0	0	
Sonstige investive Einnahmen	0	44	22	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	604	451	495	560	560	560	560	560	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	528	397	414	477	477	477	477	477	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	75	53	81	83	83	83	83	83	
Sonstige Maßnahmen	75	53	81	83	83	83	83	83	
Netto-Investitionen:	604	407	473	560	560	560	560	560	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	604	451	495	560	560	560	560	560
011 Politische Führung	171	189	189	225	225	225	225	225
012 Innere Verwaltung	373	209	263	269	269	269	269	269
061 Steuer und Zollverwaltung	56	40	41	50	50	50	50	50
062 Schulden-, Vermögens-, Finanzverwaltung	4	13	2	16	16	16	16	16
Konzernkennung	604	451	495	560	560	560	560	560
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	604	451	495	560	560	560	560	560

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	9.461	3.704	29	0	0	0	0	0	
Veräußerung von Beteiligungen	0	0	25	0	0	0	0	0	
Von SVIT Liquiditätsrückführung SV Hafen	4.300	3.200	0	0	0	0	0	0	
Sonstige investive Einnahmen	5.161	504	4	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	94.528	209.226	38.591	5.500	5.500	500	500	500	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
KI. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	12	11	15	0	0	0	0	0	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	26.593	25.224	26.676	0	0	0	0	0	
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	24.763	22.804	25.245	0	0	0	0	0	
An SVIT für Projekte des Investitionspakts	772	234	0	0	0	0	0	0	
An SVIT für Städtebauförderungsmaßnahmen	936	188	0	0	0	0	0	0	
An SVIT für energetische Maßnahmen	0	1.875	1.309	0	0	0	0	0	
An SVIT, Sanierung Siemens Hochhaus (Tilgung)	122	122	122	0	0	0	0	0	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	67.924	183.992	11.901	5.500	5.500	500	500	500	
Erwerb von Beteiligungen und Grunderwerb	55.700	171.760	3	5.000	5.000	0	0	0	
Darlehen	491	500	166	500	500	500	500	500	
Verlustausgleich BVV	11.732	11.732	11.732	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	85.068	205.523	38.563	5.500	5.500	500	500	500	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen	38	38	38	0	0	0	0	0	
Zinsen Siemens Hochhaus	38	38	38						

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	94.528	209.226	38.591	5.500	5.500	500	500	500
012 Innere Verwaltung	12	11	15	0	0	0	0	0
649 Sonstige Entsorgung	11.732	11.732	11.732	0	0	0	0	0
681 Sonstige Bereiche Dienstleistungen	491	500	166	500	500	500	500	500
811 Grundvermögen	26.593	25.224	26.676	0	0	0	0	0
812 Kapitalvermögen	55.700	171.760	3	5.000	5.000	0	0	0
Konzernkennung	94.528	209.226	38.591	5.500	5.500	500	500	500
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	57.911	172.693	183	5.500	5.500	500	500	500
32 Sondervermögen	24.885	24.801	26.676	0	0	0	0	0
52 Beteiligungen	11.732	11.732	11.732	0	0	0	0	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 93 Zentrale Finanzen (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven	1.279	842	957	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
Funktionskennziffer (FKZ)	15.252	1.487	1.407	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
012 Innere Verwaltung	276	0	0	0	0	0	0	0
042 Polizei	122	0	0	0	0	0	0	0
043 Öffentliche Ordnung	164	0	0	0	0	0	0	0
051 Gerichte und Staatsanwaltschaften	142	0	0	0	0	0	0	0
056 Justizvollzugsanstalten	913	0	0	0	0	0	0	0
111 Unterrichtsverwaltung	200	0	0	0	0	0	0	0
112 Grundschulen	2.149	0	0	0	0	0	0	0
133 Hochschulen	1.226	0	0	0	0	0	0	0
181 Theater	115	0	0	0	0	0	0	0
421 Raumordnung und Landesplanung	1.495	0	0	0	0	0	0	0
651 Handel	-12	0	0	0	0	0	0	0
692 Verbesserung der Infrastruktur	2.907	0	0	0	0	0	0	0
729 Sonstiger Straßenverkehr	-392	0	0	0	0	0	0	0
821 Steuern	593	645	450	0	0	0	0	0
831 Schulden	4.076	0	0	0	0	0	0	0
891 Verrechnungen mit Bremerhaven	1.279	842	957	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
Konzernkennung	15.252	1.487	1.407	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
01 Transferleistung	767	842	957	1.072	1.072	1.072	1.072	1.072
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	9.817	0	0	0	0	0	0	0
42 Stiftungen	593	645	450	0	0	0	0	0
82 Tilgung Kapitaldienst	4.076	0	0	0	0	0	0	0

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 96 IT-Budget der FHB (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
100 Bremerhaven								
Funktionskennziffer (FKZ)	5.238	7.248	8.590	11.638	14.898	6.794	6.130	6.281
012 Innere Verwaltung	4.177	6.448	6.051	10.138	13.088	5.759	5.355	5.281
042 Abwasserentsorgung	696	800	608	0	0	0	0	0
771 Abfallwirtschaft	365	0	1.932	1.500	1.810	1.035	775	1.000
Konzernkennung	5.238	7.248	8.590	11.638	14.898	6.794	6.130	6.281
02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	5.238	7.248	8.590	11.638	14.898	6.794	6.130	6.281

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und -management (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investive Ausgaben	0	0	0	39.939	38.596	33.249	27.547	26.122	
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kl. Unterhalt- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	0	0	0	0	0	0	0	0	
EU-, Bundes-, Landesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zuwend./Zusch. an Sondervermö./Gesellschaften	0	0	0	39.939	38.596	33.249	27.547	26.122	
An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Land)				4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
An SVIT für die Sanierung der Anstaltsgebäude Haus 1+2				410	1.080				
SVIT Land Investitionsplan				10.909	11.092	7.500	10.712	13.014	
Sanierungsmaßnahmen				3.348	4.000	4.000	6.000	8.189	
JVA Dachsanierung Werkhof				1.000	574				
JVA Bremerhaven Dachsanierung				500	273				
JVA Bremen offener Vollzug				350	1.573	2.305	2.525	2.864	
JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau				410	1.080	1.195	2.975	4.825	
diverse Sanierungen				1.088	500	500	500	500	
Nutzerspezifische Maßnahmen				7.561	7.092	3.500	4.712	4.825	
JVA Bremen 1. BA+ Freigänger				6.500	4.439				
JVA Bremen Personennotrufanlage				285					
JVA Bremen Leitungen+Heizzentrale				166					
JVA Bremen Erweiterung Frauenvollzug				200	1.573	2.305	1.737		
JVA Bremen Haus 1+2+Mittelbau				410	1.080	1.195	2.975	4.825	
An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Stadt)				26.348	22.000	22.000	22.000	22.000	
An SVIT für den Neubau eines Gerätehauses FFW Farge					100				
An SVIT Umkleidehaus Sportanlage Inletal				439					
Ausbau Ganztagschule Karl-Lerbs Vierzügigkeit				600	965				
Um- und Erweiterung GS Carl-Schurz-Straße				700	500	1.040			
Sanierung GS Baumschulenweg				300					
GS Pastorenweg in gebundene Ganztagschule				900	1.732				
Förderzentrum Paul-Goldschmidt Schule				1.500	1.500	1.729			
Nutzeranteil an Sanierung Förderzentrum Paul-Goldschmidt				140	250	1.053			
Um- und Erweiterung OS an der Egge				2.300	1.247	1.000			
Herrichtung Jahrgangshäuser OS Sebaldsbrück				200	200	200	200		

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und -management (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Neubau Fachtrakt OS Lehmhorster Straße				200	200	305			
Nutzeranteil Sanierung OS Roter Sand				50	100		125		
Neubau Oberschule Ohlenhof				1.430	4.300				
Nutzeranteil Neubau OS Hermannsburg				300	300	1.800	1.100		
SVIT Stadt Investitionsplan				66.481	52.979	51.956	51.745	51.645	
Sanierungsmaßnahmen				39.648	41.097	41.101	41.496	40.750	
Volkshaus Fassadensanierung				240					
GS Auf den Heuen Gesamtisanierung				1.000	470				
SZ Blumenthal Brandschutz				2.270					
Neue Oberschule Gröpelingen				2.600	4.900	3.000	680		
OS Roter Sand Fassade/Fenster				3.000	5.000	1.730			
Bürger- und Sozialzentrum Huchting				4.000	3.900	1.000			
GS Augsburgsburger Straße Gesamtisanierung				150	500	3.000	3.000	1.450	
AFZ Fassade Schallschutz				43	800	1.640			
SZ Horn Gesamtisanierung				4.370	1.000				
GS Mitte 2. Rettungsweg				130					
Schule Baumschulenweg				500	200	500	4.000	3.850	
Burgwallstation Neubau Umkleide				1.210	439				
Schule Halmrnenweg				510					
Turnhalle Lissaer Straße				20	1.480	400	2.000	2.000	
SZ Rübekamp Gesamtisanierung				86	711	1.000			
GR Seehausen				1.070					
GR Ostleshauser Heerstraße				320					
OS Lehmhorster Straße				40	200	272	1.546	1.000	
Schule Borchshöhe				83		300	4.500	4.500	
SZ Alwin-Lonke-Straße				840	1.000				
BS Ellmerstr. Ersatzbau				187	1.500	1.500			
OS Hermannsburg				180	1.000				
Übersee-Museum Fenstersanierung				550	709				
Alexander v. Humboldt Gymnasium Fassade				1.650					
Ortsamt Gorsemannstraße				3.660					
Ersatzbau KUFZ Schwedenhaus									
Sanierung Performa Nord									
Paul-Goldschmidt-Schule Erweiterungsbau									
KTH Fritz-Gansberg							200	1.000	
OS Obervieland					70	500	3.000	3.000	

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und -management (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
OS Blumenthal				75	650	1.650			
GR Osterhop Abriss Mobilbau				354					
Übersee-Museum Sanierung Ausstellung				360					
Sportanlage Ihietal				660					
Schule Schmidtstraße				2.610					
Haus Blomendahl				200	800	309			
Schlachthof Wasserturm				460					
Kita Rablinghausen					75	200	400	1.200	
Kita Helmenweg					200	100	300	1.400	
OS Sebaldsbrück					400	1.500	2.500	3.000	
BSA Findorff					150				
Polizeirevier Woltmerhausen				50	150	1.300	1.000	1.000	
Rathaus Farge				25	100	1.000	300		
Haus der Bürgerschaft Brandschutz/Sicherheitskonzept				100	1.400				
Polizeirevier Steintor				150	750	400			
NOG Sanierung Nordflügel				665					
OS Hermannsburg Abriss und Ersatzbau				230	1.600	4.000	2.000		
Alexander v. Humboldt Gymnasium Turnhallen				1.000	2.000	3.000	3.000		
Alexander v. Humboldt Gymnasium Fassade					70	200	200	1.000	
BUS Huchting Sanierung				100	500	2.200	500	3.500	
BUS Huchting Ersatzbau				200	800	1.300	1.000		
GR Rechtenflether Straße					100	1.000	200		
Turnhalle St. Magnus						200	3.000	2.300	
OS Gerh.-Rohifs-Str. Brandschutz							70	1.900	
BSA Blockdiek				200	1.000	300	300		
Kulturnahnhof Vegesack									
Mobilbauersatz Wigmodystraße				200	1.000	300	300	3.200	
KTH Grohn				200	500	900	500		
KTH Beckstraße				100	900	1.000	1.500		
KTH Heinrich-Seekamp				100	100	900	800	700	
KTH Dresdner Straße									
Bgm. Schmidt-Schule				100	1.000	200	300	750	
Heisinkstraße									
Kulturzentrum Lagerhaus				100	1.000	1.000	1.000	2.000	
AFZ Treppenhäuser					50				
Planungsmittel				1.000	1.000	1.000			

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und -management (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
TRAWU/Brandschutz/Schadstoffe				1.000	1.000	1.000	2.000	2.000	
Änderungsmanagement				1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
Nutzerspezifische Maßnahmen (aus anderen PPL)				26.833	11.882	10.855	10.249	10.895	
OS Am Park				211					
JFH Stackkamp				250					
OS Roter Sand Neubau Mensa				1.200	295				
Schule Ostleshauser Park Umbau				2.300	395				
Wilhelm-Olbers Schule Erweiterungsbau				247					
OS KSA Erweiterung Musikbereich				210					
Amtsgericht Bremen Sicherheitssystem				870					
KUFZ Hohentor Erweiterungsbau				1.500					
GS An der Gete Ganztag				1.990					
SBW Remberting Sozialraum				283					
OS Lehmhorster Straße 6. Jahrgangshaus				1.500	973				
KUFZ St. Magnus Erweiterungsbau				764					
SZ Sek. II KSA Erweiterungsbau				1.800	2.589				
KTH Fritz-Gansberg				900	175				
FFW Am Lehester Deich				1.000	389				
Ersatzbau KUFZ Schwedenhaus				730	760				
Schule Philipp-Reis-Straße				250					
Schule In der Vahr				100		284			
Schule Karl-Lerbs-Straße				400	900				
Aufstockung QBZ Mobile Hemelingen				830					
Oberschule Ohlenhof Neubau				300	500	6.000	7.000	7.950	
Schule Stader Straße				330					
Alexander v. Humboldt Gymnasium offener Ganztag				500	1.500	1.071			
OS Blumenthal Container				360	500	500	500	945	
OS Ohlenhof Interimscontainer				500					
Übergangswohnrichtung Walle/Grohn/Hemelingen				2.008					
Übersee-Museum Ausstellung Amerika				1.571					
Flüchtlingsunterkunft Am Kaffeequartier				917					
SZ Horn Gesamtsanierung					906				
Schule Borchshöhe				249					
Johann-Heinrich-Pestalozzi Schule Südflügel				214					
Sanierung Performa Nord				334					
SZ Blumenthal Brandschutz				215					

Maßnahmenbezogene Investitionsplanung 2013 bis 2020

Produktplan: 97 Immobilienwirtschaft und -management (Land und Stadtgemeinde Bremen; in T€)

Investive Einnahmen und Ausgaben	Ist			Entwurf			Planwerte		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
Neue Oberschule Gröpelingen Projekte unter 250 T€ An SVIT, Sanierung Siemens-Hochhaus (Tilgung)				2.000 122	2.000 122	1.000 2.000 122	749 2.000 122	2.000 122	
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto-Investitionen:	0	0	0	39.939	38.596	33.249	27.547	26.122	
nachr.: Zinsausgaben Kapitaldienstfinanzierungen Zinsen Siemens Hochhaus	0	0	0	38 38	38 38	38 38	38 38	38 38	
Auswertung investive Ausgaben	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
100 Bremerhaven									
Funktionskennziffer (FKZ) 811 Grundvermögen	0 0	0 0	0 0	30.470 30.470	26.122 26.122	26.122 26.122	26.122 26.122	26.122 26.122	
Konzernkennung 02 Kernhaushalt befristete Aufgabe	0 0	0 0	0 0	30.470 30.470	26.122 26.122	26.122 26.122	26.122 26.122	26.122 26.122	

Investitionsplan der Stadt Bremerhaven

Nr.	AB	Amt	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Entwurf 2016	Entwurf 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Hinweis
1	0	20	6920	871	01	INANSPRUCHNAHME AUS BÜRGESCHAFTEN U. Ä.	329.700	329.700	329.700	329.700	329.700	vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
2	0	20	6925	891	01	SEESTADT IMMOBILIEN, MIETKAUF KITA ELLHORNSTRASSE	187.680	187.680	93.840	0	0	vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
3	0	20	6925	891	02	SEESTADT IMMOBILIEN, INVEST.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN FÜR GEBÄUDESANIER. BIS 2009 (KDF)	2.660.840	2.761.110	2.865.750	2.974.950	3.088.900	Kapitaldienstfinanzierung, BKF-Einnahmen für Tilgungen
4	0	20	6925	891	03	SEESTADT IMMOBILIEN, LEIBRENTEN	15.250	15.700	16.180	16.660	17.160	vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
5	0	20	6925	891	04	SEESTADT IMMOBILIEN, INVESTITIONSZUSCHUSS	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	sonstige Investition
6	0	20	6925	891	05	SEESTADT IMMOBILIEN, INVESTITIONS-ZUSCHUSS (ASYLBEWERBER UND FLÜCHTLINGE)	14.000.000	14.000.000	0	0	0	Investitionen im Zusammenhang mit flüchtlingsbedingter Zuwanderung
8	0	20	6965	891	01	SI, INVESTITIONSZUSCHUSS F. ENERGETISCHE FENSTERSANIERUNG AN STÄDT. SCHULGEBÄUDEN	300.000	300.000	300.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
9	0	20	6965	891	02	SI, INVEST.ZUSCHUSS FÜR SZ BGM. SMIDT - KAUFM. LEHRANT., ENERGET. TEILSANIERUNG	0	733.000	733.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
10	0	20	6965	891	03	SI, INV.ZUSCHUSS F. ENERGET. SANIER. U. AUSTAUSCH V. FENSTERN, KITA R.-BLUM-STR.	0	300.000	0	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
11	0	20	6965	891	04	SI, INV.ZUSCHUSS FÜR SZ C.V.O. - BERUFL. SCHULE F. TECHNIK, ENERGET. TEILSANIER.	600.000	800.000	800.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
12	0	20	6965	891	05	SI, INVEST.ZUSCHUSS FÜR ENERGET. DACH-SANIERUNG AN STÄDTISCHEN SCHULGEBÄUDEN	200.000	200.000	100.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
13	0	20	6965	891	06	SI, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR ENERGET. SANIERUNG V. SPORTHALLEN U. SPORTHEIMEN	100.000	200.000	100.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
14	0	20	6965	891	07	SI, INV.ZUSCHUSS F. ENERGET. SANIERUNG V. FREIZEITRICHT. IM BEREICH JUGENDFÖRD.	100.000	100.000	0	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
15	0	20	6965	891	08	SI, INV.ZUSCHUSS FÜR SZ C.V.O., SPORTZ., ENERGET.SANIER. D. TECHNIK IM SCHWIMMBAD	0	250.000	0	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
16	0	20	6965	891	09	SI, INV.ZUSCHUSS FÜR SZ GESCHW. SCHOLL, ENERGET. SANIERUNG DER AUSSENHÜLLE	0	500.000	500.000	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
17	0	20	6965	891	10	SI, INV.ZUSCHUSS F. ANBAU E. DIFFERENZ.- U. THERAPIERAUMES, KITA BATTERIESTR.	250.000	0	0	0	0	Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen

Nr.	AB	Amt	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Entwurf 2016	Entwurf 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Hinweis
18	0	20	6965	891	11	SI, INV.ZUSCHUSS F. ANBAU E. DIFFERENZ.- U. THERAPIERAUMES, KITA BRAUNSTR.	0	0	250.000	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
19	0	20	6965	891	12	SI, INV.ZUSCHUSS F. SZ C.V.O., BERUFL.SCH. F. DIENSTL., ENERGET. SANIER. D. FASSADE	450.000	450.000	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
20	0	20	6980	790	01	INVESTITIONSRESERVE	0	0	0	0	0	0 sonstige Investition
21	2	20	6819	891	01	BVV/VGB, INVESTITIONSZUSCHUSS	1.623.000	1.700.300	815.660	815.660	815.660	815.660 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
22	2	20	6819	891	02	BÄRERGESELLSCHAFT BREMERHAVEN MBH, INVESTITIONSZUSCHUSS	1.046.000	777.000	1.056.000	1.056.000	1.056.000	1.056.000 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
23	2	20	6819	891	03	WESERFÄHRE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSZUSCHUSS	128.000	126.280	142.250	142.050	141.850	141.850 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
24	2	20	6854	891	01	STADTHALLE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSZUSCHUSS	225.000	235.000	229.000	282.000	282.000	282.000 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
25	2	20	6854	891	02	STADTHALLE BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN	920.000	965.000	1.020.000	975.000	975.000	975.000 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
26	2	20	6880	891	01	STÄWOG, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR US-WOHNUNGEN (KDF)	28.850	29.920	31.020	32.160	33.350	33.350 Kapitaldienstfinanzierung
27	2	RW	6780	891	01	STÄGRUND, INVEST.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN F. ERWEITER. U. SANIER. ZOO AM MEER (KDF)	186.110	191.730	197.530	203.490	209.640	209.640 Kapitaldienstfinanzierung
28	2	RW	6780	891	03	BEAN, INVEST.ZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR PROJ. "HAVENWELTEN", MASSN. BIS 2009 (KDF)	10.633.300	8.223.790	5.294.430	3.744.940	3.744.940	3.744.940 Kapitaldienstfinanzierung, BKF-Einnahmen für Tilgungen
29	2	RW	6780	891	04	BIS, INVESTITIONSZUSCHUSS	223.260	216.290	209.330	202.370	195.410	195.410 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
30	2	RW	6780	891	05	BEAN, INVESTITIONSZUSCHUSS	3.885.270	3.956.040	3.284.100	5.208.460	3.909.740	3.909.740 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
31	2	RW	6780	891	06	ERLEBNIS BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSZUSCHUSS	830.000	830.000	830.000	830.000	830.000	830.000 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
32	2	RW	6782	730	01	ALLGEMEINE INVESTIVE INFRASTRUKTUR- MASSNAHMEN	2.164.000	2.164.000	2.164.000	2.164.000	2.164.000	2.164.000 Die Ausgaben werden u.a. zur Komplementärmittelfinanzierung benötigt.
33	2	RW	6782	891	02	BIS, INVESTITIONSZUSCHUSS FÜR TILGUNGEN FÜR SÜDLICHE INNENSTADT (KDF)	261.810	274.070	0	0	0	0 Kapitaldienstfinanzierung
34	2	RW	6782	891	03	BIS, INV.ZUSCHUSS F. TILGUNGEN GEWERBEGEBIET LUNEORT OFFSHORE- WINDENERGIE (KDF)	242.220	250.860	231.880	73.780	0	0 Kapitaldienstfinanzierung
36	2	RW	6782	989	05	(I) AN BREMER HST. 0709/387 90-1 FÜR BE- TEILIG. AN D. REGIONAL. WIRTSCHAFTSFÖRD.	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
37	3	53	6510	893	01	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR KURZFRIST. INVEST. NACH § 11 BREMKHG	1.188.750	1.188.750	1.188.750	1.188.750	1.188.750	1.188.750 100 % Komplementärfinanzierung
39	3	53	6510	893	03	FÖRDERMITTEL AN DIE KRANKENHÄUSER FÜR INVESTITIONEN NACH § 10 BREMKHG	2.228.230	2.228.230	2.228.230	2.228.230	2.228.230	2.228.230 100 % Komplementärfinanzierung, teilweise VE-Abdeckungen

Nr.		AB	Amt	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Entwurf 2016	Entwurf 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Hinweis
47	4	41	6321	893	01	INVESTITIONSZUSCHUSS AN STIFTUNG DEUTSCHES SCHIFFAHRTMUSEUM	53.120	53.830	53.830	53.830	53.830	53.830	53.830 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
48	4	41	6355	891	01	ZOO AM MEER BREMERHAVEN GMBH, INVESTITIONSZUSCHUSS	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000 Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe
49	4	41	6372	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000 sonstige Investition
51	4	41	6321	989	02	(I) AN BREMER HST. 0251/387 12-5 FÜR DIE BETEILIG. BREMERHAVENS A. D. KULTURFÖRD.	0	0	733.000	0	0	0	0 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung, VE-Abdeckung
52	4	43	6271	891	01	STÄGRUND, INVESTITIONSZUSCHUSS	495.810	496.040	496.040	496.040	496.270	496.270	496.270 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
57	4	46	6330	891	01	STÄGRUND, INVESTITIONSZUSCHUSS	509.710	509.710	509.710	509.710	509.710	509.710	509.710 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung, VE-Abdeckung
58	5	50	6401	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
59	5	50	6641	893	01	TILGUNG AUF GRUNDSTÜCKSKOSTENDARLEHEN	77.810	79.000	87.450	88.420	88.420	88.420	89.410 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
60	5	50	6641	989	03	(I) AN BREMER HST. 0697/389 10-5 FÜR WOHNUNGSBAUPROGRAMM	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung
64	6	61	6625	790	02	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN STADTUMBAU WEST (REGULÄR)	2.751.000	2.436.000	2.106.000	1.914.000	1.914.000	1.914.000	1.914.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 2/3 Komplementärfinanzierung.
65	6	61	6625	790	06	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN SOZIALE STADT	600.000	693.000	723.000	555.000	555.000	555.000	555.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 2/3 Komplementärfinanzierung.
66	6	61	6625	790	09	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN AKTIVE STADT- UND ORTSTEILZENTREN	612.000	594.000	546.000	459.000	459.000	459.000	459.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 2/3 Komplementärfinanzierung.
67	6	61	6625	790	10	STÄDTEBAUFÖRDERUNGSMASSNAHMEN DENKMAL- SCHUTZ WEST	354.000	291.000	279.000	252.000	252.000	252.000	252.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 2/3 Komplementärfinanzierung.
68	6	62	6612	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
72	6	66	6651	730	00	INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ÖPNVG- MASSNAHMEN	0	0	1.253.330	1.253.330	1.253.330	1.253.330	1.253.330 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 10 % Komplementärfinanzierung.
73	6	66	6651	730	01	AUSBAU RICKMERSSTR. ZW. STORMSTR. UND ROTER SAND (ENTFLECHTG)	1.254.670	1.054.670	0	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
75	6	66	6651	730	09	FAHRBAHNSANIERUNG KENNEDYBRÜCKE (ENTFLECHTG)	0	600.000	0	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
76	6	66	6651	730	10	AUSBAU CHERBOURGER STRASSE / HAFENTUNNEL	765.000	201.000	1.680.000	0	0	0	0 vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung, VE-Abdeckung

Nr.	AB	Amt	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Entwurf 2016	Entwurf 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Hinweis
77	6	66	6651	730	12	AUSBAU BORRIESSTR. ZW. LUDWIGSTR. UND COLUMBUSSTR. (ENTFLECHTG)	1.200.000	0	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
78	6	66	6651	730	13	AUSBAU STRESEMANNSTR. IM EINMÜNDUNGS- BEREICH MELCHIOR-SCHWOON-STR. (ENTFLECHTG)	0	1.000.000	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
79	6	66	6651	730	44	AUSBAU DES RADWEGENETZES	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000 sonstige Investition
80	6	66	6651	730	66	INVESTIVE PAUSCHALE FÜR ENTFLECHTG- MASSNAHMEN	0	0	2.654.670	2.654.670	2.654.670	2.654.670 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, 25 % Komplementärfinanzierung.
81	6	66	6651	730	89	AUSBAU DER ELBESTR. V. ELBINGER PLATZ BIS WIESENSTR. (ENTFLECHTG)	200.000	0	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
82	6	66	6651	730	96	UMGESTALTUNG VON HALTESTELLEN (ÖPNVG)	1.253.330	1.253.330	0	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplementärfinanzierung.
83	6	66	6651	738	01	LÄRMSCHUTZPROGRAMM BAHN	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000 sonstige Investition
86	6	67	6741	737	01	SPIELLEITPLANUNG GEESTEMÜNDE	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000 sonstige Investition
87	7	90	6110	811	01	KRAFTFAHRZEUGE	215.000	215.000	215.000	215.000	215.000	215.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
88	7	90	6110	812	06	ERWERB VON GERÄTEN UND SONSTIGEN BEWEGLICHEN SACHEN	321.000	321.000	321.000	321.000	321.000	321.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
91	8	51	6470	893	05	AUSBAU BETREUUNGSPLÄTZE UNTER 3- JÄHRIGE, ZUSATZFÖRDERUNG (KIZUFÖG)	331.000	317.000	144.000	0	0	0 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
93	10	52	6540	893	02	INVESTITIONSZUSCHÜSSE FÜR ENERGETISCHE MASSNAHMEN IM SPORTBEREICH	30.950	30.950	30.950	30.950	30.950	30.950 sonstige Investition
95	10	52	6541	893	02	ZUSCHÜSSE FÜR INVESTITIONEN	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000 Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen
Summen							65.728.670	64.326.980	46.540.630	40.968.380	39.711.500	

Nr.	AB	Amt	Kap	Gru	Ti	Bezeichnung	Entwurf 2016	Entwurf 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Hinweis
-----	----	-----	-----	-----	----	-------------	-----------------	-----------------	-----------	-----------	-----------	---------

d a v o n

Eigengesellschaften und Wirtschaftsbetriebe	8.922.530	8.847.910	7.628.340	9.553.540	8.247.660	
Ausgaben aufgrund zweckgebundener Einnahmen, Komplemetärfinanzierungen	16.832.980	18.348.980	16.765.980	13.364.980	13.364.980	
vertragliche bzw. vergleichbare Verpflichtung	7.004.080	6.442.660	8.569.750	6.064.590	6.066.080	
Kapitaldienstfinanzierungen	14.013.130	11.731.480	8.620.610	7.029.320	7.076.830	
sonstige Investitionen	4.955.950	4.955.950	4.955.950	4.955.950	4.955.950	
Investitionen im Zusammenhang mit flüchtlingsbedingter Zuwanderung	14.000.000	14.000.000	0	0	0	
Summen	65.728.670	64.326.980	46.540.630	40.968.380	39.711.500	
Ausschussbereich 0	23.193.470	25.127.190	10.088.470	7.321.310	7.435.760	
Ausschussbereich 1	0	0	0	0	0	
Ausschussbereich 2	26.396.820	23.940.280	19.505.200	19.729.910	18.357.590	
Ausschussbereich 3	3.416.980	3.416.980	3.416.980	3.416.980	3.416.980	
Ausschussbereich 4	1.105.640	1.106.580	1.839.580	1.106.810	1.106.810	
Ausschussbereich 5	675.810	677.000	685.450	686.420	687.410	
Ausschussbereich 6	9.982.000	9.115.000	10.234.000	8.080.000	8.080.000	
Ausschussbereich 7	536.000	536.000	536.000	536.000	536.000	
Ausschussbereich 8	331.000	317.000	144.000	0	0	
Ausschussbereich 9	0	0	0	0	0	
Ausschussbereich 10	90.950	90.950	90.950	90.950	90.950	
Summen	65.728.670	64.326.980	46.540.630	40.968.380	39.711.500	

Anlage 3

Produktplan-Eckwerte

(Land Bremen, Stadt Bremen, L+G; in T€)

Sonstige konsumtive Einnahmen

Investive Einnahmen

Personalausgaben

Konsumtive Ausgaben (inkl. Sozialleistungsausgaben)

Investive Ausgaben

Zinsausgaben

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Sonstige konsumtive Einnahmen

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	7.347	7.330	7.325	7.664	7.654	7.666	7.666	7.666
02	Rechnungshof	2.144	2.227	2.227	2.238	2.237	2.237	2.237	2.237
03	Senat und Senatskanzlei	5.236	6.062	6.817	5.506	5.506	5.835	5.835	5.835
05	Bundes-/Europaangel.	529	541	778	496	362	337	324	328
06	Datenschutz/Info.-Freih.	2	19	3	0	0	0	0	0
07	Inneres	8.775	8.513	7.848	8.509	9.178	8.059	8.720	8.060
08	Gleichberecht. d. Frau	237	228	232	335	335	335	335	335
11	Justiz	38.437	41.979	72.952	48.862	40.862	40.862	40.862	40.862
21	Kinder und Bildung	21.812	19.949	22.073	23.569	23.569	23.569	23.569	23.569
22	Kultur	3.223	3.245	3.237	3.040	3.040	3.226	3.226	3.226
24	Hochschulen/Forschung	48.406	50.042	49.831	59.735	66.678	59.051	58.260	57.358
31	Arbeit	35.663	28.519	13.086	16.935	17.218	17.218	17.218	17.218
41	Jugend und Soziales	151.169	173.362	185.985	193.289	231.102	235.236	238.590	221.560
51	Gesundheit	11.107	10.063	9.689	10.898	10.926	10.927	10.927	10.927
68	Umwelt/Bau/Verkehr	38.657	40.367	38.287	40.316	39.357	57.078	57.078	57.078
71	Wirtschaft	3.847	3.946	3.499	3.777	5.076	5.476	5.524	5.747
81	Häfen	1.723	2.349	2.058	1.904	1.904	1.904	1.818	1.818
91	Finanzen/Personal	41.392	41.032	42.161	34.718	34.718	34.718	34.718	34.718
92	Allgemeine Finanzen	28.259	19.562	18.005	17.535	8.819	8.859	8.900	8.942
93	Zentrale Finanzen	75.661	83.409	74.588	66.076	66.076	66.109	66.110	66.110
96	IT-Budget der FHB	753	814	764	269	269	269	269	269
97	Immo.wirtsch./managem.				4.825	4.815	4.805	4.795	4.785
	Summe	524.379	543.559	561.443	550.495	579.701	593.776	596.980	578.647

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	1.051	889	846	964	964	639	639	639
07	Inneres	29.370	29.513	32.550	45.518	45.608	46.080	46.080	46.080
12	Sport	440	359	624	278	278	278	278	278
21	Kinder und Bildung	391.362	417.352	438.325	457.371	469.725	468.960	468.304	468.304
22	Kultur	1.051	1.708	1.061	188	188	2	2	2
31	Arbeit	101	92	86	82	73	73	73	73
41	Jugend und Soziales	317.978	351.213	368.503	495.921	462.080	430.758	410.820	392.266
51	Gesundheit	2.784	3.095	3.161	2.690	2.690	2.690	2.690	2.690
68	Umwelt/Bau/Verkehr	19.905	19.815	33.489	19.755	20.755	3.034	3.034	3.034
71	Wirtschaft	1.847	1.175	1.103	0	0	0	0	0
81	Häfen	891	10.853	13.848	665	656	584	595	607
91	Finanzen/Personal	453	723	710	2.591	2.591	2.591	2.591	2.591
92	Allgemeine Finanzen	114.484	134.089	106.029	102.709	83.169	83.280	83.392	73.505
93	Zentrale Finanzen	386.359	426.787	569.877	478.646	492.781	508.955	522.091	537.316
96	IT-Budget der FHB	18	20	18	11	11	11	11	11
97	Immo.wirtsch./managem.				26.430	26.340	26.250	26.160	26.070
	Summe	1.268.094	1.397.683	1.570.231	1.633.817	1.607.909	1.574.185	1.566.759	1.553.466

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Sonstige konsumtive Einnahmen

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	230	107	102	91	81	93	93	93
02	Rechnungshof	4	3	3	1	0	0	0	0
03	Senat und Senatskanzlei	500	1.051	1.762	339	339	343	343	343
05	Bundes-/Europaangel.	528	541	776	496	362	337	324	328
06	Datenschutz/Info.-Freih.	2	19	3	0	0	0	0	0
07	Inneres	35.641	35.801	38.173	51.478	52.237	51.589	52.250	51.590
08	Gleichberecht. d. Frau	73	70	74	69	69	69	69	69
11	Justiz	38.437	41.979	72.952	48.862	40.862	40.862	40.862	40.862
12	Sport	440	359	624	278	278	278	278	278
21	Kinder und Bildung	16.577	15.831	16.469	20.014	20.014	20.015	20.015	20.015
22	Kultur	1.427	2.132	1.477	407	407	407	407	407
24	Hochschulen/Forschung	48.406	50.042	49.831	59.735	66.678	59.051	58.260	57.358
31	Arbeit	35.764	28.612	13.172	17.016	17.291	17.291	17.291	17.291
41	Jugend und Soziales	191.714	220.955	238.553	250.768	275.855	274.768	278.568	261.599
51	Gesundheit	12.904	12.464	12.165	12.332	12.360	12.361	12.361	12.361
68	Umwelt/Bau/Verkehr	36.797	39.061	50.372	40.861	40.902	40.902	40.902	40.902
71	Wirtschaft	2.050	2.191	1.645	756	2.055	2.455	2.503	2.726
81	Häfen	2.614	13.203	15.906	2.568	2.559	2.488	2.413	2.425
91	Finanzen/Personal	20.037	19.938	20.992	13.103	13.103	13.103	13.103	13.103
92	Allgemeine Finanzen	142.683	151.179	123.973	109.282	91.928	92.078	92.231	82.386
93	Zentrale Finanzen	102.505	91.635	89.183	74.344	74.344	74.346	74.347	74.347
96	IT-Budget der FHB	771	834	783	280	280	280	280	280
97	Immo.wirtsch./managem.				31.255	31.155	31.055	30.955	30.855
	Summe	690.103	728.007	748.990	734.336	743.159	734.172	737.855	709.617

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Investive Einnahmen

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	0	354	53	0	0	0	0	0
07	Inneres	50	0	22	0	0	0	0	0
11	Justiz	100	75	5	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	3	0	0	1.839	1.759	800	0	0
22	Kultur	80	63	0	0	0	0	0	0
24	Hochschulen/Forschung	13.443	25.603	31.482	33.730	33.746	34.479	33.746	33.746
31	Arbeit	57	23	90	0	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	5.209	1.336	171	0	0	0	0	0
51	Gesundheit	1	3	0	0	0	0	0	0
68	Umwelt/Bau/Verkehr	39.334	41.273	38.253	39.568	39.761	39.309	39.462	39.465
71	Wirtschaft	28.905	19.822	26.202	30.068	38.932	42.098	43.153	44.169
81	Häfen	17.837	10.737	10.737	21.737	43.437	10.737	10.737	0
91	Finanzen/Personal	0	44	22	0	0	0	0	0
92	Allgemeine Finanzen	0	50.000	0	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	4	0	3.039	11.169	11.170	9.693	9.693	0
96	IT-Budget der FHB	27	14	44	0	0	0	0	0
Summe		105.051	149.345	110.121	138.111	168.804	137.116	136.791	117.380

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	1.063	969	949	0	0	0	0	0
07	Inneres	2.546	2.714	2.776	2.976	2.976	2.976	2.976	2.976
12	Sport	9	0	50	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	0	28	641	0	0	0	0	0
22	Kultur	0	0	120	0	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	4.931	2.180	388	0	0	0	0	0
68	Umwelt/Bau/Verkehr	6.052	3.549	3.533	4.908	5.157	5.202	5.022	5.022
71	Wirtschaft	17.277	25.185	16.794	11.789	9.437	9.437	9.437	9.437
81	Häfen	70.465	32.582	31.119	54.753	70.954	38.254	38.254	38.254
92	Allgemeine Finanzen	9.461	3.704	29	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	0	0	0	7.693	5.860	6.910	10.555	0
Summe		111.804	70.911	56.399	82.119	94.384	62.779	66.244	55.689

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Investive Einnahmen

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	8	20	0	0	0	0	0	0
07	Inneres	142	50	85	48	48	48	48	48
11	Justiz	0	2	5	0	0	0	0	0
12	Sport	9	0	50	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	3	0	0	1.839	1.759	800	0	0
22	Kultur	80	63	120	0	0	0	0	0
24	Hochschulen/Forschung	13.443	25.603	31.482	33.730	33.746	34.479	33.746	33.746
31	Arbeit	57	23	90	0	0	0	0	0
41	Jugend und Soziales	5.431	2.558	465	0	0	0	0	0
51	Gesundheit	1	3	0	0	0	0	0	0
68	Umwelt/Bau/Verkehr	37.428	39.856	36.334	37.880	38.028	37.621	37.594	37.597
71	Wirtschaft	19.516	6.464	11.028	11.670	20.642	23.808	24.863	25.879
81	Häfen	17.837	10.737	10.737	21.737	43.437	10.737	10.737	0
91	Finanzen/Personal	0	44	22	0	0	0	0	0
92	Allgemeine Finanzen	9.461	3.704	29	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	0	0	3.039	11.169	11.170	9.693	9.693	0
96	IT-Budget der FHB	27	14	44	0	0	0	0	0
	Summe	103.443	89.140	93.531	118.072	148.829	117.186	116.681	97.270

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Personalausgaben

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	11.675	11.754	12.177	13.207	13.490	13.973	14.975	14.427
02	Rechnungshof	2.306	2.452	2.457	2.660	2.709	2.711	2.713	2.716
03	Senat und Senatskanzlei	5.131	5.378	5.353	4.694	4.662	4.318	4.188	4.084
05	Bundes-/Europaangel.	2.731	2.722	2.766	2.898	2.874	2.779	2.653	2.550
06	Datenschutz/Info.-Freih.	815	832	879	893	881	802	764	732
07	Inneres	125.670	129.644	130.952	132.351	133.047	131.770	130.512	130.370
08	Gleichberecht. d. Frau	685	774	785	838	820	743	706	676
09	Staatsgerichtshof	38	38	38	41	41	41	42	42
11	Justiz	65.212	67.206	68.173	68.914	69.212	67.498	65.979	64.987
12	Sport	166	178	80	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	25.041	24.971	23.989	26.194	26.032	25.254	24.472	23.838
22	Kultur	4.145	4.178	4.181	4.254	4.212	3.873	3.686	3.533
24	Hochschulen/Forschung	2.646	2.778	2.604	2.432	2.390	2.309	2.202	2.114
31	Arbeit	8.733	8.765	9.600	7.843	7.812	7.676	7.489	7.359
41	Jugend und Soziales	13.372	14.749	15.421	12.785	12.689	12.404	12.018	11.717
51	Gesundheit	14.301	14.675	14.823	16.112	16.103	15.656	15.280	14.997
68	Umwelt/Bau/Verkehr	33.146	34.012	33.549	32.740	32.668	31.615	30.465	29.556
71	Wirtschaft	7.686	7.112	7.147	7.228	7.191	6.864	6.557	6.309
81	Häfen	2.241	2.838	2.608	1.742	1.704	1.655	1.589	1.535
91	Finanzen/Personal	74.524	75.726	76.771	75.753	73.168	69.592	66.536	65.936
92	Allgemeine Finanzen	182.348	192.044	197.935	213.572	235.261	258.213	280.895	299.311
93	Zentrale Finanzen	463	0	0	0	0	0	0	0
	Summe	583.078	602.824	612.286	627.150	646.966	659.747	673.722	686.790

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	3.030	3.200	3.131	3.403	3.420	3.417	3.410	3.406
07	Inneres	36.916	39.929	41.905	46.191	46.160	45.729	45.357	45.167
12	Sport	915	927	893	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	264.568	270.644	275.011	284.938	289.890	290.128	290.372	290.623
22	Kultur	265	204	144	203	204	204	204	204
41	Jugend und Soziales	43.554	45.714	45.772	48.121	48.530	47.776	46.927	46.370
51	Gesundheit	7.964	8.599	8.859	8.863	8.784	8.665	8.501	8.387
68	Umwelt/Bau/Verkehr	15.646	15.775	16.267	15.306	15.234	14.909	14.600	14.384
71	Wirtschaft	0	0	0	17	17	17	18	18
81	Häfen	5.231	5.218	5.284	4.719	4.701	4.553	4.354	4.192
91	Finanzen/Personal	104	114	117	2	2	2	2	2
92	Allgemeine Finanzen	229.824	245.467	255.781	278.504	287.617	294.178	299.295	305.305
	Summe	608.017	635.790	653.163	690.267	704.557	709.576	713.039	718.059

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Personalausgaben

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	11.675	11.754	12.177	13.207	13.490	13.973	14.975	14.427
02	Rechnungshof	2.306	2.452	2.457	2.660	2.709	2.711	2.713	2.716
03	Senat und Senatskanzlei	8.161	8.578	8.484	8.097	8.081	7.735	7.597	7.490
05	Bundes-/Europaangel.	2.731	2.722	2.766	2.898	2.874	2.779	2.653	2.550
06	Datenschutz/Info.-Freih.	815	832	879	893	881	802	764	732
07	Inneres	162.586	169.574	172.857	178.542	179.207	177.498	175.870	175.538
08	Gleichberecht. d. Frau	685	774	785	838	820	743	706	676
09	Staatsgerichtshof	38	38	38	41	41	41	42	42
11	Justiz	65.212	67.206	68.173	68.914	69.212	67.498	65.979	64.987
12	Sport	1.081	1.104	973	0	0	0	0	0
21	Kinder und Bildung	289.609	295.615	298.999	311.132	315.923	315.382	314.844	314.462
22	Kultur	4.410	4.381	4.325	4.457	4.416	4.077	3.890	3.738
24	Hochschulen/Forschung	2.646	2.778	2.604	2.432	2.390	2.309	2.202	2.114
31	Arbeit	8.733	8.765	9.600	7.843	7.812	7.676	7.489	7.359
41	Jugend und Soziales	56.926	60.463	61.193	60.906	61.219	60.180	58.946	58.086
51	Gesundheit	22.265	23.275	23.682	24.974	24.887	24.320	23.782	23.385
68	Umwelt/Bau/Verkehr	48.792	49.786	49.816	48.046	47.902	46.524	45.065	43.940
71	Wirtschaft	7.686	7.112	7.147	7.245	7.208	6.882	6.575	6.327
81	Häfen	7.472	8.055	7.892	6.460	6.405	6.208	5.943	5.727
91	Finanzen/Personal	74.628	75.839	76.888	75.755	73.170	69.593	66.537	65.938
92	Allgemeine Finanzen	412.172	437.511	453.716	492.077	522.878	552.391	580.190	604.616
93	Zentrale Finanzen	463	0	0	0	0	0	0	0
	Summe	1.191.094	1.238.614	1.265.450	1.317.417	1.351.523	1.369.322	1.386.761	1.404.849

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Konsumtive Ausgaben (inkl. Sozialleistungsausgaben)

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	7.265	7.541	7.966	8.727	8.700	8.751	8.751	8.751
02	Rechnungshof	300	293	287	313	249	251	251	256
03	Senat und Senatskanzlei	3.862	3.621	3.091	2.625	2.366	2.428	2.455	2.521
05	Bundes-/Europaangel.	2.706	2.709	2.430	2.757	2.666	2.639	2.625	2.628
06	Datenschutz/Info.-Freih.	107	106	104	127	128	130	132	134
07	Inneres	58.857	60.460	62.814	62.221	64.309	65.652	69.693	67.722
08	Gleichberecht. d. Frau	221	248	173	209	212	216	218	222
09	Staatsgerichtshof	6	13	7	5	5	5	5	5
11	Justiz	45.126	46.549	48.333	51.448	52.670	53.356	53.979	54.733
12	Sport	201	135	97	146	146	146	146	146
21	Kinder und Bildung	526.356	557.434	581.448	609.059	626.728	628.956	631.185	633.638
22	Kultur	3.783	3.833	3.852	2.152	2.153	11.278	11.597	12.131
24	Hochschulen/Forschung	323.963	336.058	335.509	353.654	365.245	357.389	356.205	355.273
31	Arbeit	30.600	31.488	28.708	27.428	30.890	31.233	31.374	31.609
41	Jugend und Soziales	379.176	414.831	446.869	591.300	569.614	552.611	522.045	493.204
51	Gesundheit	7.607	7.695	7.639	9.476	9.697	11.657	11.778	11.981
68	Umwelt/Bau/Verkehr	49.413	50.887	47.199	51.506	55.336	55.440	55.516	55.643
71	Wirtschaft	28.413	28.818	24.991	27.087	28.854	26.895	26.935	27.690
81	Häfen	5.066	4.076	4.653	6.936	6.921	4.473	4.455	4.453
91	Finanzen/Personal	20.410	20.793	21.522	20.070	20.543	20.940	21.019	21.106
92	Allgemeine Finanzen	19.927	18.655	21.807	27.446	12.883	17.454	20.345	23.339
93	Zentrale Finanzen	484.563	550.605	709.748	618.594	635.182	655.387	671.835	690.773
96	IT-Budget der FHB	23.543	31.268	33.909	36.453	37.458	38.018	38.342	39.443
97	Immo.wirtsch./-managem.				4.951	4.951	5.167	5.261	5.357
	Summe	2.021.471	2.178.118	2.393.155	2.514.691	2.537.906	2.550.472	2.546.147	2.542.757

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	7.118	7.223	7.223	7.573	7.573	7.573	7.573	7.573
02	Rechnungshof	2.140	2.224	2.224	2.237	2.237	2.237	2.237	2.237
03	Senat und Senatskanzlei	6.851	6.849	6.954	7.208	7.524	7.537	7.566	7.647
07	Inneres	18.200	17.973	19.585	33.146	33.399	32.601	32.713	32.896
12	Sport	10.367	11.449	11.716	11.928	12.110	12.293	12.427	12.650
21	Kinder und Bildung	132.121	134.947	141.674	314.622	326.158	324.191	325.465	327.375
22	Kultur	71.933	73.651	74.122	73.806	74.042	65.352	65.352	65.352
31	Arbeit	119	114	107	101	89	89	89	89
41	Jugend und Soziales	835.013	897.195	986.551	949.318	970.595	934.147	899.520	865.510
51	Gesundheit	7.204	7.191	7.343	7.643	7.649	5.855	5.855	5.855
68	Umwelt/Bau/Verkehr	85.030	87.675	86.797	131.608	129.582	131.614	133.094	135.568
71	Wirtschaft	7.472	7.307	7.190	7.335	7.384	7.441	7.477	7.480
81	Häfen	25.833	26.191	26.015	22.631	23.088	25.877	26.147	26.707
91	Finanzen/Personal	24.278	23.235	23.835	22.225	22.239	22.246	22.246	22.256
92	Allgemeine Finanzen	101.381	105.623	105.270	42.032	32.200	35.823	18.702	21.708
93	Zentrale Finanzen	213	83	83	603	603	330	344	414
96	IT-Budget der FHB	5.049	6.685	7.993	12.524	13.044	13.239	13.352	13.735
97	Immo.wirtsch./-managem.				18.043	18.057	18.490	18.803	19.124
	Summe	1.340.323	1.415.615	1.514.682	1.664.582	1.687.572	1.646.937	1.598.963	1.574.177

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Konsumtive Ausgaben (inkl. Sozialleistungsausgaben)

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	7.265	7.541	7.966	8.727	8.700	8.751	8.751	8.751
02	Rechnungshof	300	293	287	313	249	251	251	256
03	Senat und Senatskanzlei	4.919	4.562	4.135	3.695	3.752	3.828	3.883	4.030
05	Bundes-/Europaangel.	2.705	2.708	2.429	2.756	2.665	2.638	2.624	2.627
06	Datenschutz/Info.-Freih.	107	106	104	127	128	130	132	134
07	Inneres	74.510	76.165	80.130	92.774	95.115	95.660	99.813	98.025
08	Gleichberecht. d. Frau	221	248	173	209	212	216	218	222
09	Staatsgerichtshof	6	13	7	5	5	5	5	5
11	Justiz	45.106	46.534	48.319	51.448	52.670	53.356	53.979	54.733
12	Sport	10.568	11.585	11.813	12.074	12.256	12.439	12.573	12.796
21	Kinder und Bildung	262.078	271.113	279.186	464.263	481.029	481.289	484.792	489.156
22	Kultur	72.868	74.663	75.153	73.137	73.374	73.809	74.128	74.662
24	Hochschulen/Forschung	323.963	336.058	335.509	353.654	365.245	357.389	356.205	355.273
31	Arbeit	30.614	31.383	28.713	27.529	30.979	31.322	31.463	31.698
41	Jugend und Soziales	936.503	1.008.614	1.117.211	1.101.723	1.122.428	1.095.079	1.050.270	1.006.034
51	Gesundheit	13.992	14.367	14.463	16.046	16.272	16.439	16.560	16.763
68	Umwelt/Bau/Verkehr	112.539	117.356	112.527	163.903	165.708	167.844	169.400	172.000
71	Wirtschaft	32.240	33.194	29.175	31.402	33.217	31.316	31.391	32.149
81	Häfen	30.899	30.267	30.668	29.567	30.008	30.350	30.602	31.160
91	Finanzen/Personal	22.876	22.207	23.537	18.085	18.572	18.976	19.055	19.152
92	Allgemeine Finanzen	121.308	121.868	127.077	58.577	45.083	53.278	39.047	45.047
93	Zentrale Finanzen	125.262	132.128	154.549	148.819	151.271	154.998	158.325	162.107
96	IT-Budget der FHB	28.592	37.953	41.902	48.977	50.503	51.257	51.694	53.179
97	Immo.wirtsch./-managem.				22.994	23.008	23.657	24.064	24.481
	Summe	2.259.441	2.380.926	2.525.034	2.730.805	2.782.449	2.764.276	2.719.226	2.694.439

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Investive Ausgaben

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	624	430	407	460	471	482	475	150
02	Rechnungshof	6	1	16	84	10	10	10	10
03	Senat und Senatskanzlei	1.490	1.884	2.789	260	260	260	260	260
05	Bundes-/Europaangel.	109	76	151	78	78	78	78	78
06	Datenschutz/Info.Freih.	2	0	2	13	13	13	13	13
07	Inneres	3.460	3.936	3.385	4.421	4.085	3.728	3.706	3.686
08	Gleichberecht. d. Frau	4	6	4	4	4	4	4	4
11	Justiz	7.251	7.589	6.307	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174
21	Kinder und Bildung	767	196	898	2.100	1.945	1.006	206	206
22	Kultur	214	226	162	60	60	60	60	60
24	Hochschulen/Forschung	46.814	58.950	62.247	69.045	70.648	76.552	67.049	66.422
31	Arbeit	1.216	1.721	1.342	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587
41	Jugend und Soziales	11.096	3.412	1.994	1.697	2.055	2.190	2.325	2.460
51	Gesundheit	19.106	26.238	26.130	26.404	33.420	26.420	26.420	26.420
68	Umwelt/Bau/Verkehr	66.947	63.139	67.341	51.943	60.301	61.818	69.123	68.159
71	Wirtschaft	58.810	72.262	46.437	59.245	56.599	63.432	62.009	60.178
81	Häfen	97.821	53.236	68.033	83.974	96.315	73.769	63.846	40.754
91	Finanzen/Personal	604	451	495	560	560	560	560	560
92	Allgemeine Finanzen	845	1.517	3.547	500	500	500	500	500
93	Zentrale Finanzen	14.668	4.151	4.120	16.462	16.139	14.770	14.663	4.000
96	IT-Budget der FHB	3.934	4.668	5.521	8.638	11.839	5.692	5.233	5.371
97	Immo.wirtsch./managem.				4.410	5.080	4.000	4.000	4.000
	Globale Minderausgabe zentrale Investitionsmittel				-4.791	-2.341	10.543	22.019	30.024
	Summe	335.786	304.089	301.327	332.832	363.956	349.921	345.335	316.077

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
03	Senat und Senatskanzlei	1.710	1.425	981	1.194	1.254	1.254	1.254	1.254
07	Inneres	3.947	4.269	5.232	4.605	3.505	1.492	1.441	1.429
12	Sport	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014
21	Kinder und Bildung	21.525	25.880	27.160	26.800	26.257	22.711	17.820	14.769
22	Kultur	4.324	3.340	3.422	2.327	2.543	2.335	2.340	2.233
41	Jugend und Soziales	15.246	18.768	66.226	93.825	53.175	440	440	440
51	Gesundheit	7.635	10.546	10.475	10.500	11.484	10.480	10.480	10.480
68	Umwelt/Bau/Verkehr	36.899	36.637	16.936	41.989	44.141	44.616	29.755	25.889
71	Wirtschaft	32.849	43.438	35.079	36.121	31.083	27.012	19.874	19.874
81	Häfen	75.828	44.953	47.522	55.180	66.048	28.528	28.405	28.448
92	Allgemeine Finanzen	96.751	260.777	38.112	8.068	8.068	3.068	3.068	3.068
93	Zentrale Finanzen	3.043	0	0	7.694	5.861	6.910	10.555	0
96	IT-Budget der FHB	1.304	2.580	3.069	3.000	3.060	1.102	897	910
97	Immo.wirtsch./managem.				35.529	33.516	29.249	23.547	22.122
	Globale Minderausgabe zentrale Investitionsmittel				-1.633	-1.302	21.086	44.038	60.049
	Summe	303.952	454.240	258.260	328.363	296.258	203.271	196.905	193.978

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Investive Ausgaben

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	624	430	407	460	471	482	475	150
02	Rechnungshof	6	1	16	84	10	10	10	10
03	Senat und Senatskanzlei	2.145	2.361	2.821	1.454	1.514	1.514	1.514	1.514
05	Bundes-/Europaangel.	109	76	151	78	78	78	78	78
06	Datenschutz/Info.Freih.	2	0	2	13	13	13	13	13
07	Inneres	7.406	8.205	8.616	9.026	7.590	5.220	5.147	5.115
08	Gleichberecht. d. Frau	4	6	4	4	4	4	4	4
11	Justiz	7.251	7.589	6.307	5.715	4.367	2.446	1.189	1.174
12	Sport	2.892	1.625	4.047	3.164	7.567	2.988	2.992	3.014
21	Kinder und Bildung	22.292	26.076	27.441	27.392	26.780	23.061	18.026	14.975
22	Kultur	4.537	3.566	3.584	2.387	2.603	2.395	2.400	2.293
24	Hochschulen/Forschung	46.814	58.950	62.247	69.045	70.648	76.552	67.049	66.422
31	Arbeit	1.216	1.721	1.342	1.549	1.549	1.587	1.587	1.587
41	Jugend und Soziales	21.634	21.222	68.126	95.522	55.230	2.630	2.765	2.900
51	Gesundheit	26.741	36.784	36.604	36.904	44.904	36.900	36.900	36.900
68	Umwelt/Bau/Verkehr	98.855	97.806	81.893	90.405	100.620	102.612	95.056	90.226
71	Wirtschaft	64.994	77.579	50.270	66.120	60.895	63.658	55.097	53.266
81	Häfen	103.183	64.832	83.660	83.460	90.468	63.102	53.056	30.007
91	Finanzen/Personal	604	451	495	560	560	560	560	560
92	Allgemeine Finanzen	94.528	209.226	38.591	5.500	5.500	500	500	500
93	Zentrale Finanzen	15.252	1.487	1.407	13.534	13.211	11.842	11.735	1.072
96	IT-Budget der FHB	5.238	7.248	8.590	11.638	14.898	6.794	6.130	6.281
97	Immo.wirtsch./managem.				39.939	38.596	33.249	27.547	26.122
	Globale Minderausgabe zentrale Investitionsmittel				-6.424	-3.643	31.629	66.058	90.073
	Summe	526.326	627.240	486.621	557.529	544.433	469.826	455.887	434.256

Anlage 3

Finanzplan 2015 bis 2020

Zinsausgaben

Land Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	77	65	57	46	35	24	12	0
07	Inneres	19	21	19	30	27	25	22	20
11	Justiz	5	4	3	3	2	1	1	0
24	Hochschulen/Forschung	1.782	1.518	1.245	772	556	416	279	144
51	Gesundheit	113	105	97	89	81	73	65	57
68	Umwelt/Bau/Verkehr	1.633	577	1.154	371	314	314	314	314
71	Wirtschaft	939	644	304	277	210	133	57	0
81	Häfen	1.029	863	697	531	364	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	368.808	284.553	331.891	350.834	376.958	402.000	449.000	466.000
	Summe	374.404	288.351	335.466	352.952	378.547	402.986	449.749	466.535

Stadt Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
07	Inneres	11	13	10	26	19	14	12	10
12	Sport	27	29	26	24	21	18	14	11
21	Kinder und Bildung	949	837	742	657	565	475	384	290
22	Kultur	30	26	22	18	14	10	6	2
51	Gesundheit	56	52	49	45	41	37	33	29
81	Häfen	26.742	25.807	25.218	21.456	20.823	19.716	18.842	17.947
92	Allgemeine Finanzen	38	38	38	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	208.388	223.711	217.365	211.783	195.932	188.000	166.000	166.000
97	Immo.wirtsch./managem.				38	38	38	38	38
	Summe	236.241	250.514	243.471	234.048	217.453	208.308	185.329	184.327

Land und Stadtgemeinde Bremen; nach PPL; in T€

PPL	Bezeichnung	Ist			Anschlag		Plan		
		2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
01	Bürgerschaft	77	65	57	46	35	24	12	0
07	Inneres	30	35	29	56	46	39	34	30
11	Justiz	5	4	3	3	2	1	1	0
12	Sport	27	29	26	24	21	18	14	11
21	Kinder und Bildung	949	837	742	657	565	475	384	290
22	Kultur	30	26	22	18	14	10	6	2
24	Hochschulen/Forschung	1.782	1.518	1.245	772	556	416	279	144
51	Gesundheit	169	157	145	134	122	110	98	86
68	Umwelt/Bau/Verkehr	1.633	577	1.154	371	314	314	314	314
71	Wirtschaft	939	644	304	277	210	133	57	0
81	Häfen	27.771	26.670	25.915	21.987	21.187	19.716	18.842	17.947
92	Allgemeine Finanzen	38	38	38	0	0	0	0	0
93	Zentrale Finanzen	577.196	508.264	549.256	562.617	572.890	590.000	615.000	632.000
97	Immo.wirtsch./managem.	0	0	0	38	38	38	38	38
	Summe	610.645	538.865	578.937	587.000	596.000	611.294	635.078	650.862

Bei den für die Jahre 2018 bis 2020 ausgewiesenen Werten handelt es sich um die sich rechnerisch aus der Fortschreibung für die beiden Gebietskörperschaften ergebenden Planwerte nach Produktplänen.

Herausgeberin:

Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361- 4072 Fax:
(0421) 496-2965
Mail: office@finanzen.bremen.de

Hinweise: Diese Veröffentlichung
steht auf der Internetseite der
Senatorin für Finanzen als PDF-
Dokument zur Verfügung. Außer-
dem werden die Einzeldatensätze
der kameralen Haushaltsdaten im
Transparenzportal Bremen
(www.transparenz.bremen.de)
veröffentlicht.